Donnerstag, 10. Juli 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 157 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 28,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT:



Verlieren wir den Drogen-Krieg?

Der letzte weiße Fleck auf der europäischen Drogenkarte ist verschwunden: Die Dealer haben jetzt auch Kunden in den osteuropäischen Staaten entdeckt. Bisher waren Drogen als Transit-Schmuggelware, vom „DDR"-Zentralflughafen Berlin-Schönefeld nur in den Westen gelangt. Das zweite Thema des letzten WELT-Serienteils: Ratschläge eines Elternpaares, dessen Sohn rauschgiftsüchtig war. Seite 6

Heute in der WELT

Herbert Wehner 80 Jahre

Wo stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre der sozialdemokratische Politiker Herbert Wehner in Bonn Kanzler geworden? Das Zeug zur „Nummer eins", wie er Kanzler Brandt zu nennen pflegte, hatte Wehner. Aber in Bonn, auch in der SPD, blieb Wehner der ewige Zweite. Das biblische Alter hüllt ihn ein in Stille. Morgen wird er 80 Jahre alt. Wilfried Hertz-Eichenrode zeichnet die Lebensstationen Herbert Wehners nach. Seite 7

POLITIK

Optimismus: US-Präsident Reagan hat den jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschlag als „ungewöhnlich detailliert" gelobt; er enthalte Prozent-Angaben über die zur Verhandlung stehenden Waffen. Washington werde „im Geiste der Verhandlungsbereitschaft darauf zurückkommen".

Nicaragua: Die Sandinisten haben auch dem Primas der katholischen Kirche, Kardinal Miguel Obando Bravo, mit Ausweisung gedroht. Ihm könne gleiches widerfahren wie Bischof Vega und Pater Carballo, wenn er die Gesetze der Revolution nicht beachte.

Philippinen: Der Politiker Arturo Tolentino und 24 weitere Teilnehmer der gescheiterten Revolte gegen die Präsidentin Aquino dürfen das Land nicht verlassen. Die Präsidentin will auf einen Prozeß verzichten, wenn die Aufrührer Loyalität bekunden.

Mitterrand: Am dritten Tag seines Moskau-Besuchs traf der französische Staatspräsident erneut mit Parteichef Gorbatschow zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik und der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Geschichte: Nach langwierigen öffentlichen Kontroversen hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Gründung einer Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" gebilligt. Das Ausstellungszentrum in Bonn soll 1992 fertiggestellt sein.

Verschoben: Die anglikalischen Bischöfe haben die Entscheidung über eine Priesterweihe für Frauen, die Englands Hochkirche zu spalten droht, auf ihrer Generalsynode verschoben. Die Befürworter, zunächst noch in der Minderheit, hoffen auf Zeitgewinn.

WIRTSCHAFT

Springer: Einen Gewinn nach Steuern von 61 Mio. DM weist der Axel Springer Verlag für das Geschäftsjahr 1985 aus. Vorstandschef Peter Tamm konnte der Hauptversammlung in Berlin mitteilen, daß dies ein besseres Ergebnis sei als im Emissionsprospekt für die Springer-Aktie angekündigt. Entsprechend notierte der Börsenneuling gestern mit 425 Mark um 27 Prozent über seinem Ausgabekurs (335). (S. 10)

Börse: Stabil zeigte sich der deutsche Aktienmarkt, leichter der Rentenmarkt. WELT-Aktien-Index 256,60 (255,50). BHF-Rentenindex 106,646 (106,733). BHF-Performance-Index 105,163 (105,220).

Dollarmittelkurs 2,1798 (2,1735) Mark. Goldpreis je Feinunze 348,10 (347,85) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
270
260
250
28. 27. 30. 1. 2. 3. 4. 7. 8. 9.
Juni/Juli 86
DIE WELT

KULTUR

Schätze: Der königliche Besitz an Zeichnungen umfaßt etwa 30 000 Blätter. In der Londoner „Queens Galery" einem Teil der ehemaligen königlichen Kapelle, sind davon derzeit 149 ausgestellt. Kurioses und Kostbares. (S. 19)

Verleger: Wenn er etwas hält von der ursprünglichen Verständigungskraft der Worte und von der Gedanken-Vermittlung, dann setzt er sich als Bücherfreund und Kaufmann ständiger Schizophrenie aus. (S. 19)

SPORT

Segeln: Willy Kuhweide (43), der erfolgreichste deutsche Segler aller Zeiten, ist aus beruflichen Gründen vom Wettkampfsport zurückgetreten. (S. 17)

Radsport: Der Italiener Guido Bontempi gewann die sechste Etappe der Tour de France, der Holländer Johan van der Velde verteidigte das gelbe Trikot.

AUS ALLER WELT



Blühender Flachs: Die Modeschöpfer von Mailand bis Paris und Düsseldorf haben sich für einige ihrer schönsten Kreationen einer alten Kulturpflanze erinnert. Haben Flachsanbau und -verarbeitung (Foto) wieder Zukunft, weil Leinen edel knittert? (S. 20)

Capri: Verschandelung und Vermarktung der Trauminsel hat Capris neuer Bürgermeister Frederico den Kampf angesagt. Er setzt sein Motto „Capri den Capresen" mit Nachdruck durch. (S. 20)

Die Bombe wurde ferngezündet

Beckurts Name stand auf einer Liste der RAF / Parallele zu versuchtem Anschlag auf Haig?

DW. München

Terroristen der Rote Armee Fraktion (RAF) haben gestern morgen das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts (56) und dessen Fahrer Eckart Groppler (42) am Stadtrand von München mit einer ferngezündeten Bombe getötet. Die Zehn-Kilo-Bombe hing nach Angaben der Polizei in einer Esche und wurde offenbar über Kabel zur Detonation gebracht. Der Wagen, ein silbergrauer BMW, schleuderte über die Straße und einen Radweg in einen Maschendrahtzaun. Bei der Explosion gab es, so Augenzeugen, eine 30 Meter hohe Stichflamme. Beckurts, der sich auf dem Weg zur Arbeit befand, und sein Fahrer waren auf der Stelle tot. Am Tatort wurde später ein Schreiben eines RAF-Kommandos „Mara Cagol" gefunden, benannt nach der Frau des Mitbegründers der Roten Brigaden in Italien, Renato Curcio.

Der Wagen des Siemens-Managers wurde von einem Fahrzeug des Werkschutzes begleitet, das offenbar unbeschädigt blieb. Kurz nach dem Anschlag wurde in der Nähe des Tatortes ein VW-Kastenwagen beobachtet, der über eine Wiese in einen Wald fuhr. Die Polizei schließt nicht aus, daß dieses Fahrzeug den Terroristen als Fluchtwagen diente. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, der unmittelbar nach dem Anschlag das Bundeskriminalamt mit den Ermittlungen beauftragte, sprach im Hinblick auf die erstmals bei einem Anschlag in der Bundesrepublik verwendete ferngezündete Bombe von einer „Sprengfalle".

Wie Rebmann in einem dpa-Interview sagte, sei die Anschlagswelle nach dem Abbruch des Hungerstreiks inhaftierter Terroristen und dem Mord an MTU-Chef Ernst Zimmermann im Februar vergangenen Jahres nicht zusammengebrochen, sondern habe sich vielmehr als „Selbstläufer" entwickelt. Bonner Sicherheitsexperten hatten sogar von einer „Ruhe vor dem Sturm" im ersten Halbjahr 1986 gesprochen. Rebmann verwies auf die seit dem Mord an Zimmermann beobachtete Zusammenarbeit der Rote Armee Fraktion mit der französischen „Action Directe" (AD), zu deren Zielgruppen auch der militärisch-industrielle Komplex gehöre.

Eine direkte Zusammenarbeit der RAF mit den Roten Brigaden gibt es nach Darstellung der Sicherheitsbehörden aufgrund ideologischer Differenzen bislang nicht. Offenbar, so Bonner Sicherheitsexperten, strebt die RAF jetzt eine großangelegte Zusammenarbeit der Terroristen in Westeuropa an.

Schon vor Bekanntwerden jenes am Tatort gefundenen Briefes waren die Bonner Sicherheitsexperten sicher, daß sie es mit der RAF zu tun hatten. Beckurts Name war in Zeitungsartikeln erwähnt, die in zwei von mutmaßlichen RAF-Terroristen genutzten Wohnungen sichergestellt worden waren. Noch unbestätigt blieb vorerst die Vermutung des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, wonach die „Machart" des Anschlags auf eine Beteiligung der baskischen Untergrundorganisation ETA hindeute. Der Plan, einen hohen Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft mit Hilfe einer ferngezündeten Bombe zu ermorden, ist nicht neu. Im Juni 1979 entkam der damalige NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig in Belgien nur knapp einem ähnlichen Anschlag, wie ihm Beckurts zum Opfer fiel.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) nannte das Verbrechen heimtückisch und brutal. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau sagte, mit dem Attentat sollte zugleich ein Teil unserer Industriegesellschaft getroffen werden.

Seite 3: Weitere Beiträge



Das Wrack des BMW, in dem Beckurts und sein Fahrer in Straßlach bei München ums Leben kamen. Die10-Kilo-Bombe zerstörte das Fahrzeug. FOTO: DPA

DER KOMMENTAR

Die Gewalt wächst

MANFRED SCHREIBER

Wieder haben Terroristen einen hinterhältigen Mord begangen. Professor Beckurts, hochangesehener Wissenschaftler und Vorstandsmitglied der Siemens-AG, wurde zusammen mit seinem Fahrer von einer Bombe zerrissen. Die Tat zeigt die verbrecherische Art der Roten Armee Fraktion. Sie schont keine Menschenleben, weder das des Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft noch das des „kleinen Mannes". Der Anschlag erhellt erneut die Gefährlichkeit der Terroristen im Untergrund, die ihre verbrecherischen Ziele konsequent verfolgen und nach Phasen trügerischer Ruhe unvermittelt zuschlagen.

Die Trauer um ihre Opfer wird die Fahndung nach den Mördern nicht aufhalten. Nicht nur die Sicherheitsorgane des Staates – alle Bürger sind aufgerufen, dazu beizutragen. Mit „Jagdfieber" selbsternannter Kriminalisten hat das nichts zu tun. 120 Millionen Augen können die Terroristen oder von ihnen hinterlassene Spuren entdecken: in ihren Schlupfwinkeln oder bei Fluchtbewegungen, bei Ausspähungsversuchen oder anderen Tatvorbereitungen. Hierauf sollten auch Politik und Medien die Aufmerksamkeit lenken, anstatt auf das Loch in der Mauer von Celle zu starren, das dazu verhelfen sollte, solche Verbrecher zu fassen. Für Hinweise, die zur Ergreifung der Mörder von Professor Beckurts und seinem Fahrer führen, hat der Bundesinnenminister eine Belohnung von 100 000 DM ausgesetzt.

Das Attentat wird in einer Zeit begangen, in der politisch motivierte Gewalt an der Tagesordnung ist. Auch wenn zwischen den Tatorten von Straßlach, Wackersdorf und Brokdorf kein unmittelbarer Zusammenhang besteht, sollte die hier wie dort auftretende Gewalttätigkeit endlich über alle politischen Grenzen hinweg Einigkeit herbeiführen – Einigkeit in der Verurteilung und Beendigung aller Arten von Gewalt, aller Angriffe auf unsere Bürger und unsere Sicherheit.

Ministerialdirektor Professor Manfred Schreiber leitet die Polizeiabteilung im Bundesinnenministerium.

Albrecht wiedergewählt

Der Ministerpräsident gibt dem Thema Arbeitsmarkt Vorrang

MICHAEL JACH, Hannover

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, verstärkt durch eine intensive Förderung der technologischen und wirtschaftlichen Struktur des Landes, soll in den nächsten vier Regierungsjahren des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und seiner CDU/FDP-Koalitionsregierung höchsten Vorrang erhalten. In seiner gestern vor dem am 15. Juni neu gewählten Landtag abgegebenen Regierungserklärung unterstrich der zuvor im Amt bestätigte Regierungschef diese Absicht mit der sozialpolitischen Zusage, sich besonders der Probleme von Langzeitarbeitslosen, der Chancenverbesserung von Arbeitssuchenden durch berufliche Weiterbildung und der Rückgliederung von Frauen in den Beruf anzunehmen.

Entgegen vielfältigen Gerüchten der letzten Wochen wählte das Landesparlament Ernst Albrecht mit der absoluten 78:77-Mehrheit der CDU/FDP-Koalitionsabgeordneten wieder. Der Landtag war vollzählig versammelt, keiner der 155 Abgeordneten gab eine ungültige Stimme ab oder enthielt sich. Die Auszählung ergab für Albrechts SPD-Gegenkandidaten Gerhard Schröder 66 Stimmen, exakt die Kopfzahl der SPD-Fraktion. Elf Stimmen erhielt Charlotte Garbe, die mandatslose Zählkandidatin der elfköpfigen Grünen-Fraktion. Anschließend bestätigte der Landtag die von den Koalitionspartnern vorgelegte Kabinettsliste mit nunmehr zwei FDP- neben acht CDU-Ressortchefs.

Die geschlossene Stimmabgabe signalisierte jedoch nicht nur einen Höhepunkt der Fraktionsdisziplin. Von vielen Abgeordneten wurde auch der scharfe Stil registriert, mit dem die neuen Fraktionssprecher sich erstmals im Landtagsplenum begegneten. Beobachter rechnen für die nächste Legislaturperiode mit einer Form der Parlamentsarbeit, deren Härte in direktem Verhältnis zum knappen Mehrheitspolster der neuen Regierungskoaliton steht.

In der Regierungserklärung bezog Albrecht noch einmal grundsätzlich Stellung zur Energiepolitik des Landes, die im Wahlkampf nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum beherrschenden Thema geworden war. Niedersachsen werde an der friedlichen Nutzung der Kernenergie festhalten, „so lange nicht aus anderen Energiequellen unter vertretbaren ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen" ausreichender Ersatz verfügbar sei. Allerdings müsse diese Politik, „die auf Kernkraft, Kohle und Gas setzt", jetzt „in der Bevölkerung neu begründet werden". Zugleich, kündigte Albrecht an, werde Niedersachsen im Rahmen seiner Forschungspolitik einen Schwerpunkt setzen bei der Suche nach „alternativen Energien"; die Gründung eines Instituts für Solarenergie in Hannover war bereits vor der Wahl erfolgt.

Ein Kapitel widmete der wiedergewählte Ministerpräsident der Umweltpolitik und ordnete damit dem neuen Ministerium unter dem früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden Remmers besonderes Gewicht zu. Damit werde der Bürgermeinung Rechnung getragen, wonach Umweltschutz ähnlichen hohen Rang habe wie die Sicherung des Friedens.

Seite 2: Die Hauptprobe

Wirtschaft mahnt Botha

Deutsche Verbände fordern „glaubwürdige Reformen"

UR./rmc. Bonn

Die deutsche Wirtschaft hat in einem Brief an den südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha ihre Enttäuschung über den verschärften Kurs gegenüber der schwarzen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, zugleich jedoch die reformpolitischen Ansätze Pretorias gewürdigt. Die Verhängung des Ausnahmezustandes und der Erlaß einschneidender Sicherheitsgesetze „sind Rückschritte auf dem Weg zu einer glaubwürdigen Reformpolitik in Südafrika", heißt es in dem Schreiben, für das der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Bundesverband des Groß- und Außenhandels (BGA), der Bankenverband und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) verantwortlich zeichnen.

Aus dem Brief wird deutlich, daß die deutsche Wirtschaft ihrer Linie treu bleibt und einem Reformkurs in Südafrika den Vorzug vor einer Umwälzung revolutionären Stils gibt. So erblicken die Verbände in der Aufhebung der Zuzugskontrolle und der Paßgesetze „Zeichen der Bereitschaft", die Apartheid abzuschaffen.

Allerdings fehlten „nach wie vor die entscheidenden Schritte". Bis heute vermisse die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bindende und zeitlich präzise Zusagen Pretorias für die konkrete Verwirklichung der von Botha selbst Anfang des Jahres herausgestellten Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde sowie der Teilhabe der schwarzen Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozeß.

Die Verbände mahnen Botha, auf den Weg eines Reformkurses zurückzukehren. Zwar seien deutsche Tochterunternehmen bereit, weiterhin durch betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der nicht-weißen Arbeitnehmer den Reformprozeß „nachhaltig" zu fördern, „für ihr Engagement bedürfen sie jedoch einer klaren politischen Perspektive der Regierung". Zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas zwischen der Bundesrepublik und Südafrika trägt möglicherweise die Verhaftung des Betriebsratsvorsitzenden der Siemens-Kabelfabrik bei Pretoria, Jerry Thibedy, am Dienstag bei.

Wirtschaftssanktionen lehnen die Verbände nach wie vor ab. Reformen könnten nur mit Hilfe einer leistungsstarken Wirtschaft gesichert werden. Gegen Sanktionen wandte sich auch der Oppositionsführer im Parlament der Republik Südafrika, Colin Eglin. Bei Gesprächen mit Vertretern der FDP vertrat er die Ansicht, „Druck von außen" sei für die innere Entwicklung des Landes in Richtung auf politische, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung aller Rassen eher schädlich und „kontraproduktiv". Eglin, der in der von Weißen beherrschten Volksvertretung der „Progressive Liberal Party" (PLP) vorsteht, machte in Bonn darauf aufmerksam, daß auch ohne wirtschaftliche Sanktionen die Gesellschaft Südafrikas im Umbruch begriffen sei.

Für Sanktionen sprach sich hingegen das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB) aus. In einem einstimmig gefaßten Beschluß werden die Mitgliedskirchen aufgefordert, Gespräche mit den Regierungen ihrer Länder über Sanktionen zu führen.

Seite 5: Geduld stößt an Grenzen

Waldheim sucht engen Kontakt mit Bonn

cgs. Wien

Österreichs Bundespräsident Kurt Waldheim will die „sehr freundschaftlichen Beziehungen" zur Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und weiter verbessern. Einen Tag nach seiner Vereidigung sagte er gestern in Wien, daß die Unruhe der österreichischen Bevölkerung „wegen Wackersdorf" verständlich sei. Waldheim wehrte sich aber dagegen, die gegenwärtigen deutsch-österreichischen Verstimmungen zu dramatisieren. Er habe die Absicht, seine persönlichen Beziehungen zu führenden deutschen Politikern einzusetzen, um hier helfend einzugreifen.

Gleichzeitig bekräftigte Waldheim, daß er bereit sei, seine militärische Vergangenheit von einem internationalen Expertenausschuß untersuchen zu lassen. Der neue Bundespräsident betonte, er betrachte es als „erstes Anliegen seiner Amtszeit, die Beruhigung der politischen Situation im In- und Ausland" herbeizuführen, da es während des Wahlkampfes zu „einigen Spannungen" gekommen sei. Ihm sei „an einem guten Verhältnis zu allen Staaten gelegen, besonders zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages und den Nachbarstaaten Österreichs."

Zu seiner Wahl erklärte Waldheim, in einer westlichen Demokratie müßten die Ergebnisse demokratischer Entscheidungen respektiert werden. Waldheim wies auf die humanitäre Rolle Österreichs bei der Aufnahme Hunderttausender von Flüchtlingen hin. Zum Problem des Antisemitismus meinte er, dieser sei in Österreich keineswegs so hervorgetreten, wie mehrfach im Ausland behauptet worden sei. Waldheim bekannte sich nochmals zu Toleranz und zum Leistungprinzip. Er werde sich die Ernennungsakten, die er als Bundespräsident unterschreiben solle, genau daraufhin ansehen, ob die Leistungskriterien eingehalten worden seien.

Tunis reagiert auf Wirtschaftskrise

DW. Tunis

Hauptaufgabe des neuen tunesischen Regierungschefs Raschid Sfar wird die Lösung der Wirtschaftskrise des Landes sein. Der 52jährige Finanzexperte wurde vom 83jährigen Staatschef Habib Bourguiba zum Premierminister und Generalsekretär der sozialistischen Destour-Partei berufen und behält sein bisheriges Amt als Wirtschaftminister bei. Gleichzeitig ist er nun auch verfassungsmäßiger Nachfolger des „Obersten Kämpfers" Bourguiba. 1977 war Sfar als Minister für Industrie, Bergbau und Energie ins Kabinett aufgenommen worden.

Sein Vorgänger an der Regierungs- und Parteispitze, Mohamed Mzali, war am Dienstag von Bourgiba endgültig entmachtet worden, weil er die Wirtschaft des Landes nicht saniert und sich zu sehr um die innere Demokratisierung Tunesiens gekümmert hatte. Das Land hat bei sieben Millionen Einwohnern 3,9 Milliarden Dollar Auslandsschulden und ein Handelsbilanzdefizit von 734 Millionen Dollar (1984). Der Ölpreisverfall und bis 1984 abnehmende Tourismus-Einkünfte haben zu einer starken Devisenknappheit geführt.

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Bremerhaven: Affäre um NH

dpa, Bremerhaven

Die Bremerhavener Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat (NH) und gegen das Amt für Bauförderung im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Fördermitteln für Eigenheime. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur.

Ein Bremerhavener Anwalt, der die Interessen von 90 Eigenheimkäufern vertritt, war nach Durchsicht von rund 150 Ermittlungsakten zu dem Ergebnis gekommen, daß Anträge auf Bewilligung von Teil- oder Vollförderung vom Amt für Bauförderung nicht korrekt bearbeitet worden seien. Die Anträge seien von der Neuen Heimat an das Amt weitergeleitet worden, ohne daß die Hauserwerber diese gesehen oder unterzeichnet hätten.

Für die Bewilligung von Fördermitteln müssen die angehenden Hauseigentümer mindestens 15 Prozent Eigenmittel nachweisen. Die NH habe dafür „Phantasiezahlen" eingesetzt, meinte der Anwalt. Nach den Akten zu urteilen, richte sich der Hauptvorwurf gegen die Stadt, die in „gravierendem Maße unkorrekt gearbeitet hat".

Ersatzrichter per Los

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat zum erstenmal durch Los einen Ersatzmann für einen wegen Befangenheit ausgeschiedenen Richter bestimmt. Wie ein Sprecher des höchsten deutschen Gerichts gestern in Karlsruhe bestätigte, ist Ernst Gottfried Mahrenholz, Richter des Zweiten Senats, zum Ersatzrichter für Professor Roman Herzog ausgelost worden. Herzog hatte sich im Verfahren um die umstrittene Teststrecke von Daimler-Benz bei Boxberg (Main-Tauber-Kreis) selbst für befangen erklärt.

Der Vorsitzende des Ersten Senats und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts hatte seine Entscheidung damit begründet, daß er als früherer Minister und Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg an verschiedenen Beschlüssen mitgewirkt hatte, mit denen Ministerrat und Landtag das Projekt gebilligt und durch Risiko-Absicherungszusagen gegenüber der Daimler-Benz AG gefördert hatten.

Im Boxberg-Verfahren wenden sich neun Grundstückseigentümer gegen Flurbereinigungsmaßnahmen zugunsten der Teststrecke.

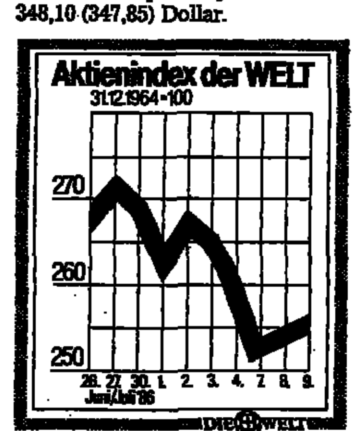
Seite 4: Lotteriespiel

Bayern lehnt Richter Simon ab

DW. München

Die Bayerische Staatsregierung, die am Dienstag den Beitritt zu den beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren wegen „Blockaden" in Mutlangen und Neu-Ulm beschlossen hat, lehnt Verfassungsrichter Helmut Simon wegen Verdachts der Befangenheit ab. Dem entsprechenden Antrag liegen Reden Simons bei Evangelischen Kirchentagen und einem „Kulturforum" der SPD zugrunde. Der Richter war unter anderem über „blockierende" Demonstranten mit den Worten zitiert worden: „Daß gerade sie ins Abseits geraten oder gar kriminalisiert werden könnten, erscheint mir ihretwegen wie um unseres Gemeinwesens willen unerträglich."

Bei der Verfassungsbeschwerde geht es darum, ob derartige „Blockaden", wie sie damals insbesondere als Protest gegen die NATO-Nachrüstung veranstaltet wurden, als Nötigung strafbar sind oder als „gerechtfertigt" straflos bleiben sollten. Es wird damit gerechnet, daß unter diesen Umständen die für den 15. Juli vorgesehene mündliche Verhandlung über die Verfassungsbeschwerden nicht stattfindet.



F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Hauptprobe

Von Michael Jach

Die spekulative Spannung, die seit dem knappen Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl vor dreieinhalb Wochen um Ernst Albrechts Wiederwahl zum Ministerpräsidenten erzeugt worden war, litt von Anfang an unter einer gewissen Künstlichkeit. Stand doch jedem Abgeordneten der beiden, durch Ein-Stimmen-Mehrheit geradezu aneinander gefesselten hannoverschen Koalitionspartner CDU und FDP nur zu deutlich vor Augen, wohin „Ausrutscher" beim gestrigen Wahlgang im Landtag hätten führen müssen: Zu einem Klima des Mißtrauens mit der Folge fortgesetzt instabiler landespolitischer Vorzeichen. Von den Folgen für die Statur der Parteien vor dem Wähler nicht zu reden, geschweige denn von den Konsequenzen für das Land, das zur Zukunftssicherung einer entschlußkräftigen und -fähigen Regierung bedarf.

Gründe genug also für die Hannoveraner Koalition – in den Ländern außer Berlin die einzige nach Bonner Muster –, mit dem Bestehen der ersten großen Bewährungsprobe Markierungen zu setzen, die alle absichtsvollen Zweifler Lügen strafen. Jene zumal, die im Gefolge der neuesten Hamburger Dramaturgie Zweifel an der Zukunft der bürgerlich-liberalen Verbindung säten.

Indessen zielten die Spekulationen der vergangenen Wochen durchaus nicht einseitig auf CDU und FDP. Auch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion waren Anti-Schröder-Abweichler zugetraut worden, die sich das Wahlgeheimnis zwecks Denkzettelverteilung und Begleichung alter Rechnungen mit ihrem neuen Oppositionsführer hätten zunutze machen mögen. Ob es den Grünen bewußt war, daß sie es Gerhard Schröder mit dem Aufgebot einer eigenen Zählkandidatin erleichtert haben, sich ein nach Parteiherkunft eindeutiges Stimmenergebnis zu sichern?

„Wir werden den Beweis erbringen, daß wir zu jeder Zeit in der Lage sind, gemeinsam zu handeln". In dieser Zuversicht beschloß Albrecht gestern seine Regierungserklärung. Die Hauptprobe dazu hat er immerhin bestanden.

Unerfüllbare Verheißung

Von Eberhard Nitschke

Bei Bundesinnenminister Zimmermann haben in den letzten Monaten mehrfach SPD-Oberbürgermeister vorgesprochen und ihn nach zugesagter Diskretion gebeten, wirksamer gegen den Asylantenzustrom vorzugehen. Die Diskussion um Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes, nach dem „politisch Verfolgte" in der Bundesrepublik Asylrecht genießen, bekommt eine neue Dimension: eine Koalition der Betroffenen, so scheint es, formiert sich.

Denn obwohl soeben aus West-Berlin eine neue bedrohliche Welle asylsuchender Ausländer aus Ost-Berlin gemeldet wird, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion darauf festgelegt, daß politischer Handlungsbedarf nur für eine zügigere Abfertigung von Asylanten in den einzelnen Verfahren durch Personalaufstockung in Verwaltungsgerichten nötig sei. Ihr ist sogar schon zu viel, daß Asylbewerber nach der im September im Bundestag zur Debatte stehenden Absprache der Koalition keine Gründe für ihre Anerkennung („Nachfluchtgründe") mehr nachschieben dürfen, die erst in der Bundesrepublik beispielsweise durch Proteste gegen ihre Heimatländer entstehen.

Es läßt sich trefflich immerdar behaupten, die Zahl der abgeschobenen oder wieder abgereisten Asylbewerber sei größer als die der Neuankömmlinge. Korrekte Angaben darüber sind selbst dem Bundesinnenministerium nicht möglich, weil die Abschiebung Ländersache ist und es kein Mittel gibt, zutreffende Angaben zu erzwingen. Möglicherweise, so ein Sprecher des Innenministeriums, sind die Länder hier so zurückhaltend, weil so wenig abgeschoben wird. Die hier so unterschiedliche Praxis hat schon die „Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände" zu der Klage veranlaßt, die uneinheitliche Erlaßlage erzeuge eine „Binnenwanderung" von Asylbewerbern, die kein Mensch mehr überblicken könne. Gern verweist man hier auf das Beispiel des Dorfes Marktschorgast im Kreis Kulmbach, das bei 1500 Einwohnern 50 Inder zu betreuen hat.

Eine, wie im Bundesinnenministerium formuliert wird, „Verheißung, die das Grundgesetz nie erfüllen kann", wartet auf Korrektur. Die Behauptung der SPD, die Union wolle das Asylrecht zum Wahlkampfthema machen, klingt plausibel.

Bourguiba sät Wind

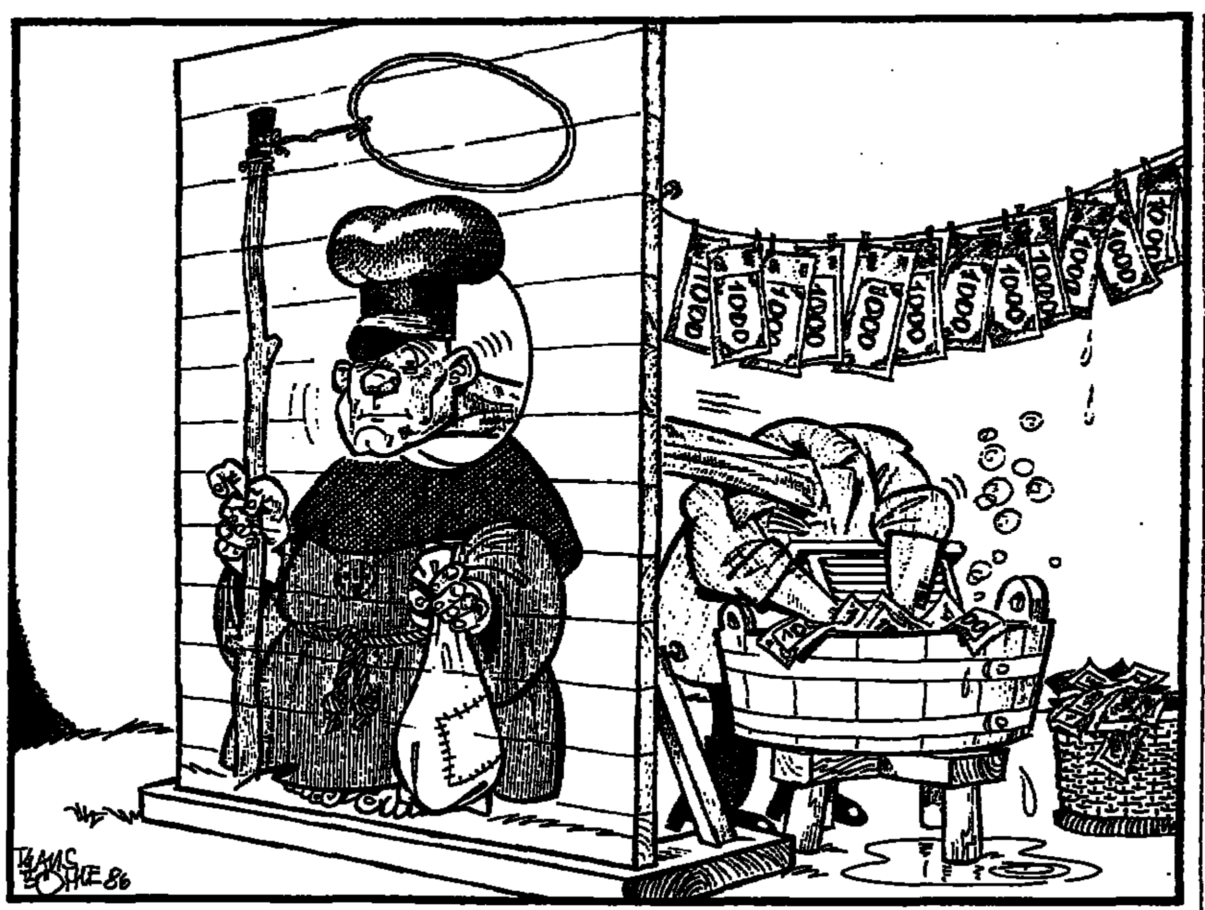
Von Rolf Görtz

Neuerdings häufen sich Klagen über den greisen, fast blinden Staatschef von Tunesien, Habib Bourguiba. Der dreiundachtzig Jahre alte „Oberste Kämpfer" – einer seiner Titel ist wirklich „Combattant supréme" – überraschte in den letzten Jahren mit den erstaunlichsten einsamen Entscheidungen. Und, wie es bei Patriarchen nur zu oft der Fall ist: ihn veranlaßten nicht immer nur politische Motive dazu; vielmehr gilt die ganze List vornehmlich dem Sockel des eigenen Denkmals. Wer sich ihm nähert – auch wenn er selber es war, der den Weg dahin öffnete –, der muß fallen.

Vor einem Jahr und drei Monaten ernannte Bourguiba den Philosophieprofessor und Ministerpräsidenten seit 1980, Mohammed Mzali, zu seinem „gewünschten Nachfolger" als Staatspräsident. Dies Amt hat der Chef der Neo-Destour-Partei seit neunundzwanzig Jahren inne. Jetzt plötzlich entließ Bourguiba den immerhin schon einundsechzig Jahre alten Dauphin und Generalsekretär der Regierungspartei, die inzwischen auf Geheiß des Oberkämpfers in die „Sozialistische Destour-Partei" umgetauft wurde.

Mit Mzali aber fiel seine Frau Fatima, Ministerin für Frauenfragen. Der Doppelsturz läßt vermuten, daß – nicht zum erstenmal in Tunis – persönliche Fragen den Ausschlag für eine Entscheidung gaben, die bald äußerst schwerwiegende Folgen haben könnte. Mzali genoß Vertrauen im Westen. Frankreichs Chirac nannte ihn „mein Freund"; nicht zuletzt deshalb, weil Mzali gegen die von Libyen gesteuerten revolutionären Kräfte eine feste Position eingenommen hatte.

Der neue Ministerpräsident Raschid Sfar gehört dem „Karthago-Clan" an, einer Vierergruppe, die seit Jahren zur engen Umgebung des greisen Staatspräsidenten gehört. Aber welche Politik sich auch immer durchsetzen wird, die Unruhe und Unsicherheit kommt allemal den revolutionären Fundamentalisten zugute. Diese aber wollen wirklich dem Denkmal Bourguibas eine Zeitbombe einbauen. Im November, wenn die Tunesier ein neues Parlament wählen, wird man voraussichtlich schon spüren, welchen Wind Bourguiba da säte.



Eine Stiftung, die sich gewaschen hat KLAUS BÖHLE

Warum fliehen sie?

Von Hans-Jürgen Mahnke

Der philippinische Expräsident Marcos und sein Anhang sollen fünf bis zehn Milliarden Dollar veruntreut und ins Ausland gebracht haben, während Unzählige seiner ehemaligen Untertanen kaum mehr als das Existenzminimum decken kann. Ein Skandal – aber läßt sich damit alles das, was unter dem Stichwort Kapitalflucht abgehandelt wird, über einen Kamm scheren?

Nach vorsichtigen Schätzungen der amerikanischen Morgan Guaranty Trust Bank kletterte die Verschuldung der Dritten Welt in den vergangenen zehn Jahren um 450 Milliarden Dollar auf die schwindelerregende Gesamtsumme von 950 Milliarden Dollar. Gleichzeitig gelangten 200 Milliarden Dollar wieder ins Ausland. Das aber waren keineswegs alles Gelder à la Marcos. Die Auslandsschulden Mexikos hätten sich Ende vergangenen Jahres nicht auf 97 Milliarden Dollar belaufen, sondern nur auf zwölf Milliarden, wenn es keine „Kapitalflucht" gegeben hätte. Und die Philippinen stünden um zwölf Milliarden besser da.

Das, was die Marcos, Duvalier usw. gemacht haben, ist nur die Spitze des Korruptions-Eisberges. Es werden Rechnungen manipuliert, damit höhere Beträge ins Ausland fließen und ein Teil für die Konten des Auftraggebers abgezweigt werden kann. So lassen allein in der Bundesrepublik zwanzig Entwicklungsländer die Kalkulation von Gütern, die für sie bestimmt sind, von ausländischen Prüfungsgesellschaften unter die Lupe nehmen. Ohne ein entsprechendes Testat wird die Einfuhr nicht genehmigt.

Nur: So mancher Staat, der seit Jahren schon diese Prüfungen abhalten läßt, mußte gleichzeitig immer neue Wege suchen, die vereinbarten Zahlungen hinauszuschieben. Diese Länder haben ihre Verschuldung nicht in den Griff bekommen, auch nicht auf diesem Wege. Ob ohne solche fragwürdigen Eingriffe in den Außenhandel – fragwürdig, weil es sich faktisch um einen Hoheitsakt auf fremdem Boden handelt – tatsächlich weniger Mittel im Land geblieben wären, ist bei den häufigen Machtwechseln ohnehin schwer zu beurteilen. Auf diesem Wege bekommt man die Korruption kaum in den Griff. Da gibt es die leider wahre Anekdote von dem Staat, der ganz früh mit solchen Kontrollen anfing und inzwischen nach einem Machtwechsel auch einen Wechsel der Prüfungsgesellschaft vornahm, weil die neuen Machthaber fanden, daß die Prüfungsgesellschaft den Auftrag erhalten oder jedenfalls gehalten hatte, indem sie – die bisherigen Machthaber schmierte ...

Doch die Korruption der Machthaber, so spektakulär sie erscheinen mag, ist das eigentliche Problem der „Kapitalflucht" nicht. Es gibt zwei entscheidende Faktoren für Kapitalbewegung: politische (Un-)Sicherheit und Rendite. Anleger meiden, völlig zu Recht, Räume, wo sie Zweifel hegen müssen, was aus ihrem Kapital wird. Wer sich in Ländern engagiert, von denen er nicht weiß, was übermorgen ist, der plant den Transfer für morgen. Die Renditen müssen so sein, daß sich das Kapital schnell umschlägt, was der längerfristigen Entwicklung des Landes nicht unbedingt nutzt. Unsicherheit treibt den Preis. Eine Nation, die „ihren" Anlegern keine Sicherheit bieten kann, braucht über deren „Mangel an Patriotismus" nicht zu klagen.

Freilich kann das Problem auch von außen kommen. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland wurde Anfang der achtziger Jahre von Kapitalflucht geredet, als nach den Ereignissen in Afghanistan, Iran und Polen Gelder in die USA flossen – allerdings auch angelockt durch die höheren amerikanischen Zinsen.



Verkörpert nicht das eigentliche Problem: Marcos in Honolulu FOTO: AP

Zum anderen aber: Warum soll ein Unternehmer, ob in einem Entwicklungsland oder wo immer, sein Geld nicht dort anlegen dürfen, wo er die beste Rendite erwartet? Wenn dies im Ausland der Fall ist, muß da nicht die eigene Regierung überlegen, was sie ändern sollte? Dazu gehört auch das weitverbreitete Problem, daß jemand zu Hause durch Auflagen behindert wird und sich ein neues Betätigungsfeld sucht.

Allerdings subsumieren manche Leute unter „Kapitalflucht" auch Bewegungen, die keine Flucht, sondern Expansion sind. Wenn sich ein Textilproduzent aus einem asiatischen Land vom Aufbau eines eigenen Vertriebsnetzes in Europa einiges verspricht, so ist dies nicht nur legitim, sondern wahrscheinlich auch zum Vorteil seines Landes.

Kapitalflucht ist ein undifferenziertes Schlagwort und belastet die Diskussion um die stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Sie ist keine Einbahnstraße. Auch der gekränkte Hinweis auf die Entwicklungshilfe klärt die Problematik nicht. Manche mögen nicht leicht einsehen, warum einem Land Mittel, finanziert durch die Steuerzahler, zur Verfügung gestellt werden, wenn gleichzeitig Gelder von dort zurückfließen. Dieses sind aber zwei Paar Schuhe. Selbst die sogenannte Kapitalhilfe ist an Projekte gebunden, die immer noch dem Fortkommen des Landes dienen sollen und genau geprüft werden. Die Gelder werden nicht irgend jemandem zur Anlage in die Hand gedrückt, der sie sofort in den Norden zurückleitet.

Stabilität und Rendite sind die Schlüssel dafür, daß nicht nur eigenes Kapital im Lande bleibt, sondern auch ausländisches hereinfließt. Brasilien ist zwar das Land mit der höchsten Verschuldung. Das Thema Kapitalflucht aber spielt dort eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, wohl kaum wegen der vorhandenen Kontrollen, sondern wegen der Zukunftsperspektiven. Figuren wie Marcos und Duvalier wird es immer wieder geben; ausschlaggebend sind sie zum Glück nicht.

IM GESPRÄCH Sir Geoffrey Howe

Unmögliche Mission

Von Reiner Gatermann

Er tut derzeit etwas, was ihm gar nicht liegt. Er begibt sich aufs Glatteis, oder, treffender, in die Wüste; mit der Aussicht, sie nicht erfolgreich durchqueren zu können.

Sir Geoffrey Howe hegte erhebliche Bedenken gegen das Vorhaben seiner Chefin Margaret Thatcher, ihn als britisch/europäischen Vermittler ins brodelnde Südafrika zu schicken. Das Verhandlungsfeld war und ist schlecht vorbereitet, der Beschluß war überhastet, und die ganze Sache erscheint ihm von vornherein zu sehr auf Mißerfolg ausgerichtet zu sein.

Aber Sir Geoffrey wäre nicht der „größte Überlebende" im Thatcher-Kabinett, stünde er nicht – in jeder politischen Lage – loyal an der Seite seiner Premierministerin. So machte er sich denn auch auf diese „unmögliche" Reise, von der Parlamentarier in London behaupten, sie könnte für den Minister sogar zu einem Erfolg werden, wenn er in der Sache nur Minifortschritte erzielte – so hoffnungslos sei seine Ausgangsposition.

Dennoch: wenn jemand in der Lage ist, ein Netz zwischen Botha und Tutu, zwischen Kaunda und Thatcher, zwischen ANC, Pretoria und Brüssel zu knüpfen, dann der neunundfünfzigjährige Brite. Trotz seiner Loyalität gegenüber der Premierministerin hat er sich viel Freiraum bewahrt. Dieser ist oft nur schwer von außen erkennbar, Kenner bewundern jedoch das diskrete Geschick, mit dem Sir Geoffrey die Beziehungen seiner Regierung pflegt.

Sein ruhiges Wesen, seine Geduld im Zuhören und Abwägen, seine nie laut werdende Stimme sowie seine juristische Nüchternheit in Kombination mit einem starken Verständnis für Minderheiten und Unterlegene scheinen ihn gerade in der explosiven Atmosphäre Südafrikas zum Vermittler zu prädestinieren – falls die Gegenseiten überhaupt dazu bereit sind. Die Afrikaner – insbesondere die



Mann des Ausgleichs: Sir Geoffrey Howe FOTO: AP

schwarzen – machen den Fehler, Sir Geoffrey lediglich als Gesandten Frau Thatchers zu sehen. Sie unterschätzen damit jedoch seine Kapazität als hochkarätiges Kabinettsmitglied und natürlich auch die Tatsache, daß er weniger als Brite denn als Europäer zu ihnen kommt.

Dazu kommt sein moralisches Engagement. Das zeigte Sir Geoffrey, nach vier Jahren Schatzkanzler seit 1983 Chef des Außen- und Commonwealthressorts, in Osteuropa. In Prag schickte er während eines Abendessens mit seinem Kollegen von der CSSR-Regierung seine Beamten los, um Mitglieder der Charta 77 zu treffen. In Warschau und in Ost-Berlin erklärte er ohne Umschweife in offiziellen Reden, was er von Ausnahmegesetzen, Mauer und Menschenrechtsverletzungen hält.

Manche beschreiben den Minister als „graue Maus" und achten ihn doch so sehr, daß sie sich Sir Geoffrey unter bestimmten Voraussetzungen als Thatcher-Nachfolger denken können. Dann nämlich, wenn ein Mann des Ausgleichs benötigt wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Hier heißt es zu Nakasones Wahlsieg:

Nakasones Sieg ist ein Votum des Vertrauens zu dem weltoffensten Politiker der jüngsten Geschichte Japans. Es wird allerdings mehr als einer Wahl bedürfen, um seine komplizierte Vision von der Zukunft Japans in einer voneinander abhängigen Welt zu verwirklichen.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung meint zum EG-Haushalt:

Das Mitbestimmungsrecht über den EG-Haushalt ist praktisch der einzige Zipfel von „Macht", den sie überhaupt haben. Weil in der gegenwärtigen prekären Brüsseler Finanzlage fast jede Haushaltsänderung gravierend ist, stellt sich am Ende der Woche wohl die Frage, ob der Ministerrat den Haushaltsbeschluß des Parlaments billigen wird. Das Urteil der Luxemburger Europa-Richter war zwar salomonisch weise, aber es hat die Haushaltsprozedur der Gemeinschaft noch komplizierter gemacht.

Lübecker Nachrichten

Sie freuen sich über das Fallen der Benzinpreise:

Ungewohnt ist es für die Autofahrer schon: Statt wie bisher zu Urlaubszeiten üblich, tiefer für den Kraftstoff in die Tasche greifen zu müssen, können sie in diesem Sommer manche Mark beim Stopp an den Zapfsäulen einsparen und anderweitig ausgeben. Daß gerade die Hauptreisezeit, in der erheblich mehr Kraftstoff getankt wird als sonst, trotz steigender Nachfrage bisher nicht zu ebenfalls steigenden Preisen geführt hat, ist den ölexportierenden Ländern zu verdanken. Denn sie haben gerade auf der letzten Opec-Konferenz in Brioni wieder einmal bewiesen, daß das ehemalige Kartell derzeit nur noch ein Papiertiger ist.

Handelsblatt

Die Düsseldorfer Zeitung bemerkt zu den Wahlkampfkosten-Gesprächen:

Perfektionistische Vorschläge haben allerdings keine Realisierungschancen. Die Parteien wehren sich zu recht gegen den Aufbau einer Kontrollbürokratie und eine den politischen Wettbewerb strangulierende Reglementierung.

SÜDWEST PRESSE

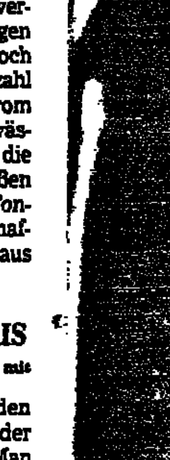
Die Ulmer Zeitung kommentiert den Dreck im Mittelmeer:

Die noch anstehenden Probleme scheinen fast übermächtig. Zwar werden Kanalisationen und Kläranlagen in verstärktem Maß gebaut, doch gleichzeitig steigt die Einwohnerzahl der Küstenstädte, wächst der Strom der Touristen. 70 Prozent der Abwässer strömen noch ungeklärt in die einst klaren Fluten. Weiter fließen jährlich Hunderttausende von Tonnen Öl ins Mittelmeer. Zudem schaffen die Flüsse Schadstoffe weit aus dem Hinterland heran.

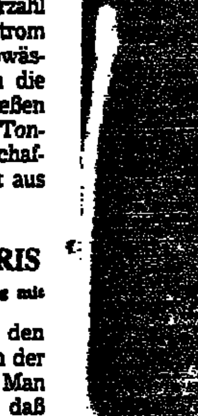
LE QUOTIDIEN DE PARIS

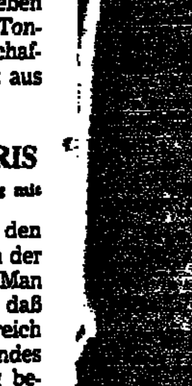
Er gibt Ratschläge für den Umgang mit Moskau:

In erster Linie darf man mit den Sowjets nicht aus einer Position der Schwäche heraus verhandeln. Man muß infolgedessen vermeiden, daß politische Zwietracht in Frankreich sich auf die Außenpolitik des Landes auswirkt. Was die Verteidigung betrifft, so darf man nicht allzusehr auf den amerikanischen Regenschirm setzen.









Müssen es wirklich vierzehn Semester sein?

Die Ausbildungszeiten und die zögernden Minister / Von Paul F. Reitze

Nachdem vor Jahresfrist schon die FDP eine Verkürzung der Ausbildungszeiten anmahnte, hat nun auch der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an den Hamburger Parteitagsbeschluß der CDU von 1981 erinnert, dem kaum Taten folgten. Anfang der neunziger Jahre, so damals die Mehrheit der Delegierten, soll das Abitur nach Klasse 12 möglich sein, wie es in den allermeisten europäischen Ländern üblich ist. Die meisten Kultusminister der Union fühlten sich „überrollt", da sie in Hamburg die nächtliche Beschluß-Stunde nicht abgewartet hatten, in Fehleinschätzung des Diskussionsstandes.

Soweit in den Bundesländern getrennte Wissenschafts- und Schulressorts bestehen, wird der Schwarze Peter zwischen den Ministerien hin- und hergeschoben. Baden-Württembergs Kultuschef Gerhard Mayer-Vorfelder ermuntert so seinen Hochschulkollegen Helmut Engler zum Handeln. Für das eigentliche Problem hält er die überlangen Studienzeiten. Er verweist auf den Wissenschaftsrat, der seit 1966 dreimal eine Verkürzung gefordert hatte – vergeblich. Die Zeiten sind sogar länger geworden. Bis zum Diplom verbringt heute der durchschnittliche Student zwölf bis vierzehn Semester an der Universität.

Die Wissenschaftsminister ihrerseits sähen es gerne, wenn die Schulen mit gutem Beispiel vorangingen. Aus der Phalanx scheint nun immerhin der neue Hochschulsenator von Berlin, George Turner, ausscheren zu wollen. Derzeit redet er den Wirtschaftswissenschaftlern der beiden ihm unterstellten Universitäten ins Gewissen. Er will Millionenbeträge umschichten, sofern plausible Konzepte für vierjährige Studienzeiten vorgelegt werden. Es sollen dann zusätzliche Stellen bewilligt werden, übrigens auch für studentische Hilfskräfte.

Ist damit die Schule aus dem Zugzwang entlassen? Niedersachsens Kultusminister Georg-Berndt Oschatz, der sich für ein Abitur nach zwölf Jahren eingesetzt hatte, hat inzwischen einen Rückzieher gemacht, obwohl er sich der Unterstützung seines Ministerpräsidenten Ernst Albrecht sicher sein konnte. Dieser gehörte neben Helmut Kohl zu den Vätern des Hamburger Parteitagsbeschlusses.

Der RCDS befürwortet einen offenen und ehrlichen Schulversuch, der beweisen soll, daß ein Abitur nach zwölf (statt dreizehn) Jahren ohne Qualitätseinbußen möglich ist. Parallel dazu soll der Lehrstoff an den Universitäten entrümpelt werden, unter der Parole des „exemplarischen Lernens". Nicht nur der RCDS befürchtet schwere Nachteile für deutsche Absolventen, wenn im Zuge der angestrebten Niederlassungsfreiheit in der EG erheblich jüngere Bewerber aus anderen Ländern der Gemeinschaft auf den gut bezahlenden deutschen Arbeitsmarkt drängen.

Nun laufen ja bereits einige Schulversuche, etwa in Rheinland-Pfalz. Dort bildet man an ausgewählten Standorten für überdurchschnittlich Begabte „Sonderklassen", und zwar in der Mittelstufe des Gymnasiums. Diese Schüler sollen den Lehrstoff der Klassen 7 bis 10 in drei Jahren erarbeiten. Klären möchte Kultusminister Georg Gölter unter anderem zwei Fragen: Bis zu welchem Grad stimmt in der Sonderklasse die Gleichung: fordern ist fördern? Und: Gibt es durch Weggang der Zugpferde in den Normalklassen Niveauverlust?

Doch selbst bei positiven Resultaten wäre noch nicht viel gewonnen. Baden-Württemberg verweist etwa darauf, daß jeweils nach Klasse 10 an Gymnasien wie Realschulen die Mittlere Reife zuerkannt wird. Sollen dafür, nach einer Reform, künftig Realschüler ein Jahr länger büffeln müssen? Hier stünde die Attraktivität einer Schulform auf dem Spiel, die sich als wirkungsvolle Abwehrwaffe gegen die Gesamtschule überall dort erwiesen hat, wo man ihr ein eigenständiges Profil ließ.

Falls also eines Tages gekappt werden müßte, dann doch lieber an der Oberstufe des Gymnasiums? Dafür macht sich vor allem der Chef der Stuttgarter CDU-Landtagsfraktion, Erwin Teufel, stark. Mit Hintergedanken. Er sieht die Probleme der vielen Hochschulneugründungen des Landes, wenn erst die Studentenzahlen drastisch zurückgehen. Teufel möchte im Grunde die Oberprima zu den Universitäten umverlagern – zur Empörung der Lehrerverbände und auch weiter Teile der Elternschaft, die ihre Kinder schon der Kosten wegen lieber zu Hause behalten.

Angesichts der drohenden Bewerberlawine aus der EG sind die Chancen gewachsen, daß die Abwehrfront der Hochschulen zu wanken beginnt. Ob das Gymnasium ebenfalls einen Opferbeitrag leisten muß, ist ungewiß. Wenn es die lange Zeit nutzen würde, um die Allgemeinbildung seiner Absolventen zu verbessern, könnte ihm der Reduktions-Speiseplan erspart bleiben.

Die RAF bekennt sich zum Anschlag von Straßlach – Die Bombe traf einen anerkannten Wissenschaftler und Manager

Bewältigung der Zukunft, das war Beckurts Beruf

Von DANKWARD SEITZ und LUDWIG KÜRTEN

„Wir sind gewiß nicht am Ende unserer Zukunft oder auf dem Weg ins technologische Abseits. Aber nur mit erheblichen Anstrengungen wird es uns gelingen, alle Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Doch noch zu verbreitet ist die Haltung, daß man den technischen Wandel abbremsen und gleichzeitig seine vorteilhaften Wirkungen auf Beschäftigung und Wohlstand vereinnahmen kann."

Dies war das Bekenntnis eines Mannes, für den die stetige Suche nach dem technisch Machbaren nie Selbstzweck, sondern vielmehr eine Pflicht war, seinen bescheidenen Beitrag zum Wohl aller Menschen zu leisten. Gestern ist dieser Mann, Professor Karl Heinz Beckurts, Mitglied des Vorstands der Siemens AG und verantwortlich für den Zentralbereich Forschung und Technik, einem kaltblütigen Terroranschlag zum Opfer gefallen.

Im Rampenlicht der Öffentlichkeit stand der 56jährige Physiker Beckurts nie. Doch unter Fachleuten genoß er hohe Anerkennung und war als Gesprächspartner und Berater gesucht. Dies nicht nur wegen seiner Funktion im größten deutschen Elektro-Konzern, sondern auch aufgrund seines großen Engagements in allen Fragen der Technologie-Politik. Forschung und Industrie waren für ihn keine isoliert lebenden Organismen; er sah sie vielmehr stets eingebettet in den gesamtpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmen.

Er warnte vor einem Verzicht auf Kernenergie

So meldete er sich auch immer wieder in Diskussionen um das Für und Wider von Schlüsseltechnologien zu Wort. Oft bedauerte er dabei, wie irrational solche Fragen in der breiten Öffentlichkeit und von Politikern geführt werden. So vertrat er auch die Ansicht, daß ein Verzicht auf die Kernenergie einer „Selbstverstümmelung einer Industrienation" gleichkomme, wobei er aber unermüdlich die größtmöglichen Sicherheits-Standards forderte.

Von Anfang an verschaffte sich Beckurts innerhalb des Siemens-Konzerns den Ruf eines „Vorausdenkers" für wichtige technologische Projekte. Uneingeschränkt gestanden seine Vorstandskollegen ein, daß Beckurts ein ganz erheblicher Anteil am heutigen technologischen Stand von Siemens (Umsatz 1984/85: über 54 Milliarden Mark) gebührt. Unter seine Verantwortung fielen die entscheidenden Weichenstellungen in den Bereichen Elektronik, Nachrichtentechnik, Digitalisierung und Integration von Kommunikations-Einrichtungen, Automatisierung und Sicherung der Energieversorgung sowie in der Medizin-Technik.

Beckurts verstand es, den einst trägen Elektro-Riesen in Sachen Forschung und Innovation auf Fahrt zu bringen. In einer fast atemberaubenden Entwicklung wurde der Investitionssetat bei Siemens von knapp drei Milliarden Mark im Jahr 1979/80 auf weit über sechs Milliarden Mark im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 aufgestockt. Und er setzte es durch, daß allein für die Entwicklung und Produktionsreife des 1-Megabit-Chips bis zum Jahr 1987 fast zwei Milliarden Mark aufgewendet werden. Das Tempo, das Beckurts vorlegte, kommt auch in der Personal-Entwicklung zum Ausdruck. Beschäftigte Siemens in Forschung und Entwicklung 1979/80 knapp 30 000 Mitarbeiter, so sind es derzeit über 36 000 Wissenschaftler und Techniker, womit aber noch längst nicht der Bedarf gedeckt ist.

Warum wurde Beckurts Opfer eines Terroranschlags? Sollte er eine Führungskraft aus dem Rüstungsbereich treffen? Siemens kann kaum zu den Rüstungsbetrieben der Bundesrepublik gerechnet werden. Zwar produziert der Konzern einige wichtige Teile für Panzer, Marine und Luftwaffe, doch gemessen an den zivilen Bereichen dürfte das militärische Geschäft nur einen geringen Umsatz beisteuern. An Forschungsarbeiten zum amerikanischen SDI-Programm zeigten sich die Münchner zwar oft interessiert, sollen aber dem Vernehmen nach bislang noch keinen Auftrag erhalten haben.

Karl Heinz Beckurts, am 16. Mai 1930 in Rheydt bei Neuss geboren, begann 1949 mit einem Physik-Studium an der Universität Göttingen. Danach war er am Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen tätig, wo er 1956 promovierte. An diesem Institut, das als die „Keimzelle" der deutschen Reaktorphysik gilt, arbeitete auch Werner Heisenberg. Vor allem die Arbeitsgruppe um Professor Karl Wirtz, der auch Beckurts angehörte, widmete sich der Reaktorphysik. 1958 wurde das Institut aufgelöst, Heisenberg und seine Gruppe gingen nach München ins neue Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik.

Wirtz wechselte hingegen nach Karlsruhe: Seine Arbeitsgruppe bildete den Kern des neuen Kernforschungszentrums, an dem Beckurts die Leitung einer experimentellen Abteilung des Instituts für Neutronenphysik und Reaktorforschung übernahm. Von 1963 bis 1970 war er dann Direktor des Institutes für Angewandte Kernphysik. Zwischenzeitlich arbeitete er zwei Jahre (1964-66) am Institut Laue-Langevin (einem Neutronen-Höchstflußreaktor) in Grenoble. 1968/69 war er im Brookhaven National Laboratory tätig, dem amerikanischen Pendant zum Reaktor in Grenoble.

Zur Forschung kam das Management

1970 wechselte Beckurts an die Kernforschungsanlage (KfA) in Jülich, wo er wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer wurde und von 1974 bis 1980 Vorsitzender des Vorstandes war. In dieser Funktion war er kaum noch selbst mit Forschung befaßt, sondern verantwortlich für das Management des Forschungszentrums. In seine Zeit fallen wichtige Entscheidungen, die das Forschungsspektrum der KfA umstrukturierten und von der Kernforschung wegführten. Die KfA wandte sich verstärkt der Biotechnologie, der Festkörper- und Grenzflächenforschung, der Vakuumphysik, der Nuklearmedizin und anderen Gebieten zu. 1980 wechselte Beckurts dann zur Firma Siemens.

Beckurts war an vorderster Stelle an der Entwicklung der deutschen Kernreaktoren beteiligt. Darüber hinaus hat er auch große Verdienste um die Fusionsforschung. Er gehörte in den letzten Jahren dem Kuratorium des Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik in Garching an, wo seit 25 Jahren die Kernfusion als Alternative zur Kernspaltung erforscht wird. Zweimal leitete er Kommissionen der EG, die die europäische Kooperation auf diesem Sektor förderten.

Neben seiner Tätigkeit im Bereich der Forschung und in der Industrie lehrte Beckurts an den Universitäten in Karlsruhe, Heidelberg und Bonn, wo er als Honorarprofessor tätig war. Die Königlich Schwedische Akademie der Ingenieur-Wissenschaften in Stockholm machte ihn zu ihrem Ehrenmitglied.

Professor Karl Heinz Beckurts war in zweiter Ehe verheiratet. Er hinterläßt neben seiner Frau zwei Töchter und einen Sohn.

Als Exponent der Industrie wurde er ein Opfer des Terrors: Professor Karl Heinz Beckurts
FOTO: NORBERT NORDMANN



Terroranschlag in Straßlach: Das Autowrack ist mit einer Plane bedeckt, Kripo-Beamte suchen nach Spuren FOTO: DPA

Die Mörder lauerten im Wald

Von PETER SCHMALZ

Kaum einer der 2600 Einwohner von Straßlach überhörte gestern morgen um 7.30 Uhr den Knall. Den meisten von ihnen erging es dabei wie dem Schreiner in seinem blauen Overall. „Das war wieder einer von den Tieffliegern", hat er gedacht. Sie kommen in letzter Zeit öfter über den Ort und stören die oberbayerische Idylle. „Da hat wieder einer die Schallmauer durchbrochen."

Auch die Hausfrau im geräumigen Bungalow Nummer 43 in der Hugo-Hoffmann-Straße wird ähnlich gedacht haben. Keine drei Minuten zuvor hatte sie ihren Mann verabschiedet, er war in den silbergrauen gepanzerten Firmen-BMW auf den Beifahrersitz gestiegen, zwei Wachleute in einem beigen BMW sicherten seinen Weg. Den Vormittag, der erste sonnige nach mehreren Regentagen, wollte die Frau für ein Tennisspiel nutzen.

Sie packte das Racket ein und ahnte nicht, daß ihr Mann nur 500 Meter weiter tot in seinem Fahrzeug liegt, neben sich den leblosen Chauffeur. Es war 40 Minuten nach dem Knall, als Männer vor ihrem Haus erschienen und einer von ihnen sagte, da sei eine Bombe gewesen, die ihren Mann und seinen Fahrer tötete.

Die Täter haben Professor Karl Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied des Elektrokonzerns Siemens, mit erschreckender Präzision ermordet. Sie müssen lange Zeit ihm nachgestellt und Schwachstellen im Sicherheitssystem ausgeforscht haben. Sie wußten, daß ihn der tägliche Weg nach München hinein nur über die gut ausgebaute und schnurgerade Staatsstraße 2072 führen kann. Und dort haben sie zugeschlagen: Am Ortsausgang, wo ein Straßenschild die aus München kommenden Fahrer vor der Straßenverengung im Dorf warnt und wo sich am Fuß einer mächtigen Esche unauffällig ein tödliches Paket plazieren läßt.

„Das waren eiskalte Profis", sagt ein Polizeibeamter. Er und seine Kollegen stehen betroffen an dem roten Seil, das den Tatort abriegelt, damit die Experten des Landeskriminalamtes und später auch das BKA ihrer mühsamen Spurensicherung nachgehen können. Der Baum hat der Explosion standgehalten, nur bis hinauf zu einem Meter ist die Rinde weggerissen. Die Spitze des Verkehrsschildes krümmt sich und im Untergrund des Straßenrandes klafft ein Loch. Gras, Blätter, Erde und Metallsplitter bilden einen schmutzigen Teppich auf dem Asphalt.

Die Bombe, zehn Kilo, vermuten die Experten, wurde auf den Bruchteil einer Sekunde zu dem für die Tat günstigsten Zeitpunkt gezündet – entweder über ein Kabel oder per Funk.

Augenzeugen sahen eine 20 Meter hohe Stichflamme hochsteigen, die rechte Seite der Limousine wurde wie Konservenblech zerbeult, der tonnenschwere Wagen der Siebener-Serie schleuderte über die Straße, flog über einen Grasstreifen und über einen geteerten Radweg hinweg, bis er unter hohen Fichten in einem Maschendrahtzaun hängenblieb.

Die Türen des Wracks waren eingedrückt, die Fenster zersplittert. Professor Beckurts und sein Fahrer, der 43jährige Eckehard Groppler, lagen blutüberströmt auf den Vordersitzen. Sie waren sofort tot. Die beiden Männer vom firmeneigenen Sicherheitsdienst bremsten ihren 5er-BMW ab, rollten noch über den Explosionsort hinaus und kamen drei Meter dahinter zum Stehen. Sie blieben unverletzt, allein ihre Windschutzscheibe ging zu Bruch. Polizisten erachten es als ein Wunder, daß im starken Berufsverkehr nicht weitere Autofahrer zu schaden kamen.

Ein VW-Bus mit Weilheimer Nummer?

Inzwischen deckte eine graue Plane den zerfetzten Vorderteil des zertrümmerten Wagens im Straßengraben ab. Die beiden Toten sind noch nicht geborgen, die Spurensicherung ist noch am Werk. Von den Tätern glaubt man eine winzige Spur zu haben: Ein weißer VW-Bus mit dem Kennzeichen WM für Weilheim soll unmittelbar nach der Explosion nur wenige Meter von der Esche entfernt aus einem Gebüsch herausgeprescht und mit hoher Geschwindigkeit in Richtung München gefahren sein. Dunkler Reifenabrieb ist auf dem Asphalt erkennbar. Aber weder Hubschrauber noch Suchhunde führen auf die richtige Spur.

Aber ein Brief wird am Tatort gefunden: Das Kommando „Mara Cagol" der Roten Armee Fraktion bekennt sich zu dem Verbrechen. Die 20jährige Mara war die Ehefrau des Chefs und Mitbegründers der italienischen Roten Brigaden, Renato Curcio; sie wurde am 6. Juni 1975 bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet. Auch drei Polizisten starben bei dem Gefecht.

Bereits im vergangenen Jahr gab sich ein Mordkommando der RAF den Namen eines ausländischen Terroristen. Es war am 1. Februar 1985, als in Gauting, nur elf Kilometer Luftlinie vom gestrigen Tatort, ein Terrorpärchen am Bungalow des MTU-Vorsitzenden Ernst Zimmermann klingelte und den Manager kaltblütig erschoß. In einem Anruf bei einem Lokalblatt meldete sich das Kommando „Patrick O'Hara". Der irische Terrorist war im Mai 1981 im Maze-Gefängnis von Belfast nach einem Hungerstreik gestorben.

Wieder wurde ein Wirtschaftsführer das Opfer eines Terrormordes, wieder war die Gegend südlich von München der Tatort. Parallelen sind erkennbar, zugleich aber auch Unterschiede. Zimmermann schien arglos, sein Haus war nicht besonders gesichert, er ließ sich täglich in einem Firmen-Mercedes abholen, der die Initialen des Betriebs trug: M - TU 5300.

Anders Professor Beckurts: Er wußte, daß er auf einer Todesliste der RAF stand und hatte für seinen Schutz ausgiebige Maßnahmen getroffen. Sein BMW war gepanzert und wurde von Begleitschutz gesichert. Seine Villa inmitten eines weiten Grundstücks am Ortsende von Straßlach ähnelt im Vergleich zu Zimmermanns Haus einer Festung. Kräftige Gitter schirmen die Grundstückstüre rechts und links ab, alle von der Straßenseite sichtbaren Fenster des eingeschossigen Hauses sind vergittert, sogar der schmale Fensterstreifen auf dem Dach. Zu den Feldern im Süden schützt ein hoher, nach innen gewölbter Stacheldraht vor ungebetenen Eindringlingen. Keiner der Nachbarn hat sich zumindest sichtbar ähnlich stark abgesichert. Der Mord an Ernst Zimmermann, der Münchens Top-Manager zutiefst erschreckte, hat hier deutlich Wirkung gezeigt.

Doch dadurch ließen sich die Terroristen nicht von ihrem Mord-Trip abbringen. Waren sie bei Zimmermann noch frech ans Haus herangegangen, so respektierten sie diesmal die umfangreichen baulichen Sicherheitsmaßnahmen und griffen zum Sprengstoff, dem teuflischsten und heimtückischsten Mordinstrument, das immer häufiger verwendet wird.

Das sichere Haus, wo der 56jährige Manager mit seiner Frau und seinen drei Kindern – einem Sohn und zwei Töchtern – wohnte, hatte er gestern morgen verlassen und war in den Wagen gestiegen, hinter dessen Panzerung er sich ebenfalls sicher fühlen konnte.

Gegen den Sprengsatz gab es keinen Schutz

Der Wagen fuhr durch die Römer- und durch die Frundsbergstraße und bog dann in die Südliche Münchner Straße ein. Keine hundert Meter weiter warteten die Mörder. Sie lauerten in einer Fichtenschonung, vermutet die Polizei. Und sie zündeten einen Sprengsatz, gegen dessen tödliche Wirkung es keinen Schutz gab.

Noch ist nicht bekannt, ob sich die Terroristen ihr jüngstes Opfer wegen dessen persönlicher Fachkompetenz und Führungsautorität ausgewählt haben, also nach einer Symbolfigur des von ihnen bekämpften Systems Ausschau gehalten hatten, oder ob sie sich eine – wie sie selbst sagen – „Funktionsmaske" ausgesucht haben, einen Menschen also, dessen Arbeitsbereich als Manager sie treffen wollen, ohne an der Person unmittelbares Interesse zu haben.

Der Kreis der gefährdeten Manager ist so groß, daß eine lückenlose Überwachung nach Ansicht von Sicherheitsexperten unmöglich ist. Einer von ihnen meint: „Das einzige, was wir machen können, ist, die Mitarbeiter der Unternehmen ständig auf das Erkennen von Gefährdungsmomenten hinzuweisen und sie dafür zu sensibilisieren."

Professor Beckurts würde jedoch auch als Symbolfigur in das Feindbild der RAF passen, nachdem sich die deutschen Terroristen auch die Atomangst zum Mittel ihres Kampfes machten, und der Siemens-Manager zur friedlichen Nutzung der Kernenergie eine deutliche und feste Haltung hatte. Der Verzicht auf Kernenergie wäre die „Selbstverstümmelung einer Industrienation", war seine Meinung.

Terror gegen „Schlüsselpersonen des Imperialismus"

Von WERNER KAHL

Das Attentat auf Karl Heinz Beckurts ähnelt dem mißglückten Attentat auf Alexander Haig, den früheren Oberbefehlshaber der NATO in Europa. Nur um Bruchteile einer Sekunde entging damals der amerikanische General am 25. Juni 1979 auf der Straße in Mons/Belgien dem Tod durch eine ferngezündete, unter dem Straßenpflaster deponierte Bombe.

Mit dem späteren US-Außenminister Alexander Haig verband Professor Karl Heinz Beckurts die hochrangige Einstufung in die Liste von Persönlichkeiten, denen die Linksextremisten in der Bundesrepublik und Westeuropa Kampf auf Leben und Tod erklärt haben.

Kriegserklärung aus Frankfurt

Diese Kriegserklärung wurde auf dem Mobilisierungskongreß terroristischer Gruppen und ihrer Angehörigen zu Beginn dieses Jahres in einer Frankfurter Fachschule evident. In einem dort verabschiedeten und anschließend in der militanten Szene verteilten achtzehnseitigen Dossier wird zur Offensive '86 getrommelt. Das Kennwort heißt „MIK".

Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich in der Diktion der „Rote Armee Fraktion" der „Militärisch-Industrielle Komplex". Als akutes Ziel geben die Verfasser das amerikanische Weltraum-Raketen-Abwehrprogramm SDI an. Damit reihten sie sich in die Strategie der UdSSR als ungebetene, aber nicht unwillkommene Akteure ein.

Alexander Haig, heute Manager von United Technologies, einem der führenden elektronischen Konzerne, wird in dem Dossier zitiert: „Die hochentwickelte Technologie ist heute ein Faktor der Weltpolitik, der noch stärker zur Geltung gebracht werden muß!"

Für terroristische Aktionen im Bereich der Industrie wurde die Parole ausgegeben: „Die großen Elektronik-, Automobil- und Computerkonzerne, ‚strategische Industrien', reißen sich ales unter den Nagel, was in den sogenannten High-tech-Bereichen expandiert. Und bilden heute den MIK."

Diese Konzerne – so heißt es – besetzten „systematisch die wissenschaftlichen und industriellen Schlüsseltechnologien (= moderne und traditionelle Rüstungsindustrie): Luft- und Raumfahrt, Mikroelektronik, Hochtechnologie, Informatik, Gentechnologie ..."

Gegen Forschung für SDI

Zur Illustration zählt das Strategiepapier ausländische und deutsche Unternehmen von Weltrang auf: General Motors, Chrysler, Ford, Fiat, Daimler, Nissan, Siemens und MBB. Die „Durchdringung der Metropolengesellschaft durch High-tech soll eine neue Dimension imperialistischer Herrschaft einleiten".

Die Forschung dieser Unternehmen, für die der getötete Siemens-Manager repräsentativ erschien, wurde auf der RAF-Veranstaltung in Frankfurt als Dienstleistungszweig des SDI-Programmes bezeichnet.

Notizen und Biografien von Personen aus der Wirtschaft hatte die Polizei seit Beginn des terroristischen Kleinkrieges in Deutschland immer wieder entdeckt. Seit Anfang der achtziger Jahre fanden sich besondere Auflistungen im „Strategiepapier" eines RAF-Bandenversteckes in Heidelberg-Rohrbach und in Erd-Depots, die im Jahr 1982 enttarnt worden waren.

Daß Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft grundsätzlich Zielpersonen terroristischer Anschläge sein können, so heißt es in einer Analyse der Sicherheitsbehörden, belegten bereits die in der RAF-Schrift „Guerilla, Widerstand und Antiimperialistische Front" 1977 nach den Morden an BDI-Präsident Hanns Martin Schleyer und dem Bankier Jürgen Ponto verfaßten Zielanweisungen.

Der Name des Forschers Karl Heinz Beckurts tauchte in einer im Juni 1984 in der Bergerstraße 344 in Frankfurt am Main ausgehobenen „konspirativen Wohnung" auf. Sechs RAF-Mitglieder wurden dort gefaßt. Darunter auch die bereits vorbestrafte Terroristin Christa Eckes, die früher zu einem „revolutionären kommunistischen Jugendverband" gerechnet worden war.

Widerstand in Westeuropa

Mitte Januar dieses Jahres stieß die Polizei in Hannover bei der Festnahme von Annelie Becker, der Schwester der als Terroristin abgeurteilten Verena Becker, erneut auf den Namen Beckurts. Die junge Frau wurde inzwischen mangels Beweisen, daß sie in die Verbrechensplanung der RAF verwickelt war, wieder freigelassen.

Zwei Wochen nach ihrer Festnahme wurde in Frankfurt der internationale Kongreß „Anti-imperialistischer und anti-kapitalistischer Widerstand in Westeuropa" (31. 1. 86–4. 2. 86) eröffnet. Den Versammelten wurde erklärt, daß die Zusammenkunft zur Entwicklung einer neuen Strategie für den bewaffneten Kampf dienen solle. Als „vorbildlich" wurden gemeinsame Aktionen der RAF und der französischen Untergrundorganisation „Action directe" (AD) bezeichnet.

Unter zeitweise frenetischem Beifall setzte sich der Sprecher der portugiesischen marxistisch-leninistischen Partei für den Aufbau einer marxistischen Untergrundbewegung nach dem Vorbild ähnlicher Organisationen in Lateinamerika auch in Westeuropa ein.

In der Diskussion wurde festgestellt, daß gezielte Anschläge mit militärischen Methoden gegen „Schlüsselpersonen des Imperialismus" durchaus zur Verunsicherung von Militärs und Politikern beitragen könnten. Langfristig bliebe in Europa keine andere Lösung als der bewaffnete Kampf.

Daraus geht hervor, daß sich die Angriffsziele der Rote Armee Fraktion 1986 nicht geändert haben.

Die Ruhe nach dem Frankfurter Treffen war, wie sich gestern zeigte, trügerisch.



Annelie Becker: Bei ihr fand die Polizei im Januar '86 Notizen über Karl Heinz Beckurts FOTO: DPA

Schäuble sieht Beziehung zu Ost-Berlin belastet

Asylanten-Strom soll gestoppt werden / WELT-Gespräch

E. NITSCHKE, Bonn

Der weitere Zustrom von Asylbewerbern auf dem Umweg über Ost-Berlin ist nach den Worten von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble für die Bundesregierung ein „völlig inakzeptabler Zustand", der bei Fortdauer „mehr und mehr zu einer Belastung für die deutsch-deutschen Beziehungen wird". Die Bundesregierung habe die „DDR"-Führung schon von Beginn des verstärkten Asylbewerberzustroms an aufgefordert, dieses „Durchschleusen" zu verhindern. Im Falle der Zuwanderung von Tamilen aus Sri Lanka habe die „DDR" auch unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage ist, Scheinasylanten mit geeigneten Maßnahmen fernzuhalten. Minister Schäuble im Gespräch mit der WELT: „Wir können schon aufgrund der verfassungsmäßigen Situation nichts tun. Es ist jetzt Sache der DDR, zu handeln."

Über den Zustrom von Asylbewerbern über die „DDR" und Berlin (Ost) hatte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Miltner, neue Zahlen genannt. Danach sind allein im Juni 1986 bereits 5531 Personen via „DDR" nach Westen eingereist, so daß in diesem Jahr nach den ersten fünf Monaten von 34 000 Asylbewerbern ein Drittel, nämlich laut Miltner 11 622, sich Behörden in Berlin (West) zur Einleitung des Asylverfahrens stellten.

Alarmruf aus Berlin

Anlaß für den Alarmruf aus Berlin (West) war die Tatsache, daß am vergangenen Wochenende der Grenzschutz-Einzeldienst an Grenzbahnhöfen zur „DDR" fast 400 als Asylbewerber einreisende Ausländer registrierten. Dabei waren, wie Karl Miltner weiter bekundete, unter 277 Personen auf dem Bahnhof Helmstedt 142 Libanesen, 36 Palästinenser und 65 Ghanaer. Die Anerkennungsquote bei diesen Personenkreisen liegt seit langem bei etwa einem Prozent. Wie dazu allerdings das Bundesinnenministerium auf Anfrage der WELT mitteilte, werden Asylbewerber aus dem Libanon jetzt fast überhaupt nicht mehr abgeschoben, weil sich bei den verworrenen Verhältnissen im Lande nicht widerlegen läßt, daß sie möglicherweise politisch verfolgt sind. Miltner: „Ein großer Teil der Libanesen und Palästinenser stellt keine Asylanträge mehr, sondern erklärt offen, man komme wegen der schlechten Lebensbedingungen im Libanon zur Gründung einer neuen Existenz ins Bundesgebiet."

Eine Abschiebung dieser Personen ins Herkunftland sei meist nicht mehr möglich, weil sie die Pässe nach den Grenzkontrollen der „DDR" fortgeworfen haben, und so vom Libanon nicht ohne weiteres als seine Staatsangehörigen anerkannt würden.

Für schärfere Kontrollen

Nach Ansicht des Bundesinnenministeriums läßt sich das Problem mit aussichtslosen Asyl-Antragstellern „nur noch an der Grenze lösen". Ein Sprecher des Ministeriums erklärte dazu auf Anfrage, Anspruch und Wirklichkeit bei dem asylversprechenden Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes gingen „weit auseinander". Die Väter des Grundgesetzes hätten 1949 an Einzel- und Familien-Asylfälle gedacht, aber niemals an ganze Flugzeugladungen voll. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann habe vor allem in letzter Zeit immer wieder quer durch die Parteien Hilferufe von Städten und Gemeinden, bekommen, die eine schärfere Kontrolle bei der Einreise von Asylantragstellern forderten. Das Ministerium gibt an, daß sich heute rund 600 000 „Flüchtlinge" in der Bundesrepublik und Berlin (West) befinden, bei den Verwaltungsgerichten liegen zur Zeit rund 100 000 Anträge auf Anerkennung als Asylant.

Als Grund für das Verhalten der „DDR" in der Asylantenfrage wird in Bonn angenommen, daß Ost-Berlin ein Interesse daran haben könnte, daß auf westlicher Seite normale Grenzkontrollen wie an den Landesgrenzen der Bundesrepublik eingerichtet werden. Das würde im Widerspruch zu dem Rechtsstatus stehen, den die alliierten Schutzmächte in Berlin (West) aufrechterhalten.

Spione warten auf den großen Ringtausch. Die Aktion ist überfällig

Ohne Prozeß nach Moskau? Margarete Höke FOTO: TEUTOPRESS

Wartet bereits seit zehn Jahren: Lothar Erwin Lutze FOTO: DIE WELT

Im Ostberliner Sondergefängnis: Christa-Karin Schumann FOTO: DW

Sogar Königin Silvia wurde in die große Agenten-Rochade eingeschaltet

WERNER KAHL, Bonn

In ihren Zellen im Schweizer Kantonsgefängnis Luzern warten der „DDR"-Fernsehtechniker Johann Karmaczin alias Hübner und seine Frau auf ein Signal des Ostberliner Geheimdienstes. Die Eheleute waren „Briefträger" der als Spionin verhafteten Sekretärin im Bonner Bundespräsidialamt, Margarete Höke. Jetzt wollen sie wissen, ob sie ein Jahr nach ihrer Verhaftung in den großen Agenten-Ringtausch einbezogen werden, den Bonner und Ostberliner Bevollmächtigte in diesen Tagen aushandeln und vor dem geplanten Gipfeltreffen Reagan–Gorbatschow über die Bühne bringen wollen.

Ermittlungen in Luzern abgeschlossen

Wie Kantons-Untersuchungsrichter Kaufmann der WELT mitteilte, sind die Ermittlungsakten gegen die Mitbeschuldigten in dem Bonner Spionagefall abgeschlossen und der Staatsanwaltschaft in Luzern zur Anklageerhebung übergeben worden. Ihre Aussagen belasten die heute 50jährige Sekretärin, über deren Schreibtisch bei einem Abteilungsleiter des Bundespräsidialamtes vor dem Einzug Richard von Weizsäckers Staatsgeheimnisse aus den Beratungen des Bundessicherheitsrates weitergeleitet worden waren.

Gewährsleute der sowjetischen Geheimdienste, die diese „Quelle" abschöpften und den Ostberliner Genossen die Führung des Kurierpaares überließen, lassen deshalb nichts unversucht, daß die Spionin nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens ohne Prozeß durch Austausch freigelassen wird. Die Ermittlungen stehen in den nächsten Wochen vor dem Abschluß, erfuhr die WELT. Anschließend werden die Akten Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zur Entscheidung über die Anklageerhebung vorgelegt.

Um einen Prozeß zu vermeiden, argumentiert die östliche Seite, eine Gerichtsverhandlung werde auf eine blamable Vorstellung der Behörden hinauslaufen. Mit diesem ausgeworfenen Köder verbinden Staatssicherheitsdienst und KGB zugleich den Gedanken, unter ihren Agenten im Westen die bittere Erfahrung des Falles Lutze zu verdrängen. Der ehemalige Agentenchef im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Erwin Lutze, wartet in diesem Monat seit zehn Jahren auf die Einlösung des Versprechens, ihn so rasch wie möglich auszutauschen. Niemand, am allerwenigsten Lutze selbst, weiß einen Grund für sein Warten anzugeben. hätte sich doch für den „DDR"-Geheimdienst längst die Möglichkeit geboten, den Militär-Spion vorzeitig freizubekommen.

Aus der WELT erfuhr Lutze in seiner Zelle in der Strafanstalt Geldern am Niederrhein, in der auch ein Farbfernseher steht, daß die Bundesregierung ihn bereits vor einem Jahr zum Austausch angeboten hatte – als Gegenleistung für die Ostberliner Ärztin Christa-Karin Schumann. Die Ärztin für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten an der Poliklinik der Ostberliner Charité verbüßt als frühere Lebensgefährtin des ehemaligen „DDR"-Konteradmirals Winfried Baumann eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe, Baumann war unter der Beschuldigung, mit der Ärztin 1979 in den Westen fliehen zu wollen, als „imperialistischer Agent" ohne Prozeß nach der Verhaftung erschossen worden. In die humanitären Bemühungen von mehreren Seiten, die schwer kranke Christa-Karin Schumann aus ihrer Isolationshaft in einem Sondergefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) herauszubringen und schließlich durch Austausch freizubekommen, ist nach Informationen der WELT aus Stockholm auch die schwedische Königin Silvia eingeschaltet worden. Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker traf am 26. Juni dieses Jahres im Stockholmer Schloß mit Königin Silvia und König Carl XVI. Gustav zusammen. Die Königin stammt aus Heidelberg, wo ein Bruder der inhaftierten Ärztin lebt.

Der früher verschwiegene Agententausch ist seit der Amtsübernahme von Gorbatschow mit wichtigen Ost-West-Gesprächen kombiniert worden. Es geht dabei um Einflußnahme auf die Bevölkerung, vor allem in den USA und Westeuropa, erklärt ein Experte aus dem Sowjetblock der WELT. Den höchsten Aufmerksamkeitswert könnte nur der Kreml-Entschluß erzielen, die Verbannung des Friedensnobelpreisträgers aufzuheben. Außer für Sacharow setzt sich die westliche Seite für die Freilassung des Physikers Juri Orlow und der Bürgerrechtlerin Irina Ratschinskaja im Rahmen eines Gefangenenaustausches ein, wie er zuletzt am 11. Februar dieses Jahres in Berlin stattfand.

Moskau pocht auf Tausch des Flotillenadmirals

Zu dem Tauschpaket, das jetzt geschnürt wird, gehören mehrere Ost-Agenten in den USA, ein in London enttarntes Kurier-Ehepaar aus der „DDR" sowie einige in der Bundesrepublik zu Strafen bis zu sechs Jahren verurteilte Spione. Moskau sähe es gern, wenn Bonn sich in Südafrika dafür einsetzte, dort auf vorzeitige Entlassung des Flotillenadmirals Gerhard zu plädieren. Der Marineoffizier verriet den Sowjets die militärische Sicherung am Horn von Afrika, eine unschätzbare Ausspähung für die Seestreitkräfte der UdSSR.

Wenn die Planer der Kohle hinterher hinken

RALPH LORENZ, Düsseldorf

Dem nordrhein-westfälischen Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD) steht neuer Ärger ins Haus: Nachdem sein Kabinettskollege Justizminister Rolf Krumsiek unlängst auf die Anfechtbarkeit der von Zöpel im Alleingang betriebenen Notkäufe von 2400 Neue-Heimat-Wohnungen hingewiesen hatte, präsentiert nun der Landesrechnungshof seine Rechnung zur „Entwicklungsgesellschaft Wulfen mbH". Von einer „fehlgeschlagenen" und „liquidationsreifen Stadtentwicklungsmaßnahme" ist da die Rede und mit bitterer Ironie vermerkt der Landesrechnungshof, der Minister habe nunmehr „die Kommunalisierung der Maßnahme endlich herbeigeführt, allerdings auf Kosten weiterer Zuschüsse von 47,2 Millionen Mark".

Und dies, obwohl seit Gründung der Entwicklungsgesellschaft Wulfen 147 Millionen Mark aus Städtebaumitteln in dieses Defizitunternehmen gepumpt wurden und nunmehr als Verlust angesehen werden.

Was im Jahre 1960 als mustergültig ins Leben gerufen wurde, mit dem Auftrag in der ländlichen Gemeinde Wulfen – heute Teil der Stadt Dosten – eine „neue Stadt zu planen und zu entwickeln", entpuppte sich in einem ganz anderen Sinn als beispielhaft: Als Modell für städtebaulichen Größenwahn, Irrweg des sozialen Wohnungsbaus und Geldverschwendung.

Wulfen war als Bergarbeiterstadt konzipiert – doch als die „Nordwanderung der Steinkohle" begann, sprach sich das überall herum, nur nicht bei den angeblich volksnahen Planern. Die Folge: Es gab Wohnungen, aber keine Arbeit in der „Metastadt".

Die Gesellschaft ließ – obwohl mit zwei Geschäftsführern, zwei Prokuristen, fünf Handlungsbevollmächtigten und 40 Beschäftigten ausgestattet – mit Vorliebe Freiberufler gegen Spitzenhonorare planen, wenn „Innovation" gefordert war.

Dem wohnungsbaupolitischen Sprecher der Düsseldorfer CDU-Fraktion, Hubert Doppmeier, fällt dazu nur der Begriff „großkotzig" ein, zumal die Geschäftsführer jahrelang besser bezahlt wurden als die Staatssekretäre der Landesregierung. Mit Blick auf die Tatsache, daß die Regierung Rau den Vorsitz in dieser Entwicklungsgesellschaft innehatte und die Fehlplaner ihr Retortenkind Wulfen grobfahrlässig mißbilden ließ, bemerkt Doppmeier gallig: „Das Land hat hier gezeigt, daß es noch unfähiger ist als die unfähige Neue Heimat." Aber auch Doppmeier muß sich fragen lassen, wann denn die mahnenden Worte seines wohnungsbaupolitischen Fraktionsvorgängers Suenius zu vernehmen waren. Außerdem ist einer der Fehlplaner, der frühere Geschäftsführer Georg Wittwer, ausgerechnet von Diepgen in Berlin zum Bausenator gekürt worden.

Sachlich-trocken listet der Rechnungshof das Sündenregister der Entwicklungsgesellschaft auf:

- Geplant waren in der Trabantenstadt 50 000 Einwohner. Dann sollten es nur 30 000 sein. Tatsächlich zählt Wulfen aber nur 15 132 Einwohner.
- Weil die Arbeitsplätze fehlten, verkümmerte Wulfen zur Schlafstadt. Die Auspendlerquote erreicht das Vierfache der Einpendlerquote.
- 20 000 Arbeitsplätze sollten geschaffen werden. Doch das wurde weit verfehlt.
- Fehlentwicklung auch beim sozialen Mietwohnungsbau: 20,3 Prozent der öffentlich geförderten Wohnungen stehen leer. Ein Demonstrationsobjekt für „modernes Wohnen" (102 Wohnungen) gilt als abbruchreif.
- Gravierende Finanzmisere: Die Gesellschaft Wulfen hinterließ 1984 ein Defizit von 173,6 Millionen Mark. Der Rechnungshof spricht von „grobem Wirtschaftlichkeitsverstoß". So wird „überflüssiger und überteuerter Grunderwerb" beanstandet.

Der Generalsekretär des Zentralverbandes der deutschen Hauseigentümer, Volker Gierth, zur WELT: „1962 wurde ein Quadratmeter Wohnfläche im sozialen Wohnungsbau mit 1,26 Mark monatlich bezuschußt, 1969 waren es 1,95 Mark. Heute werden bis zu 18 Mark je Quadratmeter subventioniert. Da wäre es billiger, Wohnungen anzumieten und Bedürftigen kostenfrei zur Verfügung zu stellen, als weiterhin sozialen Wohnungsbau zu betreiben."

Lotteriespiel im Gericht

Diskussion um Parteizugehörigkeit der Verfassungshüter

Von HENNING FRANK

Im Boxberg-Verfahren wird Ernst-Gottfried Mahrenholz im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts den Platz von Vizepräsident Professor Roman Herzog einnehmen. Der Ersatzrichter für den Vorsitzenden des Grundrechtssenates, der sich im Streit um den geplanten Bau einer neuen Teststrecke der Daimler-Benz AG in der Nähe des nordbadischen Städtchens Boxberg als langjähriges Mitglied der Landesregierung in Stuttgart selbst wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt hatte, wurde am Dienstag im Losverfahren ermittelt.

So erleichtert Gerichtspräsident Professor Zeidler, der die „Glücksgöttin" spielen mußte, darüber war, daß das Los nicht das in zweieinhalb Monaten ausscheidende Mitglied des Staatsgerichtshofssenates Hans Justus Rinck getroffen hatte, mit Ernst-Gottfried Mahrenholz erhalten die Progressisten in diesem Prozeß auf der Richterbank ein Übergewicht. Auch wenn es kaum einen Einfluß auf die Entscheidung im Boxberg-Verfahren haben dürfte, daß von den acht Richtern vier SPD-Mitglieder (Hermann Heussner, Ernst-Gottfried Mahrenholz, Giesela Niemeyer und Helmut Simon) sind, durch das zu Beginn des Jahres bei begründeten Befangenheitsanträgen gegen Mitglieder des zuständigen Senates eingeführte Losverfahren wird die Zusammensetzung der Richterbank zu einem reinen Lotteriespiel. Sein Ausgang wird in erster Linie von der politischen Einordnung des durch den Losentscheid gefundenen Ersatzrichters aus dem anderen Senat des Karlsruher Zwillingsgerichts abhängen.

Verständlich, daß unter diesen Umständen die Diskussion über die Parteizugehörigkeit der sechzehn obersten Verfassungshüter neuen Auftrieb erhält. Daß nur vier keiner Partei angehören, mag man bedauern. Bei der „großen Wachablösung" in den nächsten sechzehn Monaten dürfte sich kaum etwas daran ändern. daß im Ersten Senat drei Richter der SPD (Heussner, Niemeyer und Simon), zwei der CDU (Professor Herzog und Katzenstein) und einer der FDP (Henschel) angehören und im Zweiten Senat drei SPD- (Gerichtspräsident Zeidler, Professor Böckenförde und Mahrenholz), ein CSU- (Niebler) und zwei CDU-Mitglieder (Professor Klein und Träger) sitzen.

Und es wird auch niemand den Unionsparteien das Recht streitig machen, den Nachfolger für den parteilosen Völkerrechtler Helmut Steinberger im Zweiten Senat zu benennen, während die Sozialdemokraten den neutralen Richterplatz, der nach dem Ausscheiden des Freiburger Staatsrechtlers Konrad Hesse im kommenden Jahr frei wird, neu besetzen können. Bis heute hat die SPD allerdings noch keinen gleichwertigen Ersatz für Professor Hesse gefunden. Da der von ihr favorisierte Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider von der Universität Hannover als eingeschriebenes SPD-Mitglied nicht präsentiert werden kann, wird von einigen Sozialdemokraten neuerdings erwogen, den „Hesse-Platz" im Ersten Senat zu „politisieren" und dafür den Bundesrichterplatz, auf dem bis Ende November 1987 Helmut Simon sitzt, zu „neutralisieren". Das würde einen Wunsch des Präsidiumsmitglieds des Evangelischen Kirchentages zunichte machen. Helmut Simon sieht seit langem den Vorsitzenden des Presserechtssenates des Bundesgerichtshofes Erich Steffen (SPD) als seinen Nachfolger im Bundesverfassungsgericht. Und da auch das Mitglied des zweiten Senates Ernst-Gottfried Mahrenholz seiner Partei für diesen „Posten" nicht zur Verfügung steht, sind die Chancen des Richters am Bundesverwaltungsgericht in Berlin Everhardt Franßen erheblich gestiegen. Mit seinen 48 Jahren wäre der langjährige wissenschaftliche Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion, der zeitweise auch bei der Stadt Essen tätig war, nicht nur wegen seiner von allen Seiten anerkannten hohen fachlichen Qualifikation der geeignete Nachfolger des Vorsitzenden des zweiten Senats. Wenn Professor Roman Herzog, der im Dezember nächsten Jahres Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden soll, 1995 aus dem Amt scheidet, wäre Franßen als siebenter Präsident des Bundesverfasssungsgerichts auch noch jung genug.

Kelly fordert klare Absage an Gewalt

DW. Bonn

Die grünen Bundestagsabgeordneten Gert Bastian und Petra Kelly fordern eine klare Distanzierung ihrer Partei von gewalttätigen Ausschreitungen. Beide zeigten sich betroffen, daß der Bundesvorstand der Grünen noch „kein klares Wort" zur Gewaltfreiheit gesprochen hat. Frau Kelly sah die „Glaubwürdigkeit der Ökologie- und Friedensbewegung" bedroht, wenn auf einem „gwaltsamen Weg" versucht würde, ein „gewaltfreies Ziel" zu erreichen. „Die Gewalttäter in unseren Reihen müssen wissen, daß sie nicht uns helfen, wenn sie mit bezahlten Provokateuren agieren, als wären sie eine Hilfstruppe der Atomlobby", sagte der General a.D. Bastian.

CDU-Politiker zu Gast bei Jaruzelski

dpa, Warschau

Der Präsident des Interparlamentarischen Rates und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Hans Stercken, ist gestern in Warschau mit dem polnischen Partei- und Staatschef Wojciech Jaruzelski zusammengetroffen. Dabei sei „präzis" über „alle Bereiche der Beziehungen" zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland gesprochen worden. Auch die Frage einer Amnestie für politische Gefangene in Polen habe man erörtert, teilte Strecken mit. Von seinen polnischen Gesprächspartnern sei der Eindruck vermittelt worden, daß die anläßlich des Nationalfeiertages zum 22. Juli erwartete Amnestie „weite Kreise" ziehen werde.

Einmütigkeit beim Haushalt

geo. Kiel

Der Etat des Landes Schleswig-Holstein wird ohne Schwierigkeiten die parlamentarische Hürde nehmen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Klaus Kribben, sagte, Landesregierung und Fraktion trügen einmütig den Haushalt. Kribben ging in diesem Zusammenhang auf einen Bericht in der WELT ein, in dem von Unstimmigkeiten zwischen der Landesregierung und der Fraktion die Rede war. Hierzu meinte der Fraktionsvorsitzende, alle wichtigen Entscheidungen im vergangenen halben Jahr seien einmütig getragen worden. Die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Fraktion sei konstruktiv. Auch werde die Fraktion in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Dialog geriet zum Streit

Dohnanyis Wahlkampfkonzept im Ansatz gescheitert

H. SCHÜTTE, Hamburg

Die sommerliche Ruhe im Hamburger Vorwahlkampf zwischen Grillabenden, Frauentreffen und einer „Fahrradtour durch Marsch und Geest mit Hans-Ulrich Klose" ist trügerisch: Heute trifft sich Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit der Spitze der SPD-Wahlkampfriege im Kurt-Schumacher-Haus, um über eine geänderte Wahlkampfstrategie zu beraten. Die Unerschütterlichkeit des Hamburger Rathauses als Bastion einer sozialdemokratische Alleinregierung erscheint nicht mehr so selbstverständlich wie bei dem Landesparteitag vor sechs Wochen, der trotz der heißen Debatten über die Folgen nach Tschernobyl den Eindruck der Geschlossenheit und der klaren Führung durch Dohnanyi hinterlassen hatte.

Fünf Monate vor der Wahl in Schwierigkeiten: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi FOTO: DPA

Nach der Einkesselung von einigen hundert Demonstranten durch die Hamburger Polizei nach der Brokdorf-Demonstration und der scheibchenweisen Demontage des verantwortlichen Innensenators Rolf Lange kann der Bürgermeister von seiner Parteitags-Parole „Wir brauchen den innerparteilichen Dialog, aber nicht Streit", Abschied nehmen.

Fünf Monate vor dem Wahltag 9. November muß die SPD-Zentrale mit – wie es im Landesvorstand heißt – „bewußter Verweigerung" durch linke Genossen rechnen. Nachdem die Jungsozialisten die Mitarbeit aufgekündigt haben, hält die Parteiführung eine ähnliche Obstruktionshaltung auch in den zum linken Spektrum gehörenden Kreisen Altona und Eimsbüttel für möglich.

Mit spürbarer Nervosität sieht man im Rathaus den Ergebnissen der jüngsten Meinungsumfrage entgegen, die in der zweiten Monatshälfte vorliegen soll. Der Verlust der absoluten Mehrheit ist nicht mehr auszuschließen, ein Ergebnis, das die nervenaufreibenden „Hamburger Verhältnisse" wiederholen könnte, die schon einmal – von Juni bis Dezember 1982 – praktisch zum Stillstand der Hamburger Politik geführt hatten.

Die SPD muß sich also auf Entlastungs-Offensiven einstellen, falls es in Teilen der Partei zur Verweigerung beim Wahlkampf kommt – gemeint sind Anzeigen-Kampagnen, die unabhängig von der Einsatzbereitschaft Plakat-klebender Genossen für Klaus von Dohnanyi werben. Der Bürgermeister wird in der Plakatierung im Mittelpunkt stehen als ein Politiker, der keinen „blauen Dunst vormacht". Dohnanyi will keine leeren Versprechungen abgeben, auch nicht zu den Zeitvorstellungen für einen Ausstieg aus der Kernenergie.

Im Wahlkampf will der Spitzenkandidat sehr stark die bundespolitische Karte spielen („in Hamburg werden die Tore für die bundespolitische Entscheidung im Januar 1987 aufgestoßen"). Er holt sich mit Helmut Schmidt (zur Eröffnungskundgebung am 17. Oktober) mit Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel die Bundesprominenz seiner Partei nach Hamburg, zum Abschluß spricht am 6. November Johannes Rau. Hauptgegner ist die CDU – Dohnanyi will seine Wähler in der Mitte suchen, während er sich bei den GAL-Sympathiesanten kaum einen Einbruch verspricht.

An der Motivation besteht bei den hanseatischen Christdemokraten nicht der geringste Zweifel, der Landesverband hat mit 15 000 Mitgliedern kürzlich die Nachkriegs-Rekordmarke erreicht. Bürgermeister-Kandidat Hartmut Perschau setzt ebenfalls auf bundespolitische Themen. Hier kann er den seit fast drei Jahrzehnten regierenden SPD-Senat auch vorführen, etwa nach dem Motto: „Der Aufschwung geht bisher an uns vorbei, wir holen ihn nach Hamburg."

Wahlkampfleiter Jürgen Echternach wirft mit zwölf Bundesministern von CDU und CSU fast das gesamte Kabinett an die Front, zur Eröffnung tritt Gerhard Stoltenberg an, bei der Abschlußkundgebung spricht Bundeskanzler Helmut Kohl. Übrigens am 6. November, an dem auch Rau nach Hamburg kommt.

Für den von einem großen Teil seiner Partei in Stich gelassenen Innensenator Rolf Lange bedeutet der Auftritt des Kanzlers und möglicherweise des CSU-Chefs mit den dann zu erwartenden Störungen ein zusätzliches Risiko. „Jede Tomate, die Kohl oder Strauß trifft" – so urteilt ein bundespolitisch gestandener Genosse im Kurt-Schumacher-Haus – „kostet uns bei der Wahl ein halbes Prozent Sympathieverlust".





Naftali-Stiftung – Statt „Spenden" nur „Zusammenarbeit"

EPHRAIM LAHAV, Tel Aviv

Durch reinen Zufall trafen sich die Ständigen Vertreter der drei großen deutschen Parteistiftungen in Israel – Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Naumann-Stiftung – mit einigen Korrespondenten deutscher Medien fünf Tage bevor die neuesten Gerüchte über eine Geldwäsche der SPD auf dem Umweg über die israelische Peretz-Naftali-Stiftung veröffentlicht wurden.

Der Chef der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein junger Mann namens Hans-H. Duncke, nannte eine eindrucksvolle Liste von kulturellen Projekten in Israel, erwähnte aber mit keinem Wort die Peretz-Naftali-Stiftung.

„35 Millionen verausgabt"

Das war seltsam, denn einige Tage später erzählte der geschäftsführende Leiter der Peretz-Naftali-Stiftung, Chaim Krupski, der WELT in Tel Aviv, daß seine Stiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1967 „in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 35 Millionen Mark für große erzieherische und gesellschaftliche Zwecke im Staate Israel verausgabt hat". So steht es auch wörtlich in dem Tätigkeitsbericht, den die Peretz-Naftali-Stiftung ihrem internationalen Kuratorium, bei dessen Tagung in Tel Aviv vor einigen Monaten vorgelegt hat.

Es besteht überhaupt eine enge Verflechtung zwischen den beiden Stiftungen und der Arbeiterbank („Bank Hapoalim"), die der von der israelischen Arbeiterpartei beherrschten „Histadrut" (Allgemeiner Gewerkschaftsverband) gehört. Krupski selbst ist hauptberuflich Generalsekretär der Arbeiterbank. Für die Überprüfung der Geschäftsgebarung der Peretz-Naftali-Stiftung ist der Chefprokurist der Arbeiterpartei zuständig. Aber – so Krupski – „das ist nur Zufall. Er tut dies als privater Bücherrevisor." Der Leiter des Internationalen Kuratoriums der Peretz-Naftali-Stiftung, Akiva Levinsky, ist auch Schatzmeister der „Jewish Agency for Israel", wo er die israelische Arbeiterpartei vertritt.

Die Büros der beiden Stiftungen befinden sich teils in der Zentrale der Arbeiterbank am Rothschild-Boulevard 50 in Tel Aviv, teils im Nebenhaus um die Ecke in der Ramchalstraße 1a. Duncke weigerte sich, über die Beziehungen zwischen den beiden Stiftungen Auskunft zu erteilen „bevor ich den Artikel im ‚Spiegel' gelesen habe".

Auch Krupski will keine Zahlen über die 35 Millionen Mark hinaus zu den Ausgaben oder Einnahmen der Peretz-Naftali-Stiftung nennen, sondern bekennt nur, daß die Peretz-Naftali-Stiftung von der Friedrich-Ebert-Stiftung Gelder für Ausgaben in Israel bekommt. Er nennt das jedoch nicht Spenden, sondern „Zusammenarbeit".

Ermittlungen gefordert

Der Chef der Koalition in der Knesset, Likud, Abgeordneter Chaim Kaufmann, forderte diese Woche eine Ermittlung gegen die Peretz-Naftali-Stiftung. Er sprach von 11 Mill. Mark, sagte aber nicht aus welcher Quelle er gerade diese Summe habe und wollte wissen, wohin dieses Geld geflossen sei.

Krupski erzählte, die Peretz-Naftali-Stiftung sei auf Anregung von Walter Hesselbach im Jahre 1967 gegründet worden, um eine Verbindung mit den deutschsprachigen Ländern Europas herzustellen. Im Kuratorium sitzen je zur Hälfte israelische und ausländische Mitglieder aus drei Staaten: Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Die Liste der von der Peretz-Naftali-Stiftung begünstigten Anstalten und Organisationen Israels umfaßt mehrere Dutzend Objekte. Darunter „ein Fakultätsgebäude an der Universität von Tel Aviv, ein Lehrstuhl an der Hebräischen Universität in Jerusalem, eine Zentralbibliothek an der Ben-Gurion-Universität in Beersheba und ein Forschungsgebäude an der Universität von Haifa.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung von Tel Aviv hat die Peretz-Naftali-Stiftung einen Fonds für Literatur und Kunst in Tel Aviv gegründet. In Beersheba hat die Stiftung gemeinsam mit der Histadrut ein Gesellschafts- und Sportzentrum eröffnet sowie in der Stadt Cholon und im Bet Berl, dem ideologischen Schulungszentrum der israelischen Arbeiterpartei. Außerdem finanziert die Stiftung noch Ausbildungskurse für israelische Industriearbeiter in Deutschland und vergibt Stipendien für Wissenschaftler.

Tunesien will sich weiter eng an den Westen halten

WELT-Interview mit Außenminister Kaid Essebsi

Tunesiens Präsident Bourguiba hat überraschend den bisherigen Wirtschaftsminister Sfar zum Regierungschef ernannt. Ändert sich nun die Außenpolitik? Außenminister Bedschi Kaid Essebsi beschreibt die Position seines Landes. Die Fragen stellte Achim Remde.

WELT: Eine Konstante der Politik Bourguibas war immer die Freundschaft zu den USA. Ist sie inzwischen in Frage gestellt?

Essebsi: Wir sind mit den USA befreundet, weil sie die Führungsmacht der freien Welt sind und in ihrer Politik die Prinzipien verfolgt, die auch wir verfolgen. Die USA haben uns in unserem Freiheitskampf und im Bemühen um die Entwicklung unseres Landes unterstützt. Die privilegierten Beziehungen, die dadurch entstanden sind, wollen wir fortsetzen. Aber es gibt auch in privilegierten Beziehungen Krisen. Eine solche Krise entstand durch den israelischen Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis. Denn Israel ist ein Verbündeter der USA. Die Frage war, ob die USA über die israelischen Angriffsabsichten informiert waren. Wir haben darüber mit den USA ausführlich geredet. Die Diskussion ist abgeschlossen. Was den amerikanischen Angriff auf Libyen angeht, so haben wir uns jeder Stellungnahme enthalten. Wir haben zu Libyen herzlich schlechte Beziehungen – die diplomatischen Beziehungen mußten wir wegen libyscher Destabilisierungsmaßnahmen in unserem Lande abbrechen.

WELT: Wo steht Tunesien im Konflikt zwischen Algerien und Marokko?

Essebsi: Das Ziel eines vereinten „Großen Arabischen Maghreb", auf das wir wie alle Führer des Maghreb seit der Unabhängigkeit hinarbeiten, wird leider durch zwei Probleme behindert. Das eine ist die subversive Politik Libyens, das andere der Westsaharakonflikt. Wir sind seit längerem bemüht, eine maghrebinische Gipfelkonferenz in Tunis zustandezubringen.

WELT: Ist Tunesien wirtschaftlich in der Krise?

Essebsi: Zum Teil sind es die Auswirkungen einer weltweiten Wirtschaftskrise, zum Teil die einer zunehmend protektionistischen Wirtschaftspolitik seitens der EG-Länder, vor allem seit der Erweiterung auf Spanien und Portugal, deren Produkte mit unseren konkurrieren. Schließlich hat uns auch der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen getroffen. Darüber hinaus hat der Fall der Ölpreise und die diesjährige schlechte Ernte Schwierigkeiten mit sich gebracht. Zu allem Überfluß haben die Ereignisse in Libyen den für uns so wichtigen Tourismusmarkt durcheinander gebracht. All dies hat zu einer negativen Wirtschaftsentwicklung geführt, die wir jedoch mit unserer Wirtschaftspolitik aufzufangen hoffen.

WELT: Marokko hat ein Beitrittsgesuch zur EG gestellt. Erwägen Sie den gleichen Schritt?

Essebsi: Marokko hat mit seinem Beitrittsgesuch daran erinnert, daß die Maghrebländer durch das Mittelmeer mit Europa verbunden sind. Tunesien hat seit den Zeiten Karthagos sein Olivenöl nach Europa exportiert. Doch wir fallen nicht unter die Definition Europas, wie sie sich aus den römischen Verträgen ergibt. Wir sehen uns als arabisches, afrikanisches und Mittelmeerland an und gehen davon aus, daß wir als solches privilegierte Beziehungen zu Europa haben.

WELT: Seit geraumer Zeit manifestiert sich im Maghreb eine Bewegung, die eine Rückbesinnung auf die Werte des Islam propagiert. Worauf ist das zurückzuführen?

Essebsi: Um es klar zu sagen: Es ist keine Frage der Religion, sondern der Politik. Dahinter stecken fanatische politische Minderheiten, die nach der Macht streben. Tunesien ist ein islamisches Land. Es ist vom sunnitischen Islam malekitischen Ritus' einheitlich geprägt. Minderheiten spielen keine Rolle. Wir haben seit der Unabhängigkeit eine besondere tolerante Form des Islam praktiziert. Wir sind eine pluralistische, demokratische Gesellschaft. Wir haben Meinungs- und Pressefreiheit. Es gibt eine Oppositionspresse, auch wenn die Opposition sich beklagt. Wir glauben deshalb, daß die fanatische Minderheit in Tunesien weniger gefährlich als anderswo ist.

WELT: Wie sehen Sie die deutsch-tunesischen Beziehungen?

Essebsi: Die Bundesrepublik ist ein privilegierter Partner Tunesiens. Wir haben hervorragende Beziehungen, die wir weiter ausbauen wollen.

Südafrika: Amerikas Geduld stößt an Grenzen

Harte Kritik aus dem Kongreß an Reagans Politik „konstruktiven Engagements" / Kompromisse ? / Auswirkungen auf Europa

FRITZ WIRTH, Washington

Die amerikanische Südafrika-Politik steht vor ihrem bisher schwersten Test. Innerhalb der nächsten Tage werden wichtige Entscheidungen fallen. Die Politik des „konstruktiven Engagements" steht auf dem Prüfstand. Der Druck aus dem Kongreß zwingt zu Kompromissen und Zugeständnissen. Auf dem Spiel steht jedoch nicht nur die Zukunft dieser Strategie, der Kurs der künftigen amerikanischen Südafrika-Politik dürfte auch beträchtliche Auswirkungen auf die Strategie europäischer Bündnispartner und besonders auf die innenpolitische Position der britischen Premierministerin Margaret Thatcher haben. Es gibt seit Wochen in dieser Frage enge Konsultationen mit London und auch Bonn.

Den Stein zu einer Revision der Südafrika-Politik hat am 18. Juni das Repräsentantenhaus mit seinen rigorosen Sanktionsbeschlüssen ins Rollen gebracht. Sie sehen vor, daß die 284 amerikanischen Firmen, die in Südafrika operieren, sechs Monate nach Inkrafttreten der Sanktionsbeschlüsse das Land verlassen. Die direkten Investitionen dieser US-Firmen in Südafrika betrugen 1984 1,8 Milliarden Dollar, die indirekten Investitionen 6,4 Milliarden Dollar.

Der Sanktionsbeschluß des Repräsentantenhauses sieht ferner die Einstellung des gesamten Handels zwischen den USA und Südafrika mit Ausnahme einiger strategisch wichtiger Mineralien vor. Im letzten Jahr exportierten die USA Güter im Werte von 1,2 Milliarden nach Südafrika, das wiederum Güter im Werte von zwei Milliarden Dollar in die USA exportierte. Zugleich sollen die Landerechte für südafrikanische Fluggesellschaften aufgehoben werden.

Die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus ließ seinerzeit diese radikalen Vorschläge aus taktischen Gründen ohne Opposition passieren in der Gewißheit, daß sie vom Senat zurückgewiesen werden, und um zugleich mildere Sanktionsmaßnahmen zu stoppen, die dem Repräsentantenhaus vorlagen, und die durchaus eine Chance gehabt hätten, das Wohlwollen einer Senats-Mehrheit zu finden.

Shultz vor dem Senat

Der Senat hat bis heute noch keine eigenen Vorschläge formuliert. Er hat statt dessen für den 22. bis 24. Juli Anhörungen vor seinem außenpolitischen Ausschuß angesetzt, an denen auch Außenminister Shultz teilnehmen wird. Richard Lugar, der Vorsitzende dieses Ausschusses, hat die Administration gedrängt, bereits vor dieser Anhörung einige Aktionen zu verkünden, um die Spannung und die Atmosphäre dieser Anhörungen zu entschärfen. Abgesehen davon möchte Lugar verhindern, daß es zu einer neuen außenpolitischen Konfrontation zwischen dem Kongreß und der Administration kommt, wie es in der Nicaragua-Frage der Fall war. Lugar ist der Meinung, daß die amerikanische Außenpolitik von der Administration und nicht vom Kongreß formuliert werden sollte.

Reagan wird voraussichtlich noch vor der Anhörung im Senat am 22. Juli das Ergebnis einer wochenlangen Überprüfung der amerikanischen Südafrikapolitik durch leitende Beamte des State Departments und des nationalen Sicherheitsrates bekanntgeben. Mit Sicherheit kann erwartet werden, daß diese Überprüfung zu keiner radikalen Änderung der Südafrikapolitik führen wird. Das Prinzip des „konstruktiven Engagements" wird weiterhin gültig bleiben.

Dagegen ist mit Maßnahmen zu rechnen, die den Dialog Washingtons mit Führern der farbigen Mehrheit fördern sollen und zugleich Druck auf Pretoria ausüben, einen ernstzunehmenden Dialog mit ihnen zu beginnen. Es wird erwartet, daß die Reagan-Administration zu diesem Zweck einen Sonderbotschafter nach Südafrika entsendet. Obwohl Präsident Reagan nach wie vor Sanktionen für ein ungeeignetes Mittel zur Lösung des Konflikts in Südafrika hält, ist nicht auszuschließen, daß er einige mildere Sanktionsformen vorschlagen wird, wie er es vor einem Jahr tat, um den Druck aus dem Kongreß abzublocken.

Spürbare Verärgerung

Außenminister Shultz, ebenfalls ein Gegner von Sanktionen, begrüßt andererseits gewisse Maßnahmen, um den politischen Druck auf Pretoria zu verschärfen und der Politik des „konstruktiven Engagements" mehr Erfolgschancen zu geben. Es herrscht im State Department spürbare Verärgerung über den Mangel an Flexibilität in der südafrikanischen Regierung. Diese Verärgerung ist im übrigen auch in wachsendem Maße bei sonst den Südafrikanern wohlgesonnenen Senatoren spürbar.

Mag sein, daß die gemäßigteren Kräfte im Senat im Augenblick noch die Oberhand behalten, es ist jedoch unübersehbar, daß die wohlmeinende Taktik des „konstruktiven Engagements" nur eine Politik mit begrenzter Dauer ist. Die Zeit des amerikanischen Goodwill läuft langsam, aber doch spürbar aus.

Sarney erhofft Machtwort aus Rom gegen linke Priester

WERNER THOMAS, Miami

Wenn der brasilianische Präsident José Sarney heute den Papst besucht, wird ein gemeinsames Problem ihre Diskussionen dominieren: Der soziale Aktivismus linker Priester und der fortgesetzte Konflikt zwischen Kirche und Staat in der größten katholischen Nation der Welt. 16 Monate nach der Rückkehr zur Demokratie hat diese Konfrontation wieder so explosive Ausmaße erreicht wie während der Militärdiktatur.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen heute die Agrarreformen und der blutige Kampf um den Boden. Mehr als 300 Landarbeiter sind in den letzten zwei Jahren bei Feuergefechten getötet worden. Auch drei Priester starben. Die Regierung des konservativen Präsidenten hatte sich letztes Jahr zum Ziel gesetzt, bis 1989 mehr als 43 Millionen Hektar ungenütztes Land unter 1,4 Millionen besitzlose Bauernfamilien zu verteilen. Sarney ließ schon per Dekret 37 Latifundien enteignen.

Die ungerechte Verteilung des Landes schuf oft soziale Konflikte: Zwei Prozent der 135 Millionen Brasilianer kontrollieren 52 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Die Kirche begrüßte diese Absichten, kritisierte jedoch bald eine ihrer Meinung nach mangelnde Initiative Brasilias.

Bisher erhielten nur 10 000 mittellose Familien Land. In allen Teilen des Staates kam es zu illegalen Besetzungen, die oft von Priestern organisiert worden waren. Großgrundbesitzer gingen zum Gegenangriff über. Sie schlossen sich ihrerseits zusammen und gelobten, illegale Besetzungen mit Waffengewalt zu bekämpfen. Heute vergeht kaum ein Tag ohne Gefechte. Der Finca-Besitzer Bolivar Anonni vermutet „ein von Kuba und Nicaragua gesteuertes marxistisches Komplott" gegen Brasilien (seit Ende Juni unterhält Brasilien wieder diplomatische Beziehungen zu Kuba).

Die von dem „progressiven" Prälaten Ivo Lorscheiter präsidierte Bischofskonferenz unterstützt das weitere soziale Engagement der Priester, obgleich Brasilien in der Zwischenzeit von Zivilisten regiert wird. „Wir müssen uns weiter engagieren, weil die versprochenen sozialen Veränderungen nie durchgeführt wurden", erläuterte der stellvertretende Generalsekretär der Bischofskonferenz, Canon Celso Pedro a Silva. Lorscheiter urteilt ähnlich.

Präsident Sarney, ein vorsichtig taktierender Politiker, wollte bisher keine öffentliche Kritik an der Kirche üben. Er führte jedoch in den letzten Wochen zwei Unterredungen mit Lorscheiter. Die Öffentlichkeitsarbeit überließ Sarney seinem Justizminister Paulo Brossard und dem Chef der Bundespolizei, Romeu Tuma. Beide mahnten die Kirche, „Angelegenheiten des Staates dem Staat zu überlassen." Tuma erregte den Ärger Lorscheiters, als er erklärte: „Man muß für diese Priester beten, daß sie wieder zum Beten zurückkehren."

Der bittere Streit kann die Regierung Stimmen kosten. Im November entscheiden die Brasilianer über die neue Zusammensetzung des Kongresses. „Sarney tut alles, um den Konflikt zu entschärfen", sagte ein diplomatischer Beobachter in Brasilia, „er reist selbst nach Rom." Es ist jedoch fraglich, ob der Papst dem bedrängten Präsidenten Schützenhilfe leisten will – oder zu leisten vermag. Die brasilianische Bischofskonferenz (CNBB), die wie keine andere Organisation dieser Art unter dem Einfluß linker Geistlicher steht, läßt sich ungern fernsteuern. Ein CNBB-Vertreter meint, daß es lediglich beim Meinungsaustausch zwischen den beiden Herren bleibt. „Der Papst hält sich da heraus. Er kennt die Brisanz."

Premier Langes Glaubwürdigkeit ist erschüttert

J. C. Sydney/Wellington

Die bevorstehende Übergabe der beiden wegen Totschlags verurteilten französischen Agenten hat in Neuseeland offene Empörung ausgelöst. Der „New Zealand Herald", größte Tageszeitung des Landes, sprach von einem „schmutzigen Geschäft" und bezeichnete die Regierung Lange als „feige". Das Blatt bezweifelt, daß Frankreich sich an die Vereinbarung halten und die beiden Offiziere nicht in die Heimat entlassen werde. Der „Auckland Star" nennt den Kompromiß eine „politische Heuchelei niedrigster Art". Neuseelands Rechtsstaatlichkeit schwimme jetzt für 7 Millionen Dollar Mordgeld die Seine herunter. Keine Fernsehstation in

Neuseeland und Australien ließ es sich nehmen, mehrfach Premierminister Langes vorjährige Erklärung („Die Häftlinge stehen nicht zum Verkauf") zu wiederholen. Alle Kommentatoren sind sich einig, daß nur wirtschaftliche Gründe Lange zum Nachgeben zwangen. Ein Teil der Vereinbarung ist die Abnahme neuseeländischer Butter durch die EG.

Im neuseeländischen Parlament kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Drei ehemalige Minister wurden aus dem Saal gewiesen, darunter Exministerpräsident Muldoon. Er hatte Lange vorgeworfen, sich Erpressung gebeugt und die Rechtsstaatlichkeit aufgegeben zu haben. Der neue Oppositionsführer Bolger nannte Lange einen Betrüger, dessen Glaubwürdigkeit zerstört sei. Der Versuch der Opposition, aus Langes Gesichtsverlust politisches Kapital zu schlagen, dürfte gelingen. 80 Prozent der Neuseeländer hatten sich kürzlich gegen die vorzeitige Entlassung der Agenten ausgesprochen. (SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Verlieren wir den Drogen-Krieg? / Die Rauschgift-Geographie / Schluß der WELT-Serie

Der letzte weiße Fleck auf der europäischen Drogenkarte ist verschwunden: Die Dealer haben jetzt auch Kunden in den osteuropäischen Staaten entdeckt. Bisher waren die harten Drogen als Transit-Schmuggelware vom „DDR"-Zentralflughafen Berlin-Schönefeld nur in den Westen gelangt.

Jetzt erobern die Dealer die Märkte der Sucht in Osteuropa

Kampf gegen eine Hydra: Festnahme von Dealern in West-Berlin FOTO: PETER RONDHOLZ

Von WERNER KAHL

Das Schild an der Friedrichstraße hinter der viersprachigen Information „Sie verlassen den amerikanischen Sektor" gebietet dem Autofahrer beim Überqueren des weißen Grenzstreifens im Mauerdurchlaß 10 Stundenkilometer Geschwindigkeit. Schleichfahrt im innerstädtischen Berliner Straßenverkehr zwischen Ost und West in doppelter Bedeutung. Denn bei Stichproben von Westberliner Zöllnern hüben und Soldaten drüben, die Tag und Nacht am bekanntesten internationalen Grenzübergang, „Checkpoint Charly", Posten stehen, taucht Rauschgift immer häufiger auf. Gelangten in vergangenen Jahren Rauschmittel und harte Drogen nur als Transit-Schmuggelware wie auf einer Einbahnstraße vom „DDR"-Zentralflughafen Berlin-Schönefeld oder mit Lkws und auf dem Schienenweg in den Westen – streng abgeschirmt vor der eigenen Bevölkerung –, so zweigen jetzt Organisatoren des illegalen internationalen Drogenmarktes „Stoff" auch für Konsumenten in der „DDR" und anderen osteuropäischen Staaten ab. Damit ist der letzte weiße Fleck in der europäischen Drogen-Geographie verschwunden. Rauschgift ist nicht mehr allein ein westeuropäisches Problem.

Dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden und der Zentrale der Internationalen Polizeiorganisation (Interpol) in Paris sind als Transportmittel für Rauschgifte bekannt: Frachtflugzeuge, Schiffe, Flußdampfer und Barkassen, Eisenbahnzüge, Kleinflugzeuge, Fischerboote, kleinere seetüchtige Boote, Lastwagen, private Kraftfahrzeuge und Tiere. Aus Argentinien wurde berichtet, daß dort abgerichtete Esel Säcke mit Kokainblättern selbständig über die Grenze bringen, in Iran verrichteten dressierte Schafe den Transport von Opium. Und an den europäischen Grenzen müssen die Rauschgiftfahnder höllisch aufpassen, daß die Transporteure ihnen nicht mit „Drohnen", elektronisch gesteuerten Flugobjekten unterschiedlicher Größe, die bisher nur im militärischen Bereich eingesetzt wurden, ein Schnippchen schlagen.

Bis Anfang der siebziger Jahre funktionierte die „French Connection": Opium kam in Form von Morphinbase vor allem aus der Türkei nach Marseille. In versteckten Labors im südfranzösischen Umland wurde es zu Heroin verarbeitet – für die USA und für die umliegenden westeuropäischen Staaten und damit auch für die Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Verbot des freien Mohnanbaus in der Türkei, erlaubt sind nur noch staatlich kontrollierte Anbauflächen für medizinische Zwecke, wechselten die Rauschgifthändler nach Mexiko, bis auch hier der Staat eingriff. Daraufhin wurden neue Quellen in Südostasien, Burma, Laos, Thailand und im Mittleren Osten, in Pakistan, Iran und Afghanistan erschlossen. In Afghanistan blühen ungeachtet der schweren Kämpfe zwischen Sowjets und Widerständlern die Erzeugung und der Vertrieb des Rauschgiftes. Von dort suchen die Großhändler immer neue verschlungene Wege für den Absatz in Europa.

Fahndung nach Kurieren

Eine der Hauptadern des Einsikkerns der Drogen auf den europäischen Markt ist bis zum heutigen Tag die Balkan-Route. Jeder, der bereit ist, die hohen Risiken des Schmuggels zu wagen, wird für die Transporte eingesetzt. Lange haben die Hintermänner des Geschäftes vorzugsweise türkisch-kurdische Gastarbeiter benützt. Inzwischen stellen sie nur noch eine Gruppe unter vielen anderen „Hiwis". Fahnder aus allen an der Bekämpfung interessierten Balkan-Staaten arbeiten jetzt in speziellen Gruppen mit dem Bundeskriminalamt und dem Zoll der Bundesrepublik Deutschland sowie Österreichs zusammen. Jugoslawien, das früher den Drogen-Transit um horrender Profite willen duldete, erlebt jetzt das Ausbreiten der Suchtseuche unter den eigenen Landsleuten. Auch Bulgarien hat jetzt sein Drogen-Problem. Die (west-)deutsche Zollfahndung, für ihre stille, effektive Arbeit bekannt, hält ferner Kontakte zu Kollegen der Tschechoslowakei, über deren Gebiet ein Abzweig der Balkan-Route in die Bundesrepublik und weiter in die Benelux-Staaten, nach Frankreich und Skandinavien führt. In den Niederlanden sorgen seit vielen Jahren Angehörige der vielstämmigen Auslandskolonie aus Ostasien für Tarnung und Verteilung.

Neben der Balkan-Route werden Rauschgifte auf dem Luftweg und über See nach Europa transportiert. Der größte Teil der aus dem „Goldenen Dreieck", den Grenzregionen von Thailand, Burma und Laos, stammenden Drogen nimmt nach wie vor seinen Weg zu uns über Kambodscha, die Philippinen, Indonesien, Indien und Nepal. Das Flugziel vieler Schmuggler, Frankfurt am Main, bedeutet jedoch nicht, daß von der Main-Metropole die Ware innerhalb Deutschlands zur Verteilung kommt. Nach Ermittlungen der Behörden verblieben in den letzten Jahren nur etwa zehn bis fünfzehn Prozent der Drogen aus dem „Goldenen Dreieck" in Westdeutschland, verglichen mit 60 Prozent in Frankreich und 40 Prozent in den Niederlanden. Dabei muß allerdings die Dunkelziffer berücksichtigt werden.

Ein weiterer großer Teil des Stoffes wird mit Schiffen in europäische Häfen transportiert. Die ungeheuren Schwierigkeiten für die Fahnder, Drogen unter der Ladung beim Löschen der Frachten zu entdecken, machen die Umschlagzahlen der Häfen deutlich. In Hamburg, etwa, werden jedes Jahr knapp hundert Millionen Tonnen Fracht umgeschlagen. Rotterdam meldet das Dreifache, nicht zu zählen die Anlandungen riesiger Container-Schiffe in anderen großen Häfen Europas, etwa in Southampton, Lissabon, Genua, Triest und im schon genannten Marseille.

Harte Preisschlachten

Von der organisierten Rauschgift-Kriminalität in Amerika droht Europa jetzt nach Angaben der deutschen Fahnder ein noch nicht erlebter Angriff auf den Markt. Südamerikanische Kokainproduzenten liefern sich mit asiatischen Heroin-Exporteuren härteste Preisschlachten und Verdrängungswettbewerbe. Die Drogen-Geographie Europas muß sich auf neue Zuführungsstraßen aus dem außereuropäischen Bereich einrichten: Die Ware wird auf dem Luft-, See- oder Landweg nach China und in die Sowjetunion eingeschmuggelt und dann von hier aus zu den europäischen Abnehmern transportiert.

Die Polizei in den einzelnen europäischen Ländern sieht übereinstimmend mit den deutschen Behörden drei verschiedene Bereiche im Kampf gegen die Rauschgift-Kriminalität, nämlich Anbau und Produktion, sodann den Transport und schließlich den Konsum. Die deutschen Fahnder versuchen, möglichst gleich an den Anfang des langen Weges zu gelangen, das heißt, in die Erzeugerländer zu gehen, wo Rauschgift hergestellt wird, dann den Transitbereich nach Europa zu kontrollieren, um anschließend im Zusammenwirken mit den nationalen Polizei- und Zolldiensten im Bereich der Konsumenten vorzugehen.

Was die betroffenen Eltern auf keinen Fall tun sollten

Ilse und Josef Meyer aus Oberdollendorf bei Bonn gründeten einen „Elternkreis drogengefährdeter Jugendlicher", nachdem ihr eigener Sohn süchtig geworden war.

Von HORST STEIN

WELT: Allensbach hat ermittelt, daß das Bewußtsein um die Drogengefahr sehr schwach ausgebildet ist, mit am schwächsten in der Bundesrepublik.

Ilse Meyer: Wir müssen einfach sehen, daß das Wissen um Gefahren, und darauf hatte man ja bei uns gebaut, noch lange kein Bewußtsein hervorruft. Im Gegenteil: Die Jugend in einem bestimmten Alter sucht die Gefahr, das ist immer schon so gewesen. Bewußtsein von Gefährdung entsteht erst dadurch, daß man um die eigene Manipulierbarkeit weiß, um die eigene Schwäche auch, daß man Kritikfähigkeit entwickelt gegenüber Verlockungen und Verführungen. Das ist bei uns nicht passiert. Hierzulande hat man Informationen über die Gefahren der Drogen in die Jugend hineingepumpt und geglaubt, nun habe man das Notwendige getan. Das Beispiel dafür ist Christiane F. und der Film „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo". Da ist, wenn auch ungewollt, eher eine Idolfigur produziert worden. Viele Schuldirektoren haben mit Recht lieber nichts getan als das Falsche. Weil die noch gefühlt haben, daß Erziehen gegen etwas nicht geht. Daß man vielmehr Vorbeugung so verstehen muß, daß man für etwas erzieht, zu etwas hinführt: zu einem sinnvollen Erleben, zu einem bewußten Sichentwickeln, zu einem Stolz auf die eigene Persönlichkeit, auf die Einmaligkeit eines jeden Menschen. Man muß vermitteln, daß dieses Ich, und da sind Kinder sehr ansprechbar, einmalig ist in der Weltgeschichte, etwas, das es nie zuvor gegeben hat und nicht noch einmal so geben wird.

WELT: Was sollen Eltern tun, was sollen sie nicht tun?

Ilse Meyer: Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Droge widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet. Die gute Familie ist auch diejenige, die vorbeugend wirken kann, indem sie ihren Kindern hilft, stolz auf sich zu sein und die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entwickeln. Damit sie lernen, nicht nur das Negative, das Perverse und Kaputte, das über die Medien vermittelt wird, als unser Leben zu sehen, sondern auch das Schöne, das Gute zu erkennen, das, was man an Harmonie selber bewahren und erzeugen kann.

Ich halte auch für ganz, ganz wichtig, daß Kinder auch Mangelerlebnisse, zumindest im Spiel, kennenlernen. Familien sollten überhaupt wieder vielmehr selber spielen, anstatt spielen zu lassen. Denn jedes selbsterfundene Spiel ist eine selbsterfundene Regel. Das sich Unterwerfen unter selbst erfundene Regeln ist ein wichtiger Lernprozeß. All diese Dinge müssen mal wieder bewußt gemacht werden. Da findet Vorbeugung statt. Ich bin überzeugt, wenn das die Familien, die sensibel sind, feststellen und tun, erreichen sie jeweils die Familien der Freunde ihrer Kinder damit. Eine gute Familie ist nicht nur für die eigenen Kinder ein Gravitationspunkt, sondern sie ist es ja auch für die Freunde ihrer Kinder und wieder für deren Familien. Da muß etwas in Gang kommen. Hoffen wir es.

WELT: Was nimmt man wahr, wenn ein Kind süchtig wird? Gibt es Faustregeln?

Ilse Meyer: Patentrezepte gibt es in diesem Bereich nicht. Denn die Süchtigkeit ist eine Erkrankung der Personalität, also immer auch genauso einmalig wie die Person. Deswegen kann man keine allgemeingültigen Dinge sagen. Aber: Wenn ein Kind von sich, von seiner bisherigen Verhaltensweise abweicht, dann ist höchste Wachsamkeit geboten. Wenn ein Kind, beispielsweise, das immer sehr sensibel war gegenüber Tieren, nun ausgesprochen wechselwendisch gegenüber Tieren wird, sie etwa bis zum Haß von sich weisen kann, ab und zu, oder wenn ein junger Mensch, der sehr liebevoll geschenkt hat, plötzlich nur noch vom Habenwollen spricht. Man stellt also an seinem Kind fest, daß sich die besonderen Persönlichkeitsmerkmale verändern, daß solche Kinder ihre Ausstrahlung verlieren. Sie sind dann wie tot. Die Augen werden tot. Die Augen, in denen man sonst alles lesen konnte. Und die geheime, familiäre Sprache, diese Kommunikation der Gesten, bricht rigoros ab. Die Kinder werden fremd. Auch ihre Freunde wechseln.

> **„Jede Familie sollte damit rechnen, daß ihr das Unglück namens Droge widerfahren kann. Die gute und die schlechte Familie unterscheiden sich vor allem darin, daß die gute Familie mehr darunter leidet."**

WELT: Womit hat Ihr Sohn angefangen?

Ilse Meyer: Mit Haschisch. Er war damals in der Redaktion einer Schülerzeitung. Alle diese jungen Redakteure versuchten es, und unserer hat das Pech gehabt, daran hängenzubleiben. Unserer wollte halt mehr davon wissen und tiefer einsteigen und stieß dann zu der Kommune I, der berühmt-berüchtigten seinerzeit, und hat alles mitgemacht, Drogenbeschaffungsfahrten nach Amsterdam, Ausweisung und was man sich so vorstellen kann. Als er mit drei Gramm an der Grenze geschnappt wurde, wäre das eine Möglichkeit gewesen, ihn davon loszubekommen. Aber das Gerichtsverfahren kam erst eineinhalb Jahre später in Gang. Und da war er schon tief in die Sucht verstrickt.

WELT: Manche plädieren dafür, Kinder von einem bestimmten Punkte an bei der Polizei selber zu denunzieren. Einfach, damit sie aus dem Teufelskreis herauskommen.

Ilse Meyer: Es kann eine Situation eintreten, daß das der letzte Ausweg ist. Es ist immer dann noch eine Chance gegenüber der Straße, das heißt, besser, als die Süchtigen total verkommen zu lassen. Wir haben im Elternkreis in der letzten Zeit häufiger diesen Fall gehabt, daß das Anzeigen das kleinere Übel war. Es ist hart für Eltern, sehr hart. Sie müssen mit Unverständnis, fast Haß rechnen. Und immer wieder geht es dann so, daß junge Polizisten den jungen Leuten dann sagen, weißt du, wem du das zu verdanken hast? Deine eigene Mutter hat dich angezeigt. Im übrigen: Drogenfreiheit bedeutet ja noch nicht Lebensfähigkeit. Deswegen haben wir große Probleme, den Punkt zu nennen, wo es sinnvoll ist, zum Beispiel per Anzeige einzugreifen. Wenn wir mehr gute Therapien wüßten, dann könnten wir das heute machen, vom Gesetz her besteht die Möglichkeit ohne weiteres. Therapie statt Strafe.

WELT: Was dürfen betroffene Eltern auf keinen Fall tun? Es gibt wohl auch eine Fehlertypik?

Ilse Meyer: Absolut richtig. Wir haben in einem „Elternbuch" deswegen die „Zehn Gebote" für betroffene Familien aufgeführt. Wichtig ist eben, daß man Gelassenheit erreicht, daß man sich nicht mehr auf Intuition, nicht mehr auf direkte Liebe verlassen darf. Das ist das Schwerste überhaupt, das man von Eltern verlangen kann. Daß sie nicht mehr nach ihrem Gefühl handeln dürfen, denn dann werden sie zum Suchthelfer und werden aus Angst um das Leben ihres Kindes erpreßbar, total – bis zur Beschaffung der Drogen. Der Suchtkranke ist ja sofort kein Liebender mehr. In dem Moment, wo er die Droge hat, ist er unfähig, zumindest seine Eltern zu lieben.

WELT: Gibt es einen Punkt ohne Wiederkehr?

Ilse Meyer: Gibt es nicht, gibt es weder für Eltern noch dürfte es ihn für Theologen geben. Wenn der Kern der Persönlichkeit die Fähigkeit des Menschen ist, sich durch Erkenntnis jederzeit vom Saulus zum Paulus ändern zu können, dann besteht für jeden Suchtkranken zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, die Sucht zu überwinden und die freie Entscheidungsfähigkeit wiederzuerlangen. Das ist etwas, was wir aufrechterhalten wollen: soll doch um Gottes willen keiner hingehen und sagen, weil unsere bisher angebotene Hilfsmöglichkeit nicht zieht, ist dem nicht mehr zu helfen. Unser eigener Sohn war aufgegeben von Fachleuten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Völkerrecht und Politik

„Der Haager Gerichtshof erließ ein falsches Urteil": WELT vom 30. Juni

Nachdem die USA im Frühjahr 1984 nicaraguanische Häfen vermint hatten, rief Nicaragua den Internationalen Gerichtshof (IGH) an. Die USA ihrerseits erklärten, daß sie in den nächsten zwei Jahren nicht bereit seien, Urteile des IGH über Mittelamerika anzuerkennen, da diese zur Ablenkung von den wahren Problemen der Region mißbraucht werden könnten. In dem nun erlassenen Urteil hat der IGH die USA u. a. wegen Verletzung der Souveränität Nicaraguas, des Gewaltverbots und des Nichteinmischungsprinzips verurteilt.

Enno von Loewenstern hält dies für ein falsches Urteil und wirft dem IGH vor, sich über das Gesetz gestellt zu haben. Seine Begründung trägt diesen Vorwurf allerdings nicht.

Das Argument, ein Gerichtshof, der keine Möglichkeit zur Vollstrekkung seiner Urteile hat, sei nur ein Schiedsgericht, mag noch hingehen, da daraus keine konkreten Folgen zu ziehen sind. Immerhin bedeutet das aber, daß der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, der Gerichtshof der EG und das Bundesverfassungsgericht auch nur Schiedsgerichte sind. Das hat man bisher anders gesehen.

Es mag sein, daß ein Schiedsgericht, das nicht von allen Streitbeteiligten anerkannt wird, allenfalls eine gutachterliche Funktion habe; nur trifft dies hier nicht zu. Die USA haben die Zuständigkeit des IGH anerkannt. Sie versuchten nur, diese Anerkennung nachträglich zurückzuziehen. Dann aber klingt es schon merkwürdig, wenn man dem IGH und – ausdrücklich – nicht den USA mangelnden Respekt vor dem Recht anlastet.

Richtig ist, daß das Völkerrecht nur insofern existiert, als es (generell) anerkannt wird. Unerfindlich bleibt allerdings, was dabei der Hinweis auf Südafrika soll. Die Rechtmäßigkeit des amerikanischen Verhaltens hängt doch nicht davon ab, ob Sanktionen gegen Südafrika und die Unterstützung der dortigen Befreiungsbewegung ihrerseits rechtmäßig sind oder nicht. Wenn man im Völkerrecht so zu argumentieren beginnt, dann muß man von westlicher Seite auch die Breschnew-Doktrin als rechtmäßig erachten.

Der amerikanische Standpunkt war und ist ein politischer und lautet: One Cuba is enough. Jeder muß für sich entscheiden, ob er diesen politischen Standpunkt teilt. Nur kann man ihn nicht in einen völkerrechtlichen ummünzen. Die Entscheidung über das Gesellschaftssystem ist Sache jedes Staates. Wenn der IGH dies nun festgestellt hat, so ist das kein völkerrechtlich falsches Urteil, der IGH hat keine Rechtsbeugung begangen und sich auch nicht über das Gesetz gestellt, sondern der Kommentator hat Völkerrecht und Politik verwechselt.

Professor Michael Schweitzer, Lehrstuhl für Staats- und Völkerrecht, Universität Passau

Nicht erkannt

„Die Uni denkt, die Agentur lenkt, und der Betrieb blüht": Geistige WELT vom 28. Juni

Liebe Redaktion,

es ist zu begrüßen, wenn führende Bildungspolitiker wie Herr Maier erkennen, daß es auch in Zeiten allgemeinen Sparens Studienbereiche gibt, wo man besser nicht streicht, ja, wo eine Investition in Forschung und Lehre sogar wirtschaftlich lohnend ist. Zu diesen Bereichen gehört – ein Blick in den Stellenmarkt jeder Tageszeitung beweist es – auch die Betriebswirtschaftliche Datenverarbeitung.

Nicht erkannt hat dies offenbar der Hamburger Senat. Diese einst für ihren Weitblick berühmte Landesregierung hat jetzt durch Streichung von Stellen und Sparbeschluß einen heimlichen Numerus clausus geschaffen: Von etwa 1000 Wirtschaftsstudenten, die sich nächstes Semester einschreiben werden, können noch ganze 48 Betriebswirtschaftliche Datenverarbeitung studieren. Die Folge (neben schlechteren Berufschancen für die übrigen Absolventen): Hamburg wird noch stärker als Unternehmensstandort gegenüber Mannheim, Karlsruhe oder München zurückfallen. Dort nämlich haben Absolventen die EDV-Kenntnisse, ohne die heute kein bedeutendes Unternehmen mehr auskommt.

Hier mit Umsicht zu handeln, trotz des zähen Behördenapparates die nötigen Stellen zu bewilligen, das wäre eine Aufgabe für Bürgermeister von Dohnanyi – doch anscheinend hält der lieber vollmundige Reden über den „Standort Hamburg" oder „neue Technologien" und überläßt das Handeln lieber seinen Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg.

Mit freundlichen Grüßen
Eberhard Frost, Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften Universität Hamburg

Schon vor Jahn

Die WELT brachte am 19. Juni einen Bericht vom ersten Turnplatz Deutschlands auf der Hasenheide. Dies stimmt nicht, denn Johann Christoph Friedrich Guts Muths (1759–1839) errichtete den ersten Turn- und Sportplatz Deutschlands in Schnepfenthal, Vorort von Waltershausen bei Gotha. Guts Muths begann damit bereits 1785 und erweiterte den Platz mit neuen Geräten 1793. „Turnvater Jahn" ist bekannter, doch sollte man Guts Muths nicht vergessen.

Erich Leiber, Solingen 1

Wort des Tages

> „Eine Regierung ist so schlecht, wie die Bürger es zulassen, und so gut, wie sie es erzwingen."
>
> Pierre Salinger, Journalist und Manager (geboren 1925)

Kursänderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Gespräch von Peter Ruge mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses in der französischen Nationalversammlung, François Fillon, zeigt erneut, daß in die französische Sicherheitspolitik Bewegung gekommen ist. Frankreich ist dabei, seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu europäisieren. Die Verteidigung Frankreichs soll nicht erst am Rhein, sondern an der Elbe beginnen. Für Frankreich ist dieses ein revolutionärer Schritt, wenn man bedenkt, daß die Franzosen bisher ihr eigenes Territorium als „Sanktuarium" bezeichneten.

Aus dieser gedanklichen Neuorientierung der französischen Sicherheitspolitik müssen nun aber auch die praktischen Konsequenzen gezogen werden. Den Worten müssen Taten folgen. Dieses bedeutet insbesondere eine Mitsprache der Bundesrepublik Deutschland bei der nuklearen Einsatzplanung der französischen Streitkräfte, soweit sie deutsches Territorium betreffen. Im Verhältnis Frankreich–Bundesrepublik Deutschland muß es wenigstens eine Zusammenarbeit geben, wie sie in der nuklearen Planungsgruppe der NATO seit langem gegeben ist.

Im Gegenzug sollte sich die Bundesrepublik gegenüber den Plänen der französischen Regierung für die Weltraumfähre „Hermes" und einen militärischen Beobachtungssatelliten aufgeschlossen zeigen. Nur so können wir Europas Rolle im Bündnis – in Sicherheitspartnerschaft mit den USA – stärken. Auch wir Deutschen müssen zu europäischen Lösungen bereit sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans-Gert Poettering, MdEP, CDU

Personen

GEBURTSTAG

Deutschlands ältester Kommunalpolitiker, **Paul Riegger** aus Villingen-Schwenningen in Baden-Württemberg, feierte seinen 90. Geburtstag. 1937 wurde der „Riegger Paule" erstmals in den Villinger Gemeinderat gewählt. Nach dem Krieg wurde er 1959 Kreisverordneter. Drei Jahre später setzte er seine Arbeit als Stadtrat für die freien Wähler fort. Bis zum heutigen Tag ist der Ehrenbürger von Villingen-Schwenningen und langjährige Direktor der Kienzle-Apparate-GmbH im Kommunalparlament ein stimmgewaltiger Anwalt der Bürger.

UNIVERSITÄT

Michael von Albrecht, Professor am Seminar für Klassische Philologie (Fakultät für Orientalistik und Altertumswissenschaft) der Universität Heidelberg, hat einen Ruf auf die Alexander Turyn Professorship of the Classics an der University of Illinois at Urbana-Champaign erhalten.

EHRUNGEN

Otto Dullenkopf, langjähriger Oberbürgermeister von Karlsruhe, ist anläßlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Schon als Landtagsabgeordneter hatte sich der CDU-Politiker in der Zeit von 1956 bis 1970 einen herausragenden Ruf als Sozial- und Umweltpolitiker erarbeitet. Später, nach seiner Wahl zum Stadtoberhaupt von Karlsruhe, fiel er dadurch auf, daß er im Alleingang Vergünstigungen für kinderreiche Familien in öffentlichen Einrichtungen sowie einen Sozialdienst für ältere Mitbürger einrichtete.

*

Dem ägyptischen Wissenschaftler **Anni Abder Raouf** ist der Friedrich-Rückert-Preis 1986 der Stadt Schweinfurt verliehen worden. Die Stadt würdigt damit insbesondere, daß Raouf, Vizedekan an der Sprachenfakultät der Ain-Shams-Universität in Kairo, in einer „fundierten" Monographie Leben und Werk Rückerts der arabischen Welt vorgestellt hat. Der Dichter und Orientalist Friedrich Rückert wurde 1788 in Schweinfurt geboren und starb 78jährig in Neuses bei Coburg.

WAHL

Professor Dr. **Horst Bourmer**, Vorsitzender des Hartmannbundes und Präsident der Ärztekammer Nordrhein, ist auf der Jahrestagung



Horst Bourmer

des Verbandes Freier Berufe im Land Nordrhein-Westfalen e. V. zum Vorsitzenden gewählt worden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre.

*

Auf der Ratssitzung der Europäischen Frauenunion in Stockholm wurde **Marlene Lenz** (MdEP) erneut einstimmig zur Vorsitzenden der Politischen Kommission dieser Organisation gewählt.

AUSWÄRTIGES AMT

Die Regierungen von Sri Lanka, dem früheren Ceylon, und der Malediven haben dem neuen deutschen Botschafter **Hans Michael Ruyter** das Agrément erteilt. Der Magdeburger, 1924 geboren, war nach seinem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften 1952 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Er war Ständiger Vertreter an der deutschen Botschaft in Nigeria, leitete die Wirtschaftsabteilung der Botschaft in Washington und übernahm den Posten als Ständiger Vertreter des Botschafters in Rom. Seit 1983 war er „zweiter Mann" an der Botschaft in Ottawa.

KIRCHE

Engelbert Kleineidam, 63jähriger Wirtschaftswissenschaftler, wird am Samstag, dem 12. Juli, im Aachener Karlsdom gemeinsam mit sechs weiteren Diakonen zum Priester geweiht. Kleineidam war Hochschullehrer für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Rechnungswesen, Steuerrecht und Revision. Nach dem Tod seiner Frau im Januar 1983 begann er Theologie zu studieren. Zum Wintersemester 1984/85 trat er in das Aachener Priesterseminar ein. Am Sonntag, 13. Juli, wird Kleineidam in der Franziskanerkirche St. Barbara in Mönchengladbach-Bettrath erstmals die heilige Messe feiern.

GESTORBEN

Der langjährige Programmdirektor Hörfunk des Norddeutschen Rundfunks (NDR), **Franz Reinholz**, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Reinholz hatte zunächst als Lehrer im Hamburger Schuldienst gearbeitet, bevor er 1945 zum Rundfunk, dem damaligen NWDR, kam. Hier entwickelte er mit einem auch für andere Sender beispielhaften Programm den Schulfunk. 1955 wurde er Leiter der Hauptabteilung Wort beim NDR, 1964 Programmdirektor für alle drei Hörfunkprogramme. Diese Position hatte er bis 1972 inne. Unter seiner Leitung entstand Anfang der 60er Jahre auch das Schulfernsehen mit zunächst zwei Sendungen pro Woche.

ern
en

Der Lebensweg Herbert Wehners muß hier nicht noch einmal erzählt werden. Zu würdigen bleibt die Ernte seiner politischen Lebensarbeit. Den Ertrag mißt man am genauesten, wenn man die Frage zu beantworten sucht: Wo stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre Herbert Wehner in Bonn Kanzler geworden?



***Herbert Wehner**, wie ihn jeder kennt: Mit qualmender Pfeife. Zur Zeit der Großen Koalition schrieb Heinrich Krone, der Vertraute Konrad Adenauers, in sein Tagebuch: „Der stärkste Mann im Kabinett ist Wehner." Morgen wird der damalige Minister für gesamtdeutsche Fragen, der jahrzehntelang die Politik der Sozialdemokratie und der Bundesrepublik Deutschland prägte, 80 Jahre alt.*

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Seit seiner Jugend war er auf dem Weg, die Nummer eins zu werden. Es blieb ihm versagt

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Bundeskanzler kann er niemals werden. Mit diesem Satz begann Günter Gaus 1966 sein Buch über Gespräche mit Herbert Wehner.

Er blieb in Bonn, auch in der SPD, der ewige Zweite, obwohl er, der deutsche Kommunist, 1942 im Wortsinn hinter schwedischen Gardinen radikal mit Stalin gebrochen und die kommunistische Partei ihn verstoßen hatte. Als im Spätjahr 1982 mit Helmut Kohl die Wende kam, ging Wehners Bonner Zeit zu Ende. Das biblische Alter hüllt ihn ein in Stille. Am Freitag wird er 80 Jahre alt.

Das Zeug zur „Nummer eins", wie er Kanzler Brandt zu nennen pflegte, hatte Wehner. Als von Ende 1966 bis 1969 am Tisch der Großen Koalition Kanzler Kiesinger, der Emigrant Brandt als Außenminister und der „Gebrannte" Wehner als Minister für gesamtdeutsche Fragen die Dreieinigkeit einer inneren Aussöhnung unseres Volkes nach Hitler, Krieg und Orkus verkörperten, schrieb Heinrich Krone, der Vertraute Konrad Adenauers, in sein Tagebuch: „Der stärkste Mann im Kabinett ist Wehner."

Seit seinen jungen Jahren war Wehner allezeit auf dem Wege, der stärkste Mann zu werden, vor 1942 in der KPD nicht anders als von 1946 an in der SPD. In der Sozialdemokratie war er streckenweise nach Einfluß und Durchsetzungskraft der Mächtigste. Das erklärt zu einem wesentlichen Teil sein zerrüttetes Verhältnis zu Willy Brandt.

Folgt man Klaus Harpprecht, der Wehner mit den Augen Brandts sah, dann hat Wehner es nie verwunden, daß Brandt „der Unterwerfung unter den Moloch einer totalitären Ideologie und der Versklavung an einen totalitären Apparat entgangen", daß ihm das „unheilbare Trauma des Bruchs mit der Vergangenheit und der peinvolle Prozeß einer Konversion erspart" geblieben war. Harpprecht zieh noch 1981 Wehner einer Art von „Urhaß gegen den Genossen", weil an Brandt der „Makel des Glücklichen haftete".

Sollte Wahres an dem sein, was Harpprecht der Empfindsamkeit Wehners an Menschlich-allzu-Menschlichem zuschrieb, es gab eines Menschen Schicksal, das Wehner mit der eigenen Lebensnot und mit dem Leben Brandts hätte aussöhnen müssen. Es war das exemplarische Schicksal eines Mannes, von dem Wehner sagt, er habe ihn verehrt und geliebt: Kurt Schumacher. Wehner selbst würdigte ihn als den „leidgeprüften Mann mit der Armamputation im Ersten Weltkrieg, mit elf schrecklichen Gefängnis- und Konzentrationslagerjahren und mit der Beinamputation von 1948". Bis zu seinem Tod 1952 blieben Geist und Wille Kurt Schumachers ungebrochen.

Nach dem Krieg hätte Wehner der Versuchung zur Patentlösung erliegen können, sich mit seiner Vergangenheit zu arrangieren, indem er dem Sozialistentraum von der Einheitspartei nachlief – wie so viele Sozialdemokraten, wie auch Willy Brandt. Doch seine Erfahrungen peitschten ihn zu einer anderen Konsequenz.

An der Seite Schumachers kämpfte er gegen die Kommunisten, um sie daran zu hindern, die Sozialdemokratische Partei – wie er es ausdrückt – zu okkupieren oder auszulöschen mit ihrer „Einheitspartei". Es ist das historische Verdienst Kurt Schumachers, die SPD im freien Teil Deutschlands vor der Selbstaufgabe bewahrt zu haben, die sie in der Sowjetzone unter Kuratel der „Sozialistischen Einheitspartei" (SED) zu vollziehen hatte.

Hier setzt jene Entwicklungslinie im politischen Handeln Wehners an, die Kanzlerformat ausweist. Die Aufgabe, die er sich stellte, hieß: Versöhnung der Arbeiterklasse mit dem demokratischen Staat, Beendigung des zerstörerischen Freund-Feind-Verhältnisses zwischen den beiden großen Parteien Union und SPD im noch wenig gefestigten freien Gemeinwesen der Deutschen.

Eine zweite Entwicklungslinie nahm ebenfalls bei Schumacher ihren Anfang. Sie bündelte die erregbaren Energien Wehners auf das Ziel der Einheit Deutschlands; in der Kompression seines Willens auf dieses Ziel offenbarte sie zugleich die Grenzen des Politikers Wehner. Kurt Schumacher verstand die Wiedervereinigung als unmittelbare Aufgabe. Auf sie schwor er sich selbst und die SPD ein.

> *„Die Aufgabe, die er sich stellte, hieß: Versöhnung der Arbeiterklasse mit dem demokratischen Staat"*

Zum ersten Mal verknoteten sich die beiden Linien in den Jahren 1959 und 1960. Auf dem Godesberger Parteitag 1959 erreichte Wehner als Antreiber des zweifelnden, aber loyalen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer die erste Station zur Aussöhnung der in der Arbeitertradition stehenden Partei mit dem demokratischen Staat.

Im gleichen Jahr paukte er in der SPD seinen Deutschlandplan durch, mit dem er die Zukunft Deutschlands in einem neutralisierten Mitteleuropa dem Clinch der SPD mit der SED anheimgeben wollte, wohl in der Vorstellung, daß als gesamtdeutsches Ergebnis irgendeine, jedenfalls sozialistische Konvergenz herauskommen werde. Dabei achtete er gering, daß er der SPD ohne Absicherung im Westen eine Kraftprobe nicht nur mit der SED, sondern vor allem mit der Sowjetunion, ihren machtpolitischen Mitteln und Methoden zumutete.

Am 30. Juni 1960 warf Wehner mit einer unvergessenen Parlamentsrede seinen Deutschlandplan eigenhändig in den Papierkorb der Geschichte. Nach der geplatzten Pariser Gipfelkonferenz erklärte er zur Überraschung aller seiner Genossen, die SPD gehe fortan davon aus, daß das europäische und atlantische Vertragssystem „Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist". Im Alleingang zwang Wehner die SPD auf den Kurs Konrad Adenauers.

Diese Rede war ein Meisterstück. Ihr politischer Sinn erschloß sich erst im nachhinein. Ohne diese Rede wäre 1966 die Beteiligung der SPD an der Regierung in der Großen Koalition nicht möglich gewesen, folglich 1969 auch nicht die Kanzlerschaft Brandts. Ohne diese Rede wäre auch die Ostpolitik Brandts nicht möglich gewesen; denn sie schuf die Voraussetzung zur Absicherung im Westen.

Um auf die beiden Linien der Politik Wehners zurückzukommen: So sehr die Große Koalition und die Kanzlerschaft Brandts und Schmidts die Aussöhnung der Sozialdemokratie mit dem Staat des Grundgesetzes vollendeten, so sehr drängen sich in der Rückschau Zweifel auf, ob Wehner mit seiner Rede von 1960 nicht im Schilde führte, die Westorientierung mit der späteren Ostpolitik zu korrigieren.

Zu solchen Zweifeln gab Wehner mehrfach Anlaß. Niemals war es seine Absicht, die Ostpolitik Egon Bahr zu überlassen. Er wollte sie in der Großen Koalition unter Kiesinger eigenhändig auf den Weg bringen. Aus diesem Grunde fühlte er sich übertölpelt, als Brandt und Scheel mit ihrem Coup in der Wahlnacht 1969 auf schwankendem Grund die sozial-liberale Koalition errichteten. An der Konzeption der Ostpolitik des Kanzlers Brandt bestreitet die Brandt-Crew Wehner jedes Verdienst. Gleichwohl leistete er als Fraktionschef der Kanzlerpartei Menschenmögliches, wenn nicht mehr, zur parlamentarischen Durchsetzung der Ostverträge.

Jetzt tat er auch das Äußerste, um die ungeliebte Koalition mit der FDP zu retten. Seine Rolle in der dramatischen Stunde des Konstruktiven Mißtrauensvotums 1972, als Rainer Barzel wider alles Erwarten zwei Stimmen zum Sturz Willy Brandts fehlten, wird mit seinen eigenen Worten (aus dem Jahr 1980) überliefert: „Ich kenne zwei Leute, die das wirklich bewerkstelligt haben, der eine bin ich, der andere ist nicht mehr im Parlament." Die Zeit ist über Karl Wienand, damals die „rechte Hand" Wehners, ebenso hinweggegangen wie über den unglückseligen Unionsabgeordneten Steiner. Im Klima aufgewühlter Leidenschaften errang die SPD in der vorgezogenen Wahl 1972 ihren größten Sieg. Zum ersten Mal wurde sie die stärkste Bundestagspartei.

Abermals schnitten sich in diesem ereignisreichen Jahr 1972 die beiden Linien, die das politische Handeln Wehners markierten. Die Chance, die Ostpolitik in gemeinsamer Verantwortung mit der Union und der SPD zu verwirklichen, hatte ihm Brandt aus der Hand genommen. Bahrs Verträge waren nicht seine Verträge. Gleichwohl besiegelte er diese Ostpolitik mit seinen geheimnisumwitterten Reisen nach Polen (1971), zu seinem alten Saar-Bekannten Honecker (1973) und in die Sowjetunion (1973) – später Triumph des vormaligen Kommunisten. Der Preis dafür war ein Rückschlag in Wehners staatspolitischem Werk der inneren Befriedung unserer Republik. Das Hauen und Stechen um die Ostverträge stürzte SPD und Union in jenes Freund-Feind-Verhältnis, das Wehner mit der Großen Koalition überwunden zu haben glaubte.

Die Reisen zu Honecker und in die Sowjetunion waren schon von der Spionage-Affäre Guillaume überschattet. Vielleicht erklärt dies, warum Wehner von sowjetischem Boden aus Kanzler Brandt auf die ungewöhnlichste Art attackierte. Er fand, daß Brandt den Wahlsieg führungsschwach verspiele, daß der Kanzler zusah, wie das Auswärtige Amt unter Walter Scheel „alte Politik in neuen Verträgen" betrieb und „draufsattelte". Nach Abschluß der Ostverträge sah er die Außenpolitik Scheels von der Ost- zur Westpolitik zurückpendeln. So hatte er am 30. Juni 1960 mit seiner Rede im Bundestag nicht gewettet.

Das schmerzhafte Ende seiner gestörten Beziehungen zu Brandt kam ein halbes Jahr später (Mai 1974) in Münstereifel. Sagen wir es mit den Worten Harpprechts:

„Nach dem fatalen Moskauer Impromptu, als er über seinen Kanzler vor den Ohren deutscher Journalisten (und des abhörenden sowjetischen Geheimdienstes) gespottet hatte, der gehöre zu jenen, die ‚gerne lau baden', bat er mit der Devotion einer gestrauchelten Pfarrfrau, Brandt möge es noch einmal mit ihm versuchen. Dies war der Anfang vom Ende. Brandt besiegelte seinen Sturz, als er den geheuchelten Frieden akzeptierte. Den Rest besorgten Guillaume und die Erschöpfung."

Ist mit dem Sturz Willy Brandts auch Wehner gescheitert? Kanzler Schmidt gab der Bonner Politik andere Akzente. 1979 schlug Herbert Wehner noch einmal zu. Das war zwei Jahre nachdem Schmidt die Nachrüstung gegen den sowjetischen Raketen-Aufmarsch in Europa auf die internationale Tagesordnung gesetzt hatte. Wehner feuerte eine Breitseite auf das Auswärtige Amt ab, das bei den MBFR-Verhandlungen in Wien fruchtlos Daten austausche. Trotz Breschnews Überrüstung in Europa bestritt er, daß von der Sowjetunion eine Bedrohung ausgehe: „Das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und rechnen. Aber das alles ist defensiv und nicht Aggression." Die Wende in Bonn entschied auch dieses Kapitel gegen Wehner.

Wo also stünde die Bundesrepublik, wo stünde Deutschland, wäre Wehner in Bonn Kanzler geworden? Sein Werk, die Partei der Arbeitnehmer mit dem demokratischen Staat auszusöhnen, hat vor der Geschichte Bestand. In der Deutschland-, Ost- und Außenpolitik blieb er ein Dresdner, seiner Herkunft, seinem politischen Werdegang, seiner Vergangenheit merkwürdig verhaftet. Trotz seiner Rede vom Juni 1960 verharrte er in der Denkweise eines nach Osten gewandten Kontinentaleuropäers, der keine Phantasie aufbringt für atlantische Politik und Völker, für eine Politik über alle Meere hinweg. Daran ist er gescheitert und daran wäre er auch als Kanzler gescheitert.

Ein gütiges Geschick hat ihn vor dem hohen Amt bewahrt. Die Affäre Guillaume hätte auch ihn ereilt. Gerade ihm hätte sie noch tiefere Wunden geschlagen als dem Bundeskanzler Brandt.

Reinheitsgebot auch für die Luft

Eine Brauerei startet jetzt als erster Industriebetrieb eine Rauchgas-Entstickungsanlage

Von PETER SCHMALZ

Professor Hans Maier begab sich auf fremdes Gebiet. Ein Kultusminister, meinte der CSU-Politiker, habe nicht oft Gelegenheit, eine technologische Neuentwicklung vorzustellen und sie gleichzeitig zur Erprobung und Praxisnutzung zu übergeben. Aber weil die Staatsbrauerei Weihenstephan ein Teil der Technischen Universität München ist und somit der Kultusminister als oberster Dienstherr der dortigen Brauer fungiert, durfte er den Knopf drücken, als dort eine Anlage in Gang gesetzt wurde, die bisher einmalig auf der Welt ist und für eine saubere Luft sorgen soll: Erstmals läuft die Kraftwerksanlage eines Industriebetriebs mit einer katalysatorunabhängigen Rauchgasentstickungsanlage.

Die Entstickung großer Kraftwerke, die zumeist noch mit gleichbleibender Temperatur laufen, ist technisch kein Problem mehr, zahlreiche derartige Anlagen sind in der Bundesrepublik bereits in Betrieb oder im Bau. Anders bei kleineren Anlagen in Industriebetrieben. Hier schrecken nicht nur die hohen Investitionskosten des Katalysators ab, auch der häufig wechselnde Wärmebedarf bereitet den Technikern Kopfzerbrechen. In der Weihenstephaner Brauerei zum Beispiel, die im Jahre 1040 gegründet wurde und sich deshalb „älteste Brauerei der Welt" nennt, muß der Feuerungskessel mehrmals am Tag zum Sudbrauen hochgefahren und kurz darauf wieder heruntergeschaltet werden.

Mit einem Forschungs- und Demonstrationsprojekt, das den umständlichen Titel „Abscheidung von Stickoxiden aus Rauchgasen schwerölbefeuerter Flammrohrkessel mittels Ammoniakeindüsung" trägt und vom Bundesministerium für Forschung und Technologie mit 1,12 Millionen Mark unterstützt wird, scheint das Problem technisch gelöst zu sein und dabei in einem auch für mittlere Betriebe akzeptablem Kostenrahmen zu bleiben.

Das Ammoniak (NH_3) wird dabei mittels einer Lanze in das Flammrohr des Kessels eingedüst. Da die beste Umwandlung der in der Flamme gebildeten Stickoxide mit NH_3 zu den ungefährlichen Substanzen Stickstoff und Wasserdampf bei einer Temperatur von 1000 Grad geschieht, sprüht die Lanze das Ammoniak exakt an dieser Temperaturstelle in die Flamme.

Wenn aber der Kessel mit niedriger Temperatur gefahren wird, verkleinert sich die Flamme, und der 1000-Grad-Punkt verlagert sich. Eine computergesteuerte Anlage, die von der Firma Saacke in Bremen entwickelt wurde, ermittelt anhand der zur Verbrennung eingegebenen Ölmenge die jeweilige Lage dieses Punktes und läßt die Lanze mit Hilfe eines kleinen Antriebsmotors zu der gewünschten Stellung vor- oder zurückfahren. Ein im Rauchabzug eingesetzter Fühler analysiert zudem über ein elektronisches Labor automatisch die restliche Stickoxidmenge und reguliert bei zu hohen Werten den eingedüsten Ammoniakteil.

Bei Schwerölfeuerungen dieser Größenordung enthält ein Kubikmeter Rauchgas ungefähr 800 Milligramm (mg) Stickoxid. Der nach der neuen „Technischen Anleitung (TA) Luft" zulässige Wert beträgt 450 mg. Die Weihenstephaner Anlage reduziert die Emissionsmenge auf Werte unter 300 mg. Zudem fallen keine festen oder flüssigen Rückstände an, die entsorgt werden müßten.

Der Lehrstuhl für Energiewirtschaft der Lebensmittelindustrie in Weihenstephan wird unter Leitung von Professor Roland Meyer-Pittroff das Forschungsprojekt in den nächsten drei Jahren gemeinsam mit den Firmen Saacke und Kraftwerk Union durchführen. Als Ziel nannte Kultusminister Meier, „diesem Verfahren zum Nutzen unserer Umwelt kurzfristig zum industriellen Durchbruch zu verhelfen".

Langer Weg zum ungetrübten Naß

Das UNO-Programm zur Säuberung des Mittelmeeres zeigt erstmals kleine Erfolge

Von URSULA DIEPGEN

Das Mittelmeer wird sauberer, wenn auch nur langsam. Urlauber können damit rechnen, Wasser und Sand gereinigter vorzufinden als früher. Diese Auffassung äußern jedenfalls die Experten der Vereinten Nationen auf Grund erster Ergebnisse eines Umweltprogramms für das Mittelmeer. Bereits im Jahre 1975 hatten sich 17 der 18 Anrainerstaaten zusammengeschlossen, um mit gemeinsamen Aktionen der zunehmenden Verschmutzung dieses Seegebietes entgegen zu wirken.

Aldo Manos, der italienische Leiter der Planungsgruppe, versichert: „Rings um das Mittelmeer gibt es viele Fortschritte bei den Bemühungen, Wasser und Sandbuchten sauberer, sicherer und gesünder zu machen - für die Menschen sowie für Fische und Schalentiere mit ihren Brutplätzen. Das bedeutet natürlich nicht, daß das Mittelmeer jetzt als gesäubert und ideal anzusehen ist", schränkt Manos allerdings ein. „Aber die Lage ist besser geworden und verbessert sich zunehmend." Allerdings klagt Manos ebenso wie der jugoslawische Experte Dr. Ljubomir Jeftic über die Trägheit mit der die Pläne verwirklicht werden.

Deutliche Fortschritte hat man bei der Entsorgung von städtischen Abwässern erzielt, die lange Zeit fast ausnahmslos ungesäubert ins Mittelmeer abgelassen wurden. Heute sind mindestens 30 Prozent dieser Abwässer geklärt, bevor sie in die See geleitet werden, erklärt Manos.

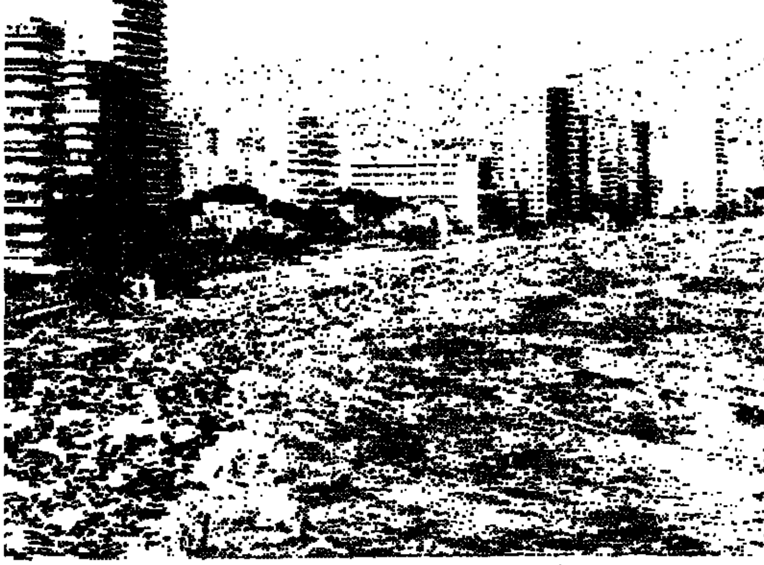
Umfangreiche Kläranlagen sind gegenwärtig in mehreren mediterranen Großstädten im Bau. So entsteht auf dem Inselchen Psitalia vor Piräus ein Entsorgungsprojekt für den Großraum Athen mit fast vier Millionen Einwohnern. Istanbul hat ein 200-Millionen-Dollar-Projekt zur Säuberung des Goldenen Horns eingeleitet. In den nächsten Wochen werden Experten des UNO-Umweltprogramms (UNEP) in Alexandria Möglichkeiten zur gefahrlosen Beseitigung der Abwässer der ägyptischen Küstenstadt untersuchen.

Als Beispiel für das Umdenken der Mittelmeerländer werten die Umweltexperten einen im April geschlossenen Vertrag zwischen den jugoslawischen Küstenstädten Neum und Dubrovnic. Er sieht den Bau einer 17 Kilometer langen Pipeline vor, mit dem geklärte Abwässer in die Adria geleitet werden sollen. Die Stadt Neum kann dadurch ein Projekt für Hotelbauten an der Küste verwirklichen, ohne dabei Dubrovnics Pläne für eine gesteigerte Produktion von Schalentieren in der Mali-Ston-Bucht zu stören, in die Neums Hotelabwässer ursprünglich fließen sollten.

Im letzten Herbst haben sich die Regierungen der Anrainerstaaten darüber hinaus verpflichtet, bis 1995 in allen 90 Küstenstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern Kläranlagen zu bauen. Außerdem beschlossen sie den Bau von Anlagen zur Beseitigung von Ölresten und verschmutztem Ballastwasser von Tankern und anderen Schiffen. Gegenwärtig besitzt nur die Hälfte der 18 Ölhäfen im Mittelmeer solche Einrichtungen.

Schon heute ist die Verschmutzung des Mittelmeeres durch Öl nach Angaben von Aldo Manos geringer geworden. Und zwar nicht nur weil weniger Erdöl befördert wird und sich zum Glück weniger Tanker-Unfälle im Mittelmeer ereignet haben. Vielmehr ist seit 1983 das Auswaschen von Tankern im Mittelmeer verboten. Bei Verstößen müssen Kapitäne mit hohen Geldbußen rechnen.

Als vielversprechend werten die Experten, daß sich die Mittelmeerstaaten geeinigt haben, die von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Qualitätsnormen für Badewasser anzuwenden. Neuerdings hoffen die Umweltschützer, daß sich auch noch Albanien dem Kampf der 17 anderen Anrainer gegen die Verschmutzung des Mittelmeers anschließen wird: An der letzten Konferenz haben erstmals albanische Beobachter teilgenommen.



Baden im Schatten der Hochhäuser: Wer weiß, ob hier nicht ungeklärte Abwässer eingeleitet werden?
FOTO: CAMERA PRESS

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Nasa-Sicherheit

Cape Canaveral (dpa) – Die US-Raumfahrtbehörde Nasa hat, den Empfehlungen der „Challenger"-Untersuchungskommission folgend, ein neues Büro für Sicherheit, Zuverlässigkeit und Qualitätskontrolle eingerichtet. Wie Nasa-Chef James Fletcher mitteilte, soll das unabhängige Büro ihm direkt berichten. Leiter wird der langjährige Mitarbeiter des Raumfahrtunternehmens „Martin Marietta", George A. Rodney, der unter anderem an der Entwicklung des Außentanks der Raumfähren mitgewirkt hat.

Bienensterben

Münster (DW.) – Ihre Sorge über den drastischen Rückgang der Bienenvölker in der Bundesrepublik um 20 Prozent gegenüber 1984 haben am Dienstag in Münster die Imker zum Ausdruck gebracht. Vor Journalisten äußerten Sprecher des Imker-Landesverbandes von Westfalen-Lippe, daß nunmehr auch der Bestand der Pflanzenwelt erheblich bedroht würde, da rund 80 Prozent der auf Fremdbestäubung angewiesenen Pflanzen vom Bienenflug abhängig seien. Seit 1950 ist in Westfalen-Lippe die Zahl der Bienenvölker um 40 000 zurückgegangen. Begründet wird dieser Rückgang vor allem durch den Befall der Bienenstöcke durch die Varroa-Milbe.

Solar-Wasserstoff

München (VWD) – Die „ersten Strukturen" eines Projekts „Solar-Wasserstoff" hat die Bayernwerk AG (München) zusammen mit Dr. Ludwig Boelkow und Vertretern der Systemtechnik GmbH festgelegt. Ziel des Projekts ist die Gewinnung von Wasserstoff aus Wasser mit Hilfe von Solarstrom. Der über Elektrolyse aus Solarzellen gewonnene Wasserstoff soll als Energiespeicher und -träger dienen.

Raumfahrt in Brasilien

Sao Paulo (dpa) – Brasilien will von 1989 bis 1992 vier eigene Forschungssatelliten im Weltraum plazieren sowie eigene Trägerraketen entwickeln und von einer Basis im nordöstlichen Bundesland Maranhao abschießen. In einem am Montag veröffentlichten Interview der Zeitung Folha de Sao Paulo erklärte der Leiter des brasilianischen Weltraumforschungsinstituts (INPE), Marco Antonio Raupp, Brasilien habe auf dem Gebiet der Satelliten in Lateinamerika die führende Position eingenommen und werde in der Lage sein, künftig Weltraumtechnologie zu exportieren.

Samstag auf der Wissenschaftsseite

„Heulerfunk" – Harald Steinert berichtet, wie in der Nordsee die Seehund-Wanderungen verfolgt werden.

*

„Kometenregen" – Stammt das Wasser unserer Meere möglicherweise aus dem All? Von Arno Nöldechen.

*

„Genesungsurlaub für das Herz" – Ein Beispiel für fachübergreifende Forschung von Rolf H. Simen.

In Lusaka ein kühler Empfang für Minister Howe

AP, Lusaka

Ein kühler Empfang ist gestern in Sambia dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe bereitet worden, der im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft eine Reise ins südliche Afrika angetreten hat. Der sambische Präsident Kenneth Kaunda hat sich zu einem Gespräch mit Howe nur deswegen bereitgefunden, weil der britische Minister die zwölf EG-Mitgliedsstaaten vertritt.

Kaunda hat auf einer Pressekonferenz die westlichen Länder erneut zu Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika aufgefordert. Wenn sich der Westen weiter gegen Sanktionen sperre, würden sich die Lage in dem Land noch verschlimmern und „alle Investitionen im südlichen Afrika in Flammen aufgehen".

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher lehnt zwar weiterhin generelle Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ab, befürwortet jedoch begrenzte Sanktionen mit „Signalwirkung", beispielsweise die momentane Sperre für neue Kredite. Umfassende Wirtschaftssanktionen würden dagegen dazu führen, daß mehrere hunderttausend Schwarze arbeitslos und viele scharze Kinder verhungern würden. Sie gab bekannt, daß inzwischen ein Treffen zwischen dem südafrikanischen Präsidenten Botha und dem britischen Außenminister Howe vereinbart worden sei.

Die Bundesmarine sucht ein neues Seeflugzeug

„Militarisierte" Version des Airbus ist aber nicht geeignet

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das seit Jahrzehnten bei der deutschen Marine im Dienst genutzte Seeaufklärungsflugzeug „Bréguet Atlantic" soll in den neunziger Jahren von einem neuen Modell abgelöst werden. Untersuchungen zu der Frage, welches Flugzeug dafür in Frage kommen kann, wurden schon vergangenes Jahr vom Bundesverteidigungsministerium eingeleitet. Zur Forschungsfinanzierung stehen der Hardthöhe fünf Millionen Mark bereit. Das Projekt mit dem Titel „MPA 90" (die Abkürzung steht für Maritime Patrol Aircraft), befindet sich im Stadium der sogenannten Konzeptphase. In dieser wurden bis vor kurzem vier Möglichkeiten untersucht: die „Atlantic 2" von der Firma Dassault, die von der französischen Marine beschafft werden soll; eine von Dornier vorgeschlagene Kombination der Flugzeugzelle der „Atlantic 2" mit vor allem aus den USA stammender elektronischer Ausrüstung; die von der US-Firma Lockheed weiterentwickelte „PC 3 – Orion, Update 4" sowie schließlich eine „militarisierte" Version des „Airbus A-320".

Der von SPD-Abgeordneten aus dem Haushalts- und Verteidigungsausschuß des Bundestages geäußerten Kritik, das Parlament sei nicht vom dem Plan informiert worden, einen der Airbus-Typen zu „militarisieren", hielt die Hardthöhe entgegen, die Information der Ausschüsse stehe am Beginn der sogenannten Definitionsphase für das „MPA 90". Diese schließe sich der Konzeptphase an und solle 1987 planmäßig beginnen.

Tatsächlich ist auf Anregung der Marine inzwischen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in München geprüft worden, ob sich die Version A-320 des Airbus für ein MPA 90 eignen würde. Als Grund dafür wurde vom Ministerium vor allem die Absicht genannt, künftig möglichst viel europäische Technologie für die Ausrüstung der europäischen Streitkräfte in der NATO zu nutzen. Die von MBB gemachten Untersuchungen hätten aber ergeben, daß die Airbus-Version technisch für die Aufgaben als Seeaufklärer und U-Bootjäger nicht geeignet sei. MBB ist mit 37,9 Prozent Anteilen an der Airbus Industrie beteiligt, die das Verkehrsflugzeug seit Jahren mit Erfolg für den Weltmarkt baut. Frankreich hat einen gleich hohen Anteil, Großbritannien besitzt 20 Prozent und Spanien 4,2. Die noch bei der Bundesmarine geflogene „Bréguet Atlantic" hat eine Reichweite von rund 9000 Kilometer und ist mit Wasserbomben und U-Jagd-Torpedos auch für die U-Boot-Bekämpfung geeignet.

Der Dichter aus Peru mahnt Westeuropa

gba. Bonn

Für eine „Diskriminierung" der Diktaturen in Lateinamerika durch die westeuropäischen demokratischen Regierungen hat sich der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa ausgesprochen. Bei einer Veranstaltung der CDU zum Thema „Literatur und Politik in Lateinamerika" sagte Vargas, die Demokratien Westeuropas, auch die Bundesrepublik Deutschland, „können nicht dieselbe Politik gegenüber Pinochet und Castro führen, die sie gegenüber den demokratischen Regierungen in Peru oder Argentinien führen".

Unverständnis äußerte Vargas, wie schon in seinem Interview mit der WELT (Ausgabe vom 8. 7.), in welchem Umfang Nicaragua zu einem „Mythos" für den „Romantizismus" der westeuropäischen linken Intellektuellen geworden ist. Für ihn sei das „bewegendste Moment" des heutigen Lateinamerika, daß die Demokratien auf dem Subkontinent – es gebe nur noch die vier Diktaturen Kuba und Nicaragua sowie Chile und Paraguay – „zum erstenmal von der Masse ihrer Bevölkerungen wirklich getragen werden".

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler appellierte an die westlichen Demokratien, vor allem in Europa und den USA, auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Lateinamerika zu verbessern.

Bonn dringt auf Lösung der UNO-Finanzprobleme

Generalsekretär Perez de Cuellar in Bonn / Strukturreform

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich gegenüber UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar dafür eingesetzt, daß die Interessen der großen Beitragszahler in den Vereinten Nationen besser als bisher gewahrt werden. Er bezog dies ausdrücklich auch auf die Bundesrepublik Deutschland, die nach Genschers Worten der viertgrößte Beitragszahler der UNO ist und „einen beträchtlichen internationalen Solidaritätsbeitrag für die Existenz der Vereinten Nationen leistet".

Mit diesem unverblümten Hinweis schnitt der Außenminister bei einem Abendessen das heikelste Thema des dreitägigen Besuches von Perez de Cuellar in Bonn an. Genscher: „Den Vereinten Nationen fehlt Geld. In diesem Jahr sind es etwa 100 Millionen Dollar, im nächsten Jahr wird die Lage nicht besser, sondern schlechter. Sie, Herr Generalsekretär, haben darauf mit zum Teil schmerzhaften Sparmaßnahmen reagieren müssen." Das genüge aber nicht. Vielmehr müsse der „Mechanismus zur Entscheidungsfindung über das UNO-Budget" verbessert und „wieder eine breitere Basis der Zustimmung zu zentralen Budgetfragen" gefunden werden.

Darüber hinaus, so fuhr Genscher fort, sei es dringend notwendig, „ein ganzes Paket struktureller Reformen" in Angriff zu nehmen. „Es geht um die Vermeidung von Doppelarbeit, die Koordinierung im UNO-System, um Wiederholungen in den verschiedenen Gremien und Organen auszuschließen, um die Politisierung von Fachorganisationen zu vermeiden, kurzum, es geht um eine Steigerung der Effizienz des UNO-Systems."

Nach diesen Forderungen hatte der Vizekanzler dem Gast aber auch ein angenehmes Präsent zu bieten: Er forderte ihn auf, am Jahresende „trotz einer Reihe von entmutigenden Erfahrungen" noch einmal für das Amt des Generalsekretärs zu kandidieren und fügte hinzu: „Wir unterstützen Sie."

Perez de Cuellar war gestern nachmittag von Bundeskanzler Helmut Kohl mit militärischen Ehren empfangen worden. Außer mit Kohl und Genscher traf er auch mit Bundestagspräsident Jenninger und Bundespostminister Schwarz-Schilling zusammen. Gesprächsthemen waren neben den UNO-Finanzen der Krieg zwischen Iran und Irak sowie die Konfliktherde Afghanistan, Naher Osten und Namibia.

Heute wird Peres de Cuellar die Ehrendoktorwürde der Universität Osnabrück entgegennehmen. Für morgen ist ein Empfang bei Bundespräsident Weizsäcker vorgesehen.

Geheimdienstchef gibt strafbares Handeln zu

AP, Tel Aviv

Der frühere Chef des israelischen Inlandgeheimdienstes, Abraham Shalom, hat zugegeben, daß er sich im Zusammenhang mit der Tötung von zwei gefangenen palästinensischen Terroristen durch Soldaten und Polizisten im Jahr 1984 strafbar gemacht habe. In einer eidesstattlichen Erklärung für den Obersten Gerichtshof stellte Shalom fest, das Eingeständnis ergebe sich aus seinem Amnestie-Gesuch. Shalom schrieb, das Gnadengesuch sei nicht als juristische Rechtfertigung gedacht, sondern habe die Umstände seines Handelns erläutern sollen. Shalom war im Juni von seinem Amt zurückgetreten und hatte dafür von der Regierung Verschonung von einer Strafverfolgung zugesichert bekommen, offenbar aus Sorge vor einer heiklen Untersuchung des Vorfalles.

Das Gericht befaßt sich mit fünf Beschwerden gegen die von Staatspräsident Chaim Herzog verfügte Begnadigung Shaloms, eines anderen Beamten und zweier Rechtsberater des Geheimdienstes. Die Beschwerdeführer machen geltend, der Staatspräsident habe nicht das Recht, Personen zu begnadigen, die noch gar nicht verurteilt worden seien oder begangenes Unrecht noch nicht einmal eingestanden hätten. Das Gericht hatte die Regierung aufgefordert, bis nächste Woche ihr Verhalten zu erläutern.



Koalition in Paris droht der Verlust der Mehrheit

Wahlergebnisse in zwei Departements annulliert

JOCHEN LEIBEL, Paris

Mit einer spektakulären Entscheidung hat der französische Verfassungsrat die politische Sommerruhe unterbrochen. Die höchste zuständige Instanz des Landes annullierte in zwei Departements die Ergebnisse der Wahl vom 16. März, und zehn Parlamentarier müssen nun auf ihren Sitz in der Pariser Nationalversammlung verzichten. Innerhalb von drei Monaten muß in den beiden Bezirken neu gewählt werden.

Die Gründe für die Annullierung sind sehr verschieden. Das Ergebnis jedoch ist dasselbe. Frankreich, das nach dem 16. März für mindestens zwei Jahre auf politische Wahlruhe hoffte, wird erneut zu einem erbitterten Zweikampf zwischen dem linken und dem rechten Lager gezwungen.

Die Ungültigkeitserklärung für einen der beiden korsischen Wahlkreise kam nicht überraschend. Wahlbetrug gehört auf der Insel Korsika zur Tradition. Früher hatte man einfach unliebsame Wahlurnen ins Meer geworfen. Diesmal hatte man bei der Briefwahl „manipuliert".

Unerwartet dagegen kam die Entscheidung für den Wahlkreis um die „Airbus-Stadt" Toulouse herum. Im Jahr 1981 hatten die Sozialisten – mit dem damals gültigen Direktwahl-System – hier alle acht ausgeschriebenen Parlamentssitze gewonnen. Bei dem von ihnen selbst eingeführten Verhältniswahl-System im März 1986 kamen sie nur auf vier Abgeordnete. Die andere Hälfte ging an die bürgerliche Seite. Weil die Sozialisten bei dieser Wahl einen ihrer eigenen „Dissidenten" damals illegal ausschalteten, muß nun neu gewählt werden.

Obwohl die Entscheidung des Staatsrats eine „Ohrfeige" für die Sozialisten bedeutet, ist auch die bürgerliche Seite nicht glücklich über die Neuwahlen. Premierminister Chirac besitzt in der Nationalversammlung nur eine Mehrheit von drei Stimmen. Ändert sich das bisherige Ergebnis im Wahlkreis um Toulouse herum, könnte die Regierungskoalition in Paris in Gefahr kommen.

Die Chancen für die Regierung sind dabei sehr unsicher. Chiracs Mannschaft befindet sich nach der Wahl-Euphorie im März augenblicklich in einem Umfrage-Meinungstief. Die Regierung mußte angesichts des sozialistischen Erbes mehrere unpopuläre Maßnahmen anordnen, und die Arbeitslosigkeit wurde – entgegen dem Wahlversprechen – noch nicht gestoppt.

Hoffen kann die bürgerliche Koalition deshalb nur darauf, daß die Wähler in Mittelfrankreich nicht „national" entscheiden, sondern „regional". Auf regionalem Niveau nämlich verfügt die Koalition aus Gaullisten und Giscardisten über ein Zugpferd, dem die Sozialisten nichts entgegenzusetzen haben. Es ist Denis Baudis, ein junger Mann, der allen Franzosen noch als telegener Nachrichtenjournalist des französischen Staatsfernsehens in Erinnerung ist. Von den Sozialisten vom TV-Schirm verjagt, eroberte Baudis zuerst das Rathaus von Toulouse und war im März 1986 Listenführer des bürgerlichen Lagers. Wenn der Ex-TV-Star erneut so erfolgreich ist wie bei den letzten Wahlen, wäre die Regierung in Paris gerettet.

(SAD)

Libyer verlassen Athen. Ein taktischer Zug Papandreous

Diplomaten gehen „freiwillig" / Loch in der Tourismuskasse

E. ANTONAROS, Athen

Athens sozialistische Regierung scheint nach langem Zögern entschlossen, dem Beispiel ihrer Partner in der Europäischen Gemeinschaft zu folgen und die libysche Präsenz in Athen, wo die Libyer ihr größtes Volksbüro in Osteuropa unterhalten, kräftig zu reduzieren. Ein Regierungssprecher sagte zwar, daß er zu diesem Thema „noch nichts Konkretes" sagen könne. Aber griechische Diplomaten bestätigten unter der Hand, daß der Exodus der Libyer bereits begonnen habe.

Die Regierung bemüht sich, den Eindruck zu vermitteln, die Reduzierung der libyschen Präsenz gehe von Tripolis aus. Mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur arabischen Welt hat Griechenland – anders als die meisten EG-Mitglieder – beschlossen, die unwillkommenen Libyer nicht formell auszuweisen. Ein griechischer Diplomat sprach von einer „sehr diskreten Operation". Man habe den „unerwünschten Gästen" nahegelegt, das Land „freiwillig" zu verlassen.

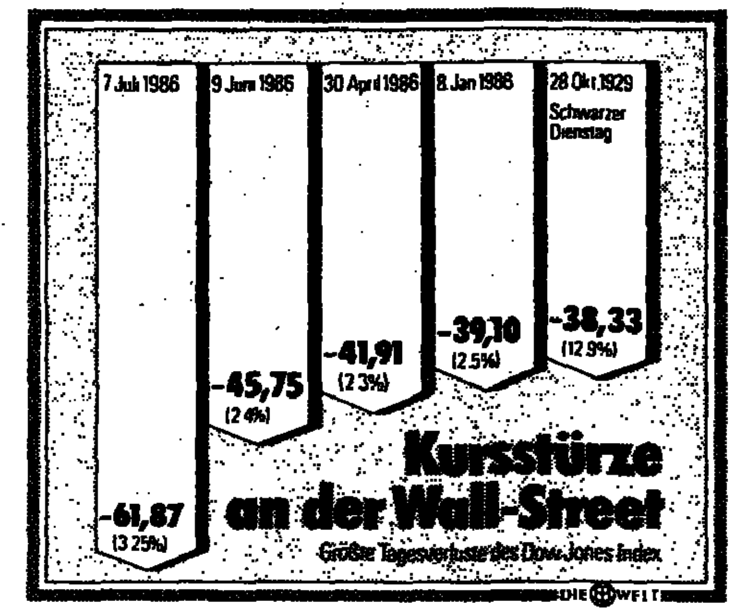
Das griechische Außenministerium hatte bisher absichtlich den Eindruck erweckt, daß nur vier Libyer in Griechenland akkreditiert seien. Im amtlichen Diplomatenverzeichnis, das ausländischen Missionen und Journalisten zugestellt wurde, fehlte nämlich seit Monaten ein Doppelblatt mit den Namen von 28 weiteren libyschen „Diplomaten" – unter ihnen zwölf „Kulturattachés". Zur Zeit haben insgesamt 56 Libyer Diplomatenstatus in Griechenland. Hinzu kommt ein umfangreiches Hilfspersonal mit knapp 30 Angehörigen, die diplomatenähnliche Privilegien genießen. Das soll nun geändert werden: Bis Ende des Monats – so ein griechischer Diplomat – sollen nur noch fünf Diplomaten übrig bleiben. Ebenfalls hat Athen die feste Absicht, das libysche Konsulat und die libysche Diplomatenschule in Athen zu schließen.

Westliche Diplomaten führen die Änderung der bisher betont libyenfreundlichen Haltung in Griechenland auf taktische Überlegungen von Ministerpräsident Andreas Papandreou zurück. Daher halten sie die Reduzierung der libyschen Präsenz keineswegs für eine überzeugende Änderung der griechischen Außenpolitik.

Durch seinen Schwenk will der griechische Regierungschef offenbar einerseits die Amerikaner besänftigen, die durch ihr massives Ausbleiben in diesem Sommer ein großes Loch in der griechischen Tourismus-Kasse verursacht haben. Zum anderen will Papandreou durch seine verspätete Solidarität Athens Partnern in der EG und der NATO beweisen, daß Griechenland nicht weniger vertrauenswürdig als sein Erzrivale, die Türkei, ist, die im Laufe der vergangenen Wochen einigen Libyern wegen eines Terroranschlags den Prozeß gemacht hat.

Ebenfalls geht es Papandreou darum, durch sein Wohlverhalten die Unterstützung der EG-Partner im kürzlich wieder aufgeflammten Konflikt zwischen Athen und Ankara sicherzustellen.

Griechenland hatte die von der EG beschlossenen Sanktionen gegen Libyen ursprünglich mitgetragen, sich anschließend jedoch beharrlich geweigert, sie anzuwenden. (SAD)



Obwohl sich 1986 als das Jahr der tiefen Kursstürze erweist, die stärker waren als der Einbruch am „Schwarzen Dienstag", dem 28. Oktober 1929, kommt keine Panik an der Wall Street auf. Denn auf der hohen Basis des Dow-Jones-Index mit einem Rekordstand von 1909,03 am letzten Mittwoch, ist der prozentuale Rückgang trotz großer Prozentpunkt-Verluste nur minimal. Gestern zum Börsenbeginn hatte sich der Index um 3,8 Punkte auf 1824,53 erholt.

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Frischen Auftrieb hat die US-Währung – 2,1798 DM – nach Meinung von Händlern durch ein Interview des Staatssekretärs im Bundesfinanzministeriums erhalten. Tietmeyer hatte erklärt, ein weiterer Kursverfall sei unangemessen.

Rubel: Die Staatsbank der UdSSR hat den Kurs gegenüber der DM auf 32,05 (31,82) Rubel für 100 DM festgelegt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 256,60 (255,50); Chemie: 148,60 (148,07); Elektro: 289,92 (290,72); Auto: 710,61 (706,29); Maschinenbau: 141,57 (142,89); Versorgung: 151,38 (150,74); Banken: 379,65 (376,94); Warenhäuser: 144,34 (142,65); Bauwirtschaft: 472,40 (469,30); Konsumgüter: 161,25 (159,71); Versicherung: 1373,49 (1363,41); Stahl: 145,42 (145,14).

Kursgewinner:	DM	+ %
Rieb. Montan	140,00	6,0
Bremer Vulkan	118,00	4,8
Münch. Rück Inh.	2830,0	4,8
Brau AG	300,20	4,5
Stumpf St.	130,00	4,0

Kursverlierer:	DM	– %
Hanf Obera. Vz.	170,00	15,0
Chem. Brockh.	600,00	11,7
Henaga	222,00	9,3
Alte Leipz. C	1000,0	9,0
Hanf Obera. St.	240,00	7,6

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Freundlicher

WELTWIRTSCHAFT

Frankreich: Einzelheiten über die Privatisierungs-Verordnung sind nun bekannt. Ausländer dürfen sich nur begrenzt beteiligen. (S. 10)

Japan: Der Handelsbilanzüberschuß stieg im Juni von 5,02 Mrd. auf 7,37 Mrd. Dollar.

Verschuldung: Kuba ist im Juni nach Angaben Londoner Banken mit den Zahlungen seiner Auslandsschulden und Zinsen in Verzug geraten. Über einen teilweisen Schuldenerlaß will der Pariser Club in der kommenden Woche verhandeln.

China: Die Volksrepublik will die Mitgliedschaft im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) beantragen. Seit 1982 hat das Land Beobachterstatus.

WAREN & MÄRKTE

Ölpreise: Nach einem neuen Verfall wurde in New York kuwaitisches Öl für 5,50 Dollar je Barrel gehandelt, britisches Öl für unter 10 Dollar. Händler führen dies auf die Opec-Versuche zurück, die Marktanteile zu verteidigen.

Reeder: Eine zusätzliche vorgezogene Liquiditätsspritze von 30 Mill. DM soll aus dem Etat 1987 des Bundesverkehrsministeriums gewährt werden.

Butterfahrten: Trotz der Klageandrohung der EG will Bonn an der steuerfreien Einkaufsmöglichkeit festhalten. Angestrebt wird eine Absicherung im Rahmen der 7. EG-Reiserichtlinie.

Kabelgroschen: Die Gebühren von 20 Pfennig zur Finanzierung der vier Kabelpilotprojekte sind nach einer Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts nicht zu beanstanden. Sie werden von allen Fernseh- und Rundfunk-Teilnehmern erhoben (Az VG 203.84).

UNTERNEHMEN & BRANCHEN



AS: „Wir müssen den Gemeinschaftsgeist bewahren, wie ihn Axel Springer geprägt hat. Einen Geist, der das Unternehmen groß gemacht hat, der immer sein Gütezeichen war und bleiben soll." So führte Vorstandsvorsitzender Tamm das neue Signet des Verlags ein, das gestern den Aktionären präsentiert wurde. (S. 10)

Opel: Aus dem tiefen Verlusttal soll der „Rekord"-Nachfolger „Omega" die General-Motors-Tochter fahren. Für 1987 wird wieder ein Gewinn erwartet. (S. 11)

US Steel: Die Namensänderung in USX kennzeichnet die neue Unternehmenspolitik weg vom Stahl. (S. 10)

Bundeskartellamt: Das Untersagungsverfahren gegen den 1982 erfolgten Zusammenschluß von Holstein & Kappert und Seitz Enzinger Noll Maschinenbau wird nicht weiter verfolgt.

Otto-Versand: Die Tochter Fegro-Markt übernimmt zum 1. August sechs Agros C+C-Märkte von der Asko deutsche Kaufhaus, nachdem die Schaper-Gruppe abgewunken hatte. Das Kartellamt muß noch zustimmen.

NAMEN

Bankenverband: Dr. Hans Günther (Foto), einer der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Prüfungsverbandes deutscher Banken, wird heute 65 Jahre. Er ist seit 1961 beim Bankenverband und zuständig für die Bereiche Wettbewerb, Kreditpolitik und Einlagensicherung.

US-Steuerreform: Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat die von US-Präsident Reagan geplante Steuerreform zur Nachahmung empfohlen. Auch Finanzminister Stoltenberg könne der vollen Zustimmung der Wirtschaft sicher sein, wenn er seine Ohren gegen die vielen „sozialpolitischen Füllhornbläser" verschlösse, die vor Wahlkämpfen vermehrt aufträten.

Das Understatement ist ein beliebtes Vergrößerungsglas für die eigene Größe

Peter Ustinov

Das Tauziehen um Neuverteilung der Mehrwertsteuer hat schon begonnen

Gobrecht erwartet eine schnelle Umsetzung des Urteils zum Länderfinanzausgleich

HEINZ HECK, Bonn

Der Vorsitzende der Länderfinanzministerkonferenz, Hamburgs Senator Horst Gobrecht (SPD), rechnet mit einer raschen Umsetzung des Karlsruher Urteils über den Länderfinanzausgleich vom 24. Juni. Vor Journalisten in Bonn erklärte er gestern, niemand könne an einer Verzögerung Interesse haben, da einmal der Zeitrahmen sehr eng gesetzt sei (Inkrafttreten der Neuregelung bereits zu Beginn 1988) und für 1987 ein Nachteilsausgleich gefordert werde.

Gobrecht erwartet, daß die Länderfinanzminister auf ihrer Jahreskonferenz am 18./19. September einen Zeitplan für die sehr umfangreichen und wahrscheinlich auch schwierigen Verhandlungen festlegen werden. Auch der Bund hat bereits Initiativen für den Herbst angekündigt. Für Gobrecht ist wichtig, daß das Verfassungsgericht in dem Urteil einen Minderheitenschutz „deutlich abgesteckt" habe. Der Bund dürfe sich also nicht darauf beschränken, einfach „die Meinung einer Ländermehrheit abzuhaken". Der Bund sei also auch „inhaltlich gefordert".

Bereits jetzt beginnt das Tauziehen zwischen Bund und Ländern um die Verteilung der Mehrwertsteuer-Einnahmen nach 1987. Im vergangenen Jahr hatten sich Bund und Länder für 1986 und 1987 auf 65 zu 35 Prozent (Bund/Länder) geeinigt. Die zahlreichen Äußerungen von Finanzminister Gerhard Stoltenberg, wonach die Verteilung aus Bundessicht nicht mehr vertretbar sei, veranlaßten Gobrecht gestern, gleichsam zur Vorwärtsverteidigung überzugehen: „Eine ‚Benachteiligung' des Bundes durch die geltende Finanzverteilung gibt es nicht." Wenn Stoltenberg auf die erhöhten Überweisungen an Brüssel von 4 Mrd. Mark verweise, müßten Länder und Gemeinden die höheren Personalkostenbelastungen (bei Ländern und Gemeinden 1986 ein Plus von 5,7, beim Bund von 1,3 Mrd. Mark) und die Gemeinden zusätzlich die als Folge der Arbeitslosigkeit stark steigende Sozialhilfe ins Feld führen.

Gobrecht erwähnte auch einen zwischen Bund und Ländern schwelenden Dauerstreit: Den Abbau der Mischfinanzierung im Städtebau, der an Meinungsverschiedenheiten über den finanziellen Ausgleich an die Länder zu scheitern droht. Wie seinerzeit berichtet, hatte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß bereits im April in einem Schreiben an Stoltenberg zum Ausgleich jährlich 1 Mrd. Mark gefordert und damit die Mehrheitsmeinung der Länder deutlich gemacht. Stoltenberg ist allenfalls zur Zahlung von jährlich 330 Mill. Mark bereit. Dieser Betrag entspricht dem jährlichen Haushaltsansatz bis 1985. Für 1986 und 1987 ist hingegen in einer Sonderaktion jeweils 1 Mrd. Mark angesetzt.

Gobrecht hat erneut die von den Ländern bereits in einer Novelle zum Rechtsbereinigungsgesetz geforderte Gleichbehandlung bei den zinsgünstigen (Diskontsatz) Kassenkrediten für Bund und Länder reklamiert. Seit der Änderung des Bundesbankgesetzes 1967 betragen die Kreditplafonds 6 Mrd. für den Bund und 2,6 Mrd. Mark für die Länder. Die Länder fordern eine Erhöhung auf 6,5 Mrd. Mark (etwa entsprechend der Relation der Haushaltssummen). Die Kritik von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl daran wies Gobrecht mit dem Hinweis zurück: „Die Bundesbank ist nicht der Heilige Stuhl in der Bundesrepublik."

Gegen Gesetz zum Überstundenabbau

Blüm verweist auf den erreichten niedrigen Stand – Bericht im Kabinett verabschiedet

HEINZ HECK, Bonn

„Einstellen geht vor Überstunden", erklärte Arbeitsminister Norbert Blüm gestern zur Verabschiedung des „Überstundenberichts 1986" im Kabinett. Wie berichtet, ist erstmals in einem Aufschwung die Zahl der Überstunden nicht mehr nennenswert gestiegen. In den letzten 15 Jahren ist sie dem Bericht zufolge insgesamt sogar deutlich zurückgegangen: von 3,5 Milliarden 1970 auf 2,7 1975, 1,8 1980 und 1,5 Milliarden 1985.

Blüm sieht im Überstundenabbau einen „Hebel der Beschäftigungspolitik". Jeder Hebel müsse genutzt werden. Denn der Abbau der Arbeitslosigkeit sei die wichtigste Aufgabe der Gesellschaftspolitik. Allerdings hält er angesichts dieses „niedrigsten je erreichten Standes" im Moment keine gesetzlichen Schritte zum Abbau für erforderlich. Freiwillige Maßnahmen der Tarifpartner hätten „Vorfahrt". Dies sei allerdings so zu verstehen, daß bei Untätigkeit der Tarifpartner der Gesetzgeber handeln müsse.

Der Minister registriert breiten Konsens zum Überstundenabbau. Fast 75 Prozent der befragten Betriebe planten entsprechende Maßnahmen, und 60 Prozent der Überstunden leistenden Arbeitnehmer seien zu einer Verminderung bereit. Aus der repräsentativen Arbeitnehmerbefragung ergibt sich ferner, daß die Hälfte der Befragten zwar den mit Überstunden verbundenen Mehrverdienst begrüßt. Aber nur 19 Prozent erklären, sie könnten ohne Überstunden finanziell nicht auskommen.

Der öffentliche Dienst geht im Überstundenabbau mit gutem Beispiel voran. An den 1,5 Milliarden ist er lediglich mit 1,6 Prozent beteiligt, 1980 seien es immerhin noch 2,2 Prozent gewesen. Soweit Überstunden nicht durch Freizeit ausgeglichen werden könnten, dürften Aushilfskräfte eingestellt werden, die durch Einsparungen beim Überstundenentgelt finanziert würden.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände erklärt zum Bericht, gesetzliche Reglementierungen seien „überflüssig und verfehlt". Die Unternehmen hätten mehr Arbeit in mehr Beschäftigung und nicht in Überstunden umgesetzt. Das Ergebnis werde mehr als eine halbe Million neuer Arbeitsplätze in den Jahren 1985/86 sein.

> Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hält die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch gesetzliche Überstundenregelungen für „blanke Illusion". Ein Überstundenniveau von 1,6 Stunden pro Arbeiter und Woche sei sehr niedrig. Die Mehrarbeit werde überwiegend von Facharbeitern geleistet, bei denen praktisch Vollbeschäftigung herrsche. Überstunden dienten der Flexibilität bei ausgeschöpften Potentialen.

Widersprüche

Von HANNA GIESKES

Ist die marktwirtschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder nicht? Sollte das Kartellgesetz geändert werden, oder reicht das geltende Recht aus? Die Monopolkommission hat in ihrem jüngsten Gutachten das Kunststück fertiggebracht, beide Fragen sowohl zu bejahen als auch zu verneinen. Welche Antwort dem Leser zuteil wird, hängt im wesentlichen davon ab, an welcher Stelle des 589 Seiten starken Textes er sich gerade befindet.

Am Anfang ist alles in Ordnung. Der Wettbewerb funktioniert trotz der Existenz privater Marktmacht. Damit dies auch so bleibe, empfiehlt die Kommission eine liberale Außenhandelspolitik, um den internationalen Wettbewerbsdruck auf den heimischen Märkten zu erhalten. Viel bedenklicher als private Wettbewerbsbeschränkungen findet die Kommission die staatlichen, etwa im Agrarbereich. Da kann man ihr nur beipflichten.

> **Die Monopolkommission stellt fest, daß die Marktwirtschaft funktioniert. Trotzdem schlägt sie Gesetzesänderungen vor. Der Verdacht liegt nahe, daß sie Gesellschaftspolitik betreiben will.**

Außerdem stellen die Kommissare fest, daß der Konzentrationsgrad der 100 größten Industrieunternehmen in den Jahren 1984/85 relativ gesunken ist. In weit stärkerem Maße gilt dies für die 20 größten Handelsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Folgerichtig kommen sie zu dem Schluß, daß keine Notwendigkeit zu einer grundlegenden Änderung des Kartellgesetzes besteht.

Doch dann ist es mit der Folgerichtigkeit vorbei: Weiter hinten reicht das geltende Recht plötzlich nicht mehr aus. Wichtigster Punkt ist der Vorschlag, Elefantenhochzeiten zu untersagen, sofern sie nicht an einer Stelle die Wettbewerbsbedingungen verbessern, die sie an anderer Stelle – nach Ansicht der Kommissare zwangsläufig – verschlechtern.

Hier widerlegt sich die Kommission indes wiederum durch die zuvor getroffene Feststellung, daß diversifizierte Großunternehmen zunehmend auf internationalen Märkten mit ausländischen Unternehmen in Wettbewerb stehen. Dennoch kann sie es sich offenbar leisten, nur den nationalen Markt zu betrachten, obwohl ihre Mitglieder wissen müßten, daß manche Unternehmen an den Weltmärkten nicht mehr mithalten können, wenn ihnen zu Hause eine starke Stellung verwehrt wird.

Sie müßte auch wissen, daß man nicht auf der einen Seite den europäischen Binnenmarkt fordern und auf der anderen nur Schlagbäume im Auge haben kann. Und schließlich hat sie ja selbst gefordert, daß eine liberale Außenhandelspolitik für Druck auf die deutschen Märkte sorgen möge. Wenn das aber so ist, dann bekommen auch die deutschen Anbieter Druck, selbst wenn sie groß sind.

Die Konzentrationsforscher verkaufen ihren Vorschlag als „Einzelkorrektur". Das ist sehr tiefgestapelt, denn tatsächlich handelt es sich um einen einschneidenden Eingriff in die Fusionskontrolle. Ein Eingriff, der auch in den USA einmal erwogen, dann aber wegen der damit verbundenen Gefahr bürokratischer Willkür wieder verworfen worden ist.

Eine vollständige Abkoppelung der Fusionskontrolle von der Marktmacht bei Elefantenhochzeiten, wie sie die Kommission fordert, verläßt den Boden der Rationalität: Die Betroffenen können nicht mehr abschätzen, was sie dürfen und was nicht. Zumal die Kommissare sich darüber ausschweigen, von welchem Umfang an ein Unternehmen ihrer Ansicht nach zum Elefanten wird.

Konglomerate Großfusionen seien eben immer bedenklich, heißt es – das ergebe sich schon „aus der Natur der Sache". Diese Begründung ist es nicht minder, denn wer mit der „Natur der Sache" argumentiert, beweist damit im allgemeinen, daß ihm die Argumente fehlen. Und tatsächlich gibt es keine wettbewerbs- oder wirtschaftspolitischen, zumal die Kommission ja bei ihrer Darstellung des gescheiterten Zusammenschlusses Rheinmetall/WMF darauf hinweist, daß konglomerate Fusionen mit dem geltenden Recht zu packen sind. In diesem Fall allerdings deshalb, weil WMF an ihrem Markt führend ist – was für einen Sinn hätte eine Untersagung wohl auch sonst gemacht?

Und weil sie keine anderen Argumente haben, führen die Wettbewerbsforscher „gesellschaftspolitische Bedenken" ins Feld. Die kann man zwar teilen, aber man kann an ihnen keine Novelle zu einem wichtigen Wirtschaftsgesetz festmachen. Die Monopolkommission darf es nicht einmal, denn ihr gesetzlicher Auftrag heißt „Beurteilung des jeweiligen Standes der Unternehmenskonzentration unter wirtschafts-, insbesondere wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten". Da wundert sich der Leser kaum noch, wenn er im Anhang den Hinweis findet, man habe sich zur Formulierung der Vorschläge für die Erfassung von Rundfunklizenzen vom SPD-Abgeordneten Uwe Jens anregen lassen.

Gutachten zur Konzentration stößt auf Kritik

DW. Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, hat das jüngste Gutachten der Monopolkommission scharf kritisiert: Es zeichne sich durch „gravierende Widersprüche" aus, heißt es in einer gestern verbreiteten Erklärung. Der Verband lehnt insbesondere die Forderung der Kommission ab, Großzusammenschlüsse unabhängig von der Frage vorliegender Marktmacht zu untersagen.

Der BDI stimmt hingegen der Beurteilung der Kommission zu, daß die Konzentrationsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland derzeit keinen Anlaß zur Sorge gebe. Begrüßt wird auch die Auffassung der Kommissare, daß staatliche Wettbewerbsbeschränkungen den Wettbewerb stärker behinderten als private, und daß vor allem durch den Abbau staatlicher Interventionen Impulse für das Wachstum zu erwarten seien.

Der Bundesverband Deutscher Banken wehrt sich gegen den Vorwurf der Kommission, die Banken hätten zu einer Umgehung der Fusionskontrolle beigetragen. Bei Unternehmenszusmmenschlüssen wirkten sie lediglich als Berater mit; der Vorwurf, sie seien dabei initiativ, entbehre jeden Beweises.

AUF EIN WORT



» Die japanische Expansionspolitik setzt sich fort – trotz der Bekundungen guten Willens auf dem letzten Wirtschaftsgipfel, die eigene Inlandsnachfrage und damit auch die Importe anzukurbeln. Tatsächlich hat auch die Aufwertung des Yen das Wirtschaftswachstum in Japan gebremst. «

Daniel Goeudevert, Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG, Köln. FOTO: DIE WELT

EG-Kommission billigt Hilfen für deutsche Bauern

dpa/VWD, Brüssel

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat die von der Bundesregierung beschlossenen nationalen Zuschüsse für deutsche Landwirte bei der Sozialversicherung für 1986 gebilligt. Wie gestern in Brüssel verlautete, entschied die EG-Kommission, daß es sich hierbei um Beihilfen handele, die mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar seien.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte noch kurz vor dem Kommissionsbeschluß in einem Schreiben an EG-Kommissionspräsident Jacques Delors in Anbetracht der schlechten Einkommenslage der deutschen Bauern noch einmal auf die Dringlichkeit dieser Entlastungszahlungen verwiesen.

Die Bundesregierung kann damit rückwirkend ab dem 1. Januar 1986 an Betriebe mit einem Wirtschaftswert bis zu 40 000 Mark (das entspricht ungefähr einer Nutzungsfläche von 32 Hektar) nach Einkommenslage gestaffelte zusätzliche Zuschüsse zu den Beiträgen für die landwirtschaftlichen Alterskassen bezahlen. Davon betroffen sind die Eigentümer von insgesamt 315 000 Höfen, sofern sie einen Antrag einreichen. Die Kosten dieser Entlastungszahlungen belaufen sich auf jährlich 450 Mill. Mark.

Wunder zur Ferienzeit

JB. – Wunder gibt es immer wieder. Seit Jahren konnten Deutschlands Autofahrer mit schöner Regelmäßigkeit an den Preisschildern der Tankstellen erkennen, ob Ferienzeit ist. Den Aufbruch in den Urlaub und die damit steigende Benzinnachfrage nutzten die Ölfirmen, um ihre Erlöse aufzubessern.

1986 ist das alles anders. Die Benzinpreise purzeln munter nach unten. Bleifreies Benzin kostet im Bundesdurchschnitt bereits wieder weniger als eine DM, Diesel ist mit 95 Pfennig je Liter auf den niedrigsten Stand dieses Jahres gefallen. Wer gar die Nerven behalten und noch immer nicht seinen Heizöltank für die Wintersaison nachgefüllt hat, der kann sich zu Preisen eindecken, die jeder Ölkrise spotten. Ein Ende der Talfahrt ist nicht einmal abzusehen.

Dies ist allerdings auch eine Frage des Dollarkurses. Der ständige Druck auf die US-Währung ist eine der Ursachen für die sinkenden Preise am deutschen Markt. Der niedrig bewertete Dollar potenziert den gleichzeitigen Preisverfall bei Rohöl und Mineralölprodukten auf den internationalen Märkten. Das Faß Rohöl nähert sich langsam wieder der Preisgrenze von 10 Dollar. Möglich macht's die weltweite Ölschwemme. Die Opec-Länder können sich nicht auf eine Reduzierung der Fördermenge einigen, die Nicht-Opec-Staaten pumpen aus der Erde, was sie hergibt.

Schließlich stoßen die vom Markt erzwungenen Preissenkungen bei den Ölfirmen auf wenig Widerstand. Im Gegensatz zu früheren Jahren schreibt die Ölbranche zur Zeit fette schwarze Zahlen. Die Einstandspreise sind so niedrig, daß die Erlöse die ohnehin stark durchforsteten Kosten überdecken. Am Benzinmarkt also rundum ein Wunder, das noch lange anhalten möge.

Die „Fünf Weisen" fühlen sich oftmals richtig verschaukelt

WERNER NEITZEL, Tutzing

„Wir fühlen uns oft richtig verschaukelt." Aus seiner Enttäuschung, daß die Fünf Weisen, also der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", aus seiner Sicht von den Politikern nicht ernst genommen werde, macht Ratsvorsitzender Professor Hans-Karl Schneider keinen Hehl. Unmittelbarer Adressat seiner Kritik war auf einem von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing mitveranstalteten Forum der „alte Hase" im Bundeswirtschaftsministerium, Staatssekretär Otto Schlecht, der auf die ihm eigene Art konterte: „Eine Steuerreform auf grüner Wiese zu machen ist hoffnungslos – oder man schmeißt alle Bauern raus".

Oder ein weiterer scharf geschnittener Ball Schlechts in diesem argumentativen Pingpong-Spiel: „Man muß den Wurstzipfel zwar hoch hängen, daß der Hund sich anstrengt, aber nicht so hoch, daß er gar nicht erst springt." Sagen wollte er damit, daß der Rat in seinen Gutachten stärker auf politische Restriktionen Rücksicht nehmen solle, daß oft nur zweitbeste Lösungen machbar seien.

Schneiders Entgegnung „saß" dann freilich. Im Gesetz gebe es – und Schlecht konnte da nur zustimmen – keinen Hinweis, daß in den Gutachten auch politische Hemmnisse zu beachten seien. Sie fänden allenfalls am Rande Beachtung. Manches, was wichtig sei, könne man nicht in Portionen verkaufen. Die Hauptsache sei die Argumentation, und da fühle sich der Rat nicht ausreichend berücksichtigt.

Mit einer ganzen Breitseite an Kritikpunkten wartete Schneider auf, als die Rede auf die „unerfüllten Hoffnungen" des Rats in der Umsetzung und Beseitigung der von ihm aufgezeigten Probleme kam: Die ungenügende oder nicht praktizierte Durchforstung der Subventionen (Kohle, Agararbereich) zählte er auf, die Verwässerung der Steuerreform, in puncto Wettbewerb die Nichtöffnung einiger Märkte (Postmonopol bei der Nachrichtenübermittlung, Frachtenmarkt), die zunehmenden Wettbewerbsverzerrungen auf EG-Ebene, die Geldpolitik der Bundesbank sowie in Richtung Tarifpartner Mängel in der Lohnpolitik.

Schlechts verschmitzt verzögerte Antwort, nachdem ihm der Ratsvorsitzende nahelegte, daß er ja nur „ja" zu sagen brauche, lautete kurz und bündig: Alles sei hilfreich. Der Liste von Anregungen des gewieften Staatssekretärs, der sich als „Miterzeuger und Geburtshelfer" bei der Einrichtung des Sachverständigenrats (1963) sieht, konnte denn auch überwiegend kaum widersprochen werden. Die Jahresgutachten, die alljährlich Mitte November präsentiert werden, seien mit ihrem Umfang von 300 bis 400 Seiten zu lang und könnten allenfalls von ganzen Stäben gelesen werden. Schon deshalb stürzten sich die Medien, was man allgemein bedauerte, allzu sehr auf die quantitativen Prognosen und vielfach weniger auf Feinheiten.

Man solle noch verständlicher formulieren und vielleicht auch das eine oder andere Thema im Verlaufe des Jahres in einem Sondergutachten behandeln. Überhaupt wünsche er, Schlecht, sich auch mehr „mündliche interne Beratung". Dieser Punkt blieb im Grundsatz unwidersprochen, doch wurde rhetorisch zurückgefragt, ob denn der Rat durch diese permanente Dialog-Bereitschaft nicht überfordert sei (Professor Gunther Engelhardt, Uni Hamburg).

Mitdiskutant H. J. Barth von der Baseler Prognos AG gab zu bedenken, daß die Möglichkeiten für den Rat, sich mehr zu Wort zu melden, heute geringer seien als früher. Der Grund liege darin, daß es heutzutage immer häufiger um weniger spektakuläre Trendprobleme gehe.

Die Komplexheit wurde auch darin deutlich, daß sich die anwesenden Ratsmitglieder beim Spezialthema „Lösung des Beschäftigungsproblems" erwartungsgemäß außerstande sahen, ein Konzept für eine schnelle und dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Als bekannte Ansatzpunkte wurde denn auch offeriert, daß neue Beschäftigungsmöglichkeiten sich nur über eine Steigerung der Investitionen durch die Unternehmen erreichen ließen. Ferner: Ohne eine durchgreifende Steuerreform könne das Problem auf Dauer nicht beseitigt werden.

Rückständig im Energiesparen

Spanien hat acht Kernkraftwerke trotz zahlreicher Gegner

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spaniens Energiepolitik enthält einen der wenigen „Sozialismen", die sich die sozialistische Regierung in ihrem Wirtschaftsprogramm noch leistet. 1983, im ersten Jahr ihrer Amtszeit, gab die Regierung González einen nationalen Energieplan (PEN) heraus, der die Kernprojekte erheblich zurückschraubte. Einige Bauten wurden eingemottet, andere noch im Plan gestrichen. Dabei hielten sich die Atomkraftgegner in ihren Äußerungen in Grenzen, wenn man von den beiden Morden an Architekten des Kernkraftwerkes Lemoniz 1 und 2 absehen will.

Zur Zeit arbeiten acht Kernkraftwerke in Spanien: Zorita (Guadalajara), Garoña (Bourgos), Vandellos 1 (Tarragona), Almaraz 1 und 2 (Caceres), Ascó 1 und 2 (Tarragona) und Cofrentes (Valencia). Bis auf Vandellos handelt es sich hier um Kraftwerke vom Druckwassertyp von je 950 Megawatt. Zwei weitere Kernkraftwerke, Vandellos 2 und Trillo 1 (Guadalajara) – diesen Bau führt die deutsche KWU aus – werden in Kürze fertiggestellt. Aus Tschernobyl erwuchsen der Regierung keine Probleme.

Nach der ursprünglichen Planung sollte die Elektrizitätsproduktion 1990 zu 39,3 Prozent von der Kernenergie gestellt werden. Das wäre ein Anteil von 16,5 Prozent des Energiekonsums. Die anderen Produktionsanteile sind Wasserkraft (21,5 Prozent), Kohle (29,3 Prozent) und Petroleum (9,9 Prozent). Die Veränderung dieses Elektroplanes wird ein Bild ergeben, über dessen endgültige Komposition noch beraten wird. 1985 jedenfalls betrug die Produktion elektrischer Energie 127,2 Milliarden Kilowattstunden, was einer Steigerung von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach. Davon lieferte die Wasserkraft 33,2 Milliarden Kilowattstunden, Kohle und Öl fast 66 Milliarden Kilowattstunden und Kernkraft 28 Milliarden Kilowattstunden.

Im gesamten Konsum ist das Öl nach wie vor mit einem Anteil von 54 Prozent beteiligt. Entschlossen machen sich vor allem die Gemeinden daran, im Verbund über gemeinsame Pipelines den Gaskonsum zu steigern. Zur Zeit beträgt der Gasanteil knapp knapp Prozent, von dem ein Drittel in Eigenproduktion gestellt wird.

Das wachsende Interesse am Gas hängt allerdings zum Teil mit jenem Panikkauf algerischen Erdgases von 1979 zusammen, der der spanischen Regierung heute noch Kopfschmerzen bereitet. Spanien wollte von dem damals abgeschlossenen langfristigen Kaufvertrag zurücktreten, fand die Abstandssumme aber zu hoch. Nach jahrelangen Verhandlungen scheint man sich zur Zeit einem Kompromiß entgegenzubewegen, der die Abnahme eines Großteils der Vertragsmenge vorsieht.

Das eigentliche Energieproblem Spaniens allerdings liegt auf einer ganz anderen Ebene, nämlich im Verhältnis von Verbrauch und industrieller Produktivität. Hier ergibt sich ein Rückstand gegenüber dem Verhältnis in der Europäischen Gemeinschaft. Während sich die anderen EG-Staaten seit 1973 im Rahmen einer Sparpolitik durch Rationalisierungsmaßnahmen ihren Energieverbrauch, gemessen am Produktionsergebnis, um 18 Prozent reduzieren konnten, stieg der Verbrauch in Spanien bis 1983 immer noch um fünf Prozent.

Zu den Gegenmaßnahmen zählen Investitionen von 30 Mrd. Pesetas, die eine Reduktion der Energiekosten um 15 Mrd. pro Jahr bedeuten. Daß die Regierung in ihrem nationalen Energieplan unter diesen Umständen auf die Erweiterung der Kernkraft als Energiequelle nicht verzichten kann, ist auch Madrid klar, zumal die zur Zeit günstige Preisgestaltung auf dem Ölmarkt nicht unbegrenzt anhalten wird. Außerdem verfügt Spanien über leicht abbaufähige Uranvorkommen.

Spanien ist das Land Europas, das über die meisten natürlichen Voraussetzungen für die Nutzbarmachung der Sonnenenergie verfügt. Seit Jahren arbeiten besonders im Südosten des Landes Sonnenkraftwerke, von denen eines – von deutschen Ingenieuren erstellt – bereits eine kleine Stadt versorgt.

Die WELT veröffentlicht in loser Folge Beiträge zur Energiepolitik in anderen Ländern.

Frischer Wind im Springer-Verlag

Gewinnstark trotz scharfen Wettbewerbs – Aktionäre neugierig, aber zufrieden

GERD BRÜGGEMANN, Berlin

Die Umwandlung in eine Publikumsgesellschaft wird von der Axel Springer Verlag AG, Berlin/Hamburg, auch als „Aufbruch in eine neue Zeit" verstanden. Der Vorstandsvorsitzende Peter Tamm zog daraus eine Folgerung, die er gleich zu Beginn seiner Ansprache auf der zweiten Hauptversammlung des Unternehmens in Berlin aussprach: „Unser Haus muß sich auch nach außen hin offen präsentieren." Der Ablauf der Veranstaltung belegte dies.

Die Verwaltung legte nicht nur Rechenschaft vor den Aktionären ab, sondern nutzte zugleich die Gelegenheit, sich als ein Unternehmen darzustellen, das nicht ist „wie jedes andere. Denn: Unsere Ware ist das lebendige Wort" (Tamm). „Auto BILD", das jüngste Erfolgsobjekt des Verlages, wurde denn auch in einer Tonbildschau vorgeführt. Zu dieser zweiten Hauptversammlung waren etwa soviel Aktionäre erschienen wie zur ersten im Februar. Rund 400 Anteilseigner und Gäste konnte Aufsichtsratsvorsitzender Professor Bernhard Servatius im Saal 2 des Berliner ICC begrüßen (Präsenz: 61,17 Prozent).

Neben dem bildhaften Ausflug in die Zeitungslandschaft kam freilich auch das Geschäftliche nicht zu kurz, das Tamm ausführlich und anschaulich vortrug. Die HV widmete sich der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1985, weil das Unternehmen zur Jahresmitte 1985 in eine Publikumsgesellschaft umgewandelt worden war. Gesamteindruck unter den Aktionären im ICC: Im Verlagshaus Springer bläst ein frischer Wind.

Auch im 2. Halbjahr überdurchschnittlich

Trotz der verhaltenen Branchenentwicklung schnitt der Verlag auch im zweiten Halbjahr 1985 überdurchschnittlich ab. Bei einem Umsatz von 1,235 Mrd. DM (Gesamtjahr: 2,475 Mrd. DM) erhöhte sich der Jahresüberschuß auf 35,2 Mill. DM. Das sind 9,1 Mill. DM mehr als im ersten Halbjahr. *Für das Gesamtjahr bedeutet* das einen Gewinn von 61 Mill. DM nach Steuern, was, wie Tamm betonte, mehr ist, als seinerzeit im Emissionsprospekt für die Springer-Aktie angekündigt worden war. Der Cashflow erreichte 1985 mit 229 Mill. DM den höchsten Wert seit Bestehen des Verlages.

Wie bereits bekannt, schlägt die Verwaltung vor, den Bilanzgewinn von 20,4 Mill. DM zur Ausschüttung einer Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie für das zweite Halbjahr 1985 zu verwenden. Das entspricht, bezogen *auf das Grundkapital von 170 Mill.* DM, einer Jahresdividende von 24 Prozent. Am Gesamtumsatz waren die Zeitungen mit 65,5 und die Zeitschriften mit 25,4 Prozent beteiligt.

Bei der ausführlichen Schilderung der einzelnen Objekte des Hauses hob Tamm besonders die Entwicklung von „BILD der Frau" hervor. Sie sei die erfolgreichste Neugründung der letzten Jahre und mit 2,4 Mill. verkauften Exemplaren pro Woche inzwischen die Nummer eins der Frauenpresse. Von der WELT gab Tamm eine „enorme Steigerung" der Auflage im zweiten Quartal 1986 bekannt. Sie erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7600 verkaufte Exemplare auf 210 000. Das sei der höchste Zuwachs seit 14 Jahren.

Die Lage der Zeitschriften ist offenbar schwieriger, weil sie, so erläuterte Tamm, weit stärker von Strukturwandel, Marktverschiebungen und verschärftem Wettbewerb betroffen sei. Das gelte vor allem für die Programmzeitschriften, wo sich durch das Aufkommen der Billigtitel inzwischen drei Preisgruppen gebildet hätten, die sich gegenseitig *Marktanteile streitig machten.* Das Haus Springer ist in allen drei Kategorien vertreten und hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um dem Spitzenobjekt „Hörzu" auch künftig seine führende Position zu sichern. Das Jahr 1986 hat sich für den Verlag gut angelassen. So wurde, wie Tamm ausführte, der Umsatz in den ersten sechs Monaten um vier Prozent gesteigert. Für das Gesamtjahr zeichne sich – wenn auch mit Vorbehalten – eine weitere Verbesserung des Ergebnisses ab.

Die Aktionäre waren vom Geschäftsjahr und den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden offenbar so angetan, daß wirklich kritische Fragen weitgehend ausblieben. Die acht Aktionäre, die sich zu Wort meldeten, baten im wesentlichen um Klärung und Vertiefung der vorgetragenen Sachverhalte. Den umfangreichsten Fragenkatalog trug Rechtsanwalt Hans-Peter Schreib (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz) vor. Er wollte wissen, ob die 1985er-Dividende schon „das Ende der Fahnenstange" sei; ferner interessierte er sich für die Höhe der Pensionsrückstellungen, die, wie er warnend anmerkte, höher seien als das Grundkapital. Schreib wollte auch wissen, ob es noch Rationalisierungsmöglichkeiten durch Zusammenarbeit von Redaktionen gebe. Weiterhin fragte er nach den Wachstumschancen im Ausland.

Walter Martius von der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre erkundigte *sich, ob sich der Lohndruck* noch ausweiten lasse. Zur Journalistenausbildung fragte er, ob nur für den eigenen Bedarf oder auch darüber hinaus ausgebildet werde. Aktionär Richter erkundigte sich nach *Diversifikationsplänen.* Der Aktionär Friedrichsen wollte wissen, wie die logistische Leistung der „Bild"-Zeitung aussehe, und wie hoch deren Auslandsauflage sei. Carl Doehring (Hermann-Lindrath-Gesellschaft) interessierte sich dafür, welche Aktivitäten die WELT hervorbringe, um junge Leser zu gewinnen und wollte wissen, ob sich „Auto BILD" auch an die Zielgruppe der Radfahrer richten wolle.

Im Urlaub ist BILD größte Zeitung Italiens

Tamm antwortete umfangreich, geduldig und ausführlich, wenngleich er alle Auskunftswünsche nach der künftigen Dividendenhöhe und der für Wettbewerber interessanten Marktstrategie auswich. Was die WELT betreffe, so stünden die wöchentliche Hochschulseite und samstags die „Berufs-WELT" zusammen mit Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte kurz vor der Verwirklichung. Im Ausland wolle der Verlag alle Chancen nutzen, aber dabei doch vor*sichtig bleiben, weil man nicht soviel* Lehrgeld zahlen wollte wie der eine oder der andere Konkurrent. Kooperationen zwischen Redaktionen hält Tamm nur in begrenztem Rahmen für sinnvoll. Die Objekte sollten selbständig bleiben und auch im Wettbewerb untereinander stehen.

Man wolle keine Einheitsredaktion, die dann auch nur Einheitsprodukte herstellen könnte. Zu den Pensionsrückstellungen sagte Tamm, *daß Sonderzuwendungen künftig* nicht zu erwarten seien. Zu den Fragen nach Plänen für eine mögliche Illustrierte und anderen Diversifikationen führte er aus, das Unternehmen habe natürlich Pläne und Überlegungen, wolle darüber aber aus Wettbewerbsgründen nicht sprechen. Was Diversifikationen betreffe, so gehe man in eine Richtung, die der Sicherung und dem Ausbau traditioneller Märkte diene. Daneben beteilige man sich aber auch an Dienstleistungsunternehmen, die für das Verlagsgeschäft interessant seien.

Zur Logistik der „Bild"-Zeitung meinte Tamm: Dahinter stehe eine ungeheure Leistung. Immerhin sei „Bild" in der Ferienzeit die größte Zeitung Italiens.

Nur 15 Prozent an Ausländer

Details über Frankreichs Entstaatlichungsverordnung bekannt

AFP, Paris

Die französische Regierung hat in ihrer Verordnung für die Aufteilung des Gesellschaftskapitals der 65 staatlichen Gesellschaften, die privatisiert werden sollen, Maßnahmen ergriffen, um der inländischen Bevölkerung den Aktienerwerb zu erleichtern, ausländische Beteiligungen hingegen zu beschränken. Der Verordnungstext wird gegenwärtig vom Staatsrat – dem Obersten Verwaltungsgericht des Landes – geprüft.

Die Verordnung sieht vor, daß die Regierung die Möglichkeit erhält, den Anteil eines Aktionärs am Kapital der zu entstaatlichenden Gesellschaften auf fünf Prozent zu begrenzen. Der Staat hat somit einen weiten *Spielraum. Er kann das Kapital der in* den Privatsektor überführten Unternehmen – im Falle der Banken und Versicherungen – weit streuen oder bei den Industriegruppen die Bildung von „Kontrollblöcken", die mehrere finanzkräftige Investoren umfassen, fördern. Ausländische Investoren werden beim Verkauf der Aktien der staatlichen Unternehmen nur insgesamt 15 Prozent erwerben können. Für einzelne Unternehmen behält die Regierung sich die Mög*lichkeit der Schaffung* einer „Vorzugsaktie" (Golden share) vor, die gestattet, bis zu fünf Jahren eine ausländische Beteiligung von über 15 Prozent zu verhindern. Damit soll das Risiko einer ausländischen Kontrolle in Bereichen wie der Rüstungs- und Erdölindustrie verhindert werden.

Andererseits ist vorgesehen, daß die in den zu privatisierenden Unternehmen tätigen Arbeitnehmer sich bis zu insgesamt zehn Prozent am Gesellschaftskapital beteiligen können. Diese Arbeitnehmeraktien sollen zu Vorzugskursen mit einem Abschlag von 20 Prozent abgegeben werden, wobei Zahlungsfristen bis zu drei Jahren gewährt werden sollen. Sie können im Fall der Barzahlung aber erst ein Jahr nach dem Erwerb und bei „Teilzahlung" nach völliger Erlegung des Kaufpreises abgestoßen werden. Jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf den Kauf von Aktien im fünffachen Wert des Jahreshöchstsatzes (47 400 Franc) der Veranlegung zur Sozialversicherung.

Der Verkaufspreis der 65 Staatsunternehmen soll nach der Verordnung von einer „Privatisierungskommission" festgelegt werden. Dieser „Rat der Weisen", dem sieben Persönlichkeiten angehören, wird die Preisvorschläge Wirtschafts- und Finanzminister Balladur zuleiten, der endgültig *entscheidet. Die Verkaufspreise dürfen* nicht unter den Schätzungen der Privatisierungskommission liegen.

Montedison kauft Fermenta

Chemiekonzern treibt die Internationalisierung voran

ds. Mailand

Der private italienische Chemiekonzern Montedison S. p. A. in Mailand hat von dem schwedisch-ägyptischen Unternehmer Refaat El Sayed dessen Anteile am schwedischen Pharma-Unternehmen Fermenta erworben. Für 43,9 Prozent am Kapital oder 78,2 Prozent der Stimmrechte zahlt Montedison einen Betrag, der in *schwedischen Finanzkreisen auf 500* bis 700 Mrd. Lire (725 bis 1015 Mill. DM) geschätzt wird. Das zweitgrößte italienische Unternehmen (15 Mrd. DM Umsatz) hat vor kurzem sein Kapital von 1114 auf 1665 Mrd. Lire erhöht. Es wird erwartet, daß die neue Akquisition eine weitere Aufstokkung erforderlich machen wird.

Mit dem Erwerb des Pharma-Unternehmens Fermenta, dessen Umsatz vor allem infolge einer Serie von Akquisitionen zwischen 1982 und 1985 von 95 Mill. auf 1,6 Mrd. Kronen zunahm, erweitert Montedison nicht nur seine ausländischen, sondern auch seine inländischen Positionen. Wie der Strategiechef des Unternehmens, Giorgio Porta, erklärte, stelle der Erwerb von Fermenta nur den ersten Schritt der forcierten Internationalisierung von Montedison dar. Gegenwärtig macht der italienische Chemiekonzern erst 20 Prozent seines Umsatzes im Ausland. Dieser Anteil soll schon kurzfristig auf 30 Prozent gebracht werden.

Im Inland erhält der Pharmabereich von Montedison durch die neue Akquisition einen Umsatzzuwachs, *der auf mindestens 400 Mrd. Lire* beziffert wird. Das ist der Umsatz, den die drei von Fermenta kontrollierten italienischen Pharma-Unternehmen Pierrel, Roferm und Prochim Re im Jahre 1985 erzielt haben; die größte dieser drei ist die seit 20 Jahren an der Mailänder Börse gehandelte Pierrel, die 1985 einen Umsatz von beinahe 160 Mrd. Lire und einen Reingewinn von 8,7 (5,4) Mrd. Lire erzielte.

Die neueste Akquisition stärkt den Montedison-Konzern vor allem im Bereich der Feinchemie, in der das Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz noch unterrepräsentiert ist. Die eigentlichen Stärken von Montedison sind bisher nur die Pharmachemie, die Fluorchemie und der Polypropylenbereich.

Kempinski sucht „Perlen" in Europa

tb. Berlin

Die Turbulenzen, in die der internationale Tourismus gekommen ist, spürt auch die Hotellerie. Bei der Kempinski AG, Berlin, haben einige Betriebe *in den ersten Monaten 1986* die hohen Umsätze und Erträge des Vorjahres erreicht oder werden sie wahrscheinlich bis Jahresende erreichen, während die Entwicklung in anderen Betrieben unter den Erwartungen liegt, erklärte Vorstandsmitglied Rolf Rödig gestern auf der Hauptversammlung in Berlin. Konkreter wollte Rödig zu diesem Thema auch auf Fragen von Aktionären nicht werden. Für die Zukunft gab sich der Vorstandssprecher optimistisch; Kempinski werde auch in schwierigen Zeiten einen beachtlichen Stellenwert haben.

Zu den internationalen Plänen hieß es, man habe die USA und Asien, vor allem aber die Volksrepublik China im Auge und werde auf dem Weg dorthin einige „Perlen" in Europa einsammeln.

Für 1985 wird eine Dividende von 12 (Vorjahr: 10) Prozent auf 13,75 Mill. DM Kapital ausgeschüttet. Es wurde *ein genehmigtes Kapital von 6,5 Mill.* DM bis 1991 geschaffen. Dafür wurde die 1982 erteilte Ermächtigung über vier Mill. DM genehmigtes Kapital aufgehoben.

Spanien steuert Breitbandsystem an

„Nationale Interessen behindern Fortschritte im europäischen Kommunikationswesen"

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der Anschluß an die elektronische Revolution gehört zu den wesentlichen Zielen der offiziellen Wirtschaftspolitik Spaniens. Entsprechend dieser Zielsetzung kontrahierte die Telefonica, Spaniens staatliche Telefongesellschaft, die kalifornische Pacific Telesis für den Bau eines Forschungszentrums, das allen Interessierten der Wirtschaft und der Forschung zur Verfügung stehen soll. Telefonica arbeitet seit langem mit ITT und seit zwei Jahren außerdem mit AT & T zusammen.

Es stellt sich die Frage, warum wurde für das neue Forschungsinstitut ausgerechnet ein amerikanisches Unternehmen gewählt wurde, obwohl doch Telefonica ihre nationale Aufgabe stets im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft betrachtet. Luis Solana, der Präsident der Gesellschaft, zeigt sich jedoch enttäuscht über das europäische Kommunikationswesen. Es sei nicht geeignet, die Integration eines Newcomers zu erleichtern.

Gerade auf dem Gebiet der Kommunikation, das für die Vereinheit*lichung doch prädestiniert sei, stün*den staatliche und nationale Interessen gegeneinander: „Wollte ich auf dem kurzen Wege durch die nordeuropäische Industrieregion mein Autotelefon benutzen, müßte ich mindestens drei verschiedene Systeme einbauen." So habe man sich auch im Hinblick auf die Erweiterung nach Übersee, vor allem Nord- und Südamerika, aber auch nach Japan, für das neutrale System der Bell Laboratories entschlossen, das sich nach allen Richtungen ausbauen lasse.

Die Ausgaben für die Errichtung des Forschungszentrums betragen umgerechnet etwas über *100 Mill.* DM. Zunächst einmal sollen dort 600 Techniker der Telefonica ausgebildet werden. Für Unterhalt und Betrieb der Anlage stehen jährlich etwa 80 Mill. DM zur Verfügung. Das Zentrum soll als Brücke *zwischen* Forschung und Industrie dienen.

Spanien bereitet sich entschlossen auf das Breitband-Kommunikationssystem vor. Unter Nutzung eines Fiberkabels – ein erstes Unterseekabel funktioniert bereits zwischen Teneriffa und Gran Canaria – sollen in einer Phase sowohl die audiovisuelle – also Fernsehtelefon – als auch die Datenübermittlung über den Bildschirm in das normale Telefonnetz einbezogen werden. Für das erste Transatlantik*kabel dieser Art wurde eine multina*tionale Gesellschaft mit spanischer, amerikanischer, britischer und kanadischer Beteiligung ins Leben gerufen.

Als heilsamen Zwang empfindet Luis Solana dabei die selbstgestellte Verpflichtung, zur Olympiade im Jahre 1992 in Barcelona optimale elektronische Möglichkeiten zur Übertragung in alle Welt, vor allem nach Übersee, zur Verfügung stellen zu können. Wie deutsche Fernsehtechniker anläßlich der letzten Fußball-Weltmeisterschaften vor vier Jahren in Madrid feststellten, habe schon *damals* die spanische Fernsehtechnik „das Feinste vom Feinen" geboten.

Neben den Vereinigten Staaten hat auch Japan die Chance eines Seiteneinstieges in Europa, zumindest aber auf den spanischen Markt, erkannt. Vor allem in Barcelona entstanden in den letzten zwei Jahren eine ganze Reihe von japanisch-spanischen Joint-venture-Unternehmen, die ausschließlich der elektronischen Entwicklung dienen.

Die spanische Industrie scheint sich der Abhängigkeit von den großen internationalen Firmen bewußt, sucht aber Wege zur Beteiligung mit eigenen Beiträgen. Als gutes Anzeichen hierfür wertet man das Interesse *der Bevölkerung, ablesbar an dem* starken Verkauf von Kleincomputern, der auf manchen Ebenen den europäischen Durchschnitt übersteigt.

B.L. sucht ein neues Image

AP, London

Der ehemalige britische Automobilkonzern British Leyland hat zum zweiten Mal innerhalb von nur acht Jahren seinen Namen gewechselt. Wie das Unternehmen in London mitteilte, beschloß die Aktionärsversammlung Anfang der Woche, daß der Konzern fortan unter der Bezeichnung Rover Group PLC (Public Limited Company) firmieren soll. Die Namensänderung betrifft jedoch nur die Muttergesellschaft. Erst 1978 hatte das Unternehmen seinen Namen von British Leyland in B.L. geändert.

Mit der erneuten Namensänderung möchte das britische Unternehmen sein Image loswerden, das in den vergangenen Jahren durch Streiks und Mißwirtschaft geprägt worden war. Seit der Übernahme des Konzerns durch die britische Regierung im Jahr 1974 sind bereits über zwei Mrd. Pfund (6,9 Mrd. DM) aus der Staatskasse in das Unternehmen geflossen.

Für das erste Halbjahr dieses Jahres hat der Konzern erneut eine Verschlechterung seiner finanziellen Lage im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gemeldet. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hatte das Unternehmen einen Verlust von 44,8 Mill. Pfund (154 Mill. DM) erwirtschaftet; 1985 betrug der Verlust vor Steuern 110,3 Mill. Pfund.

„Stiefkind der Wirtschaftspolitik"

Braas hat sich auf magere Baujahre eingerichtet

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Kurt Ruths, Geschäftsleitungs-Sprecher des Dachstein-Marktführers Braas & Co. GmbH, Frankfurt, sieht in den sehr schwachen Baujahren 1985 und 1986 die *„Normaljahre"* auch für die Zukunft: „Wir rechnen eher damit, daß der Markt bis Anfang der neunziger Jahre noch um 1,5 bis zwei Prozent jährlich schrumpft – die Branche ist zum Stiefkind der Wirtschaftspolitik geworden und wird es auch für geraume Zeit – wenn nicht für immer – bleiben".

Freilich: „Auch in einem verlorenen Haufen bieten sich noch Chancen". Braas selbst jedenfalls fühle sich nach der Anpassung an die kleineren Märkte – die 1985 unter anderem in einem Rückgang der Inlandsbelegschaft um 6,4 Prozent auf 2870 (3070) Mitarbeiter zum Ausdruck kam – gut in Form für die kommenden Aufgaben. Auch 1986 gilt es, mit einem mageren Markt fertigzuwerden: Das Unternehmen hat sich auf einen stagnierenden Absatz und nur leicht steigende Umsätze eingestellt – bei sehr konservativer Einschätzung.

Der kräftige Rückgang des Baumarkts im vergangenen Jahr hat aber auch bei Braas deutliche Spuren hinterlassen. So nahm der inländische Konzernumsatz um um gut 15 Prozent auf 597 (706) Mill. DM ab, der Umsatz der weltweiten Gruppe (mit 5000 Mitarbeitern und Schwerpunkten in den europäischen Nachbarländern und den USA) sank – auch währungsbedingt – um 10 Prozent auf 873 *(979) Mill. DM.*

Daß der ausgewiesene Jahresüberschuß bei einem solchen Rutsch und einigen Sonderbelastungen (unter anderem der Schließung der PVC-Halbzeugproduktion in Mannheim mit 180 Mitarbeitern) nur um 8 Prozent auf 36 (39) Mill. DM zurückging, lag an verschiedenen Einflüssen aus der außerordentlichen Rechnung. So fielen 1985 rund 25 Mill. DM an Erträgen aus Anlageverkäufen an, während hier 1985 noch 24 Mill. DM Verluste verkraftet wurden.

Andererseits ließ eine Betriebsprüfung den Steueraufwand trotz der gesunkenen Gewinne auf 40 (29) Mill. DM steigen, und die sonstigen Erträge, in denen unter anderem auch Kursgewinne verbucht sind, gingen auf 14 (25) Mill. DM zurück. Die tatsächlichen Ertragseinbußen beziffert Finanzchef Hubert Leitsch mit etwa 20 Prozent. Mit zurückhaltenden Sachinvestitionen von 28 (34) Mill. DM bei 32 (33) Mill. DM Abschreibungen trug Braas der unsicheren Entwicklung Rechnung. In diesem Jahr stehen 55 Mill. DM auf dem Investitionsplan.

PERSONALIEN

Wolfgang Krengel wurde mit Wirkung vom 15. August zum Mitglied des Vorstands der Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK), Berlin, bestellt. Er wird Nachfolger von **Karl-Heinz Klein**, der aus Altersgründen zum Jahresende ausscheidet.

Ernst W. Brutsche, Chief Executive-Group Treasury der Midland Bank, London, und persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus + Burkhardt KGaA, Düsseldorf, und **Herve de Carmoy**, Chief Executive-International der Midland Bank, werden zum 1. September 1986 in den Board der Bank berufen.

Dr. **Heinz W. Hahn**, Vizepräsident des Iveco Steering Committee, wurde zum Präsidenten der FISITA Federation Internationale des Societes d'Ingenieurs des Techniques de L'automobile, Dachorganisation der nationalen Automobil-Ingenieurgesellschaften gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Josef Gilbert** (USA) an.

U. S. Steel ändert Namen und Struktur

Stahlgeschäft beteiligte sich im letzten Jahr nur noch mit einem Drittel am Umsatz

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein traditionsreicher Name wird geändert: Die United States Steel Corp., 1901 von Andrew Carnegie, J. P. Morgan, Elbert Gary und William Moore als kapitalstärkstes Unternehmen der Welt in Pittsburgh gegründet, heißt künftig USX Corporation. Das „X" steht für das Ticker-Symbol, unter dem die Aktien seit 1924 an der New York Stock Exchange gehandelt werden.

Der Namenswechsel ist Ausdruck einer Politik, durch die sich das Unternehmen in den letzten Jahren immer mehr vom Stahlgeschäft entfernt hat. Von einem Umsatz, der 1985 rund 18,4 Mrd. Dollar ausmachte, entfielen 53,4 Prozent auf Rohöl und Erdgas, 34 Prozent auf Stahl und 12,6 Prozent auf chemische Produkte, Anlagebau und andere Bereiche. Im selben Jahr erreichte der Reingewinn 409 Mill. Dollar, wobei die Stahlwerke wieder rote Zahlen schrieben.

Mit dem neuen Firmentitel einher geht die Umstrukturierung des Konzerns, der nahezu 80 000 Mitarbeiter beschäftigt. Der Muttergesellschaft USX Corp. untergeordnet werden vier selbständige Unternehmenseinheiten: die Marathon Oil Company in Findlay, Ohio, unter William Swales, der Stahlkomplex USS in Pittsburgh, Pennsylvania, die U. S. Diversified Group, ebenfalls in Pittsburgh, und die Texas Oil & Gas Corp. in Dallas.

Mit Marathon Oil und Texas Oil & Gas ist USX die Nummer elf unter den führenden amerikanischen Energiefirmen. Marathon wurde 1982 für 5,9 Mrd. Dollar erworben; seitdem ist der Konzern mit 49,5 Prozent am Yates-Feld in Texas und mit 38 Prozent am üppig ausgestatteten Brae-Feld in der Nordsee beteiligt. Texas Oil & Gas, die den Konzernumsatz auf 21 Mrd. Dollar katapultieren wird, kostete 3 Mrd. Dollar.

USS bleibt Amerikas größter Stahlproduzent, wird aber in drei Betriebsabteilungen umorganisiert: Fein- und Weißbleche, Schwerprodukte und Rohstoffe. Die Maßnahme zielt auf größere Flexibilität und einen besseren Kundendienst. Obwohl mehr als 150 Stahlwerke und andere Fazilitäten geschlossen wurden, was die Kapazität um etwa 30 Prozent verringerte, liegen die Herstellkosten immer noch um ein Viertel über den japanischen. In der Stahlkrise 1982/83 addierten sich die Betriebsverluste des Konzerns auf 1,5 Mrd. Dollar.

Zurückgewiesen hat der Vorsitzende der USX Corp., David Roderick, Gerüchte, wonach der Namenswechsel den endgültigen Ausstieg aus dem Stahlgeschäft einleiten soll. Als sicher muß aber gelten, daß die Stahlkapazitäten weiter getrimmt werden. In 85 Jahren hat U. S. Steel immerhin mehr als 1,3 Mrd. Tonnen Stahl gekocht; heute erreicht der US-Marktanteil noch nicht einmal 16 Prozent.

Die U. S. Diversified Group umfaßt Chemikalien, die Stahl-Service-Zentren, den Anlagenbau, Consulting, Konstruktionsdienste, Immobilien, Transport und die Herstellung von Ausrüstungen für den Energiesektor.

Zusammenschluß rechtswirksam

VWD, Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin wird das Untersagungsverfahren Kloeckner/SEN vor dem Kammergericht Berlin nicht weiterführen. Damit ist der 1982 erfolgte Zusammenschluß rechtswirksam. Wie das Bundeskartellamt mitteilte, haben die *Unternehmen auf den Märkten* für Flaschenreinigungs-, Abfüll- und -verschließmaschinen heute keine überragenden Marktstellungen mehr.

Die Berliner Behörde hatte 1983 den Zusammenschluß der Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, mit der Kloeckner-Tochter Holstein und Kappert GmbH, Dortmund, untersagt, weil beide Unternehmen mit Abstand die führenden Anbieter auf dem Gebiet der Flaschenreinigungs- und Getränkeabfüllmaschinen seien und durch den Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung erreicht hätten. Mit der jetzigen Entscheidung ist das seit drei Jahren anhängige Kartellverfahren abgeschlossen.

Bisher unter Vorjahreswert

Entwicklung bei Triumph Adler „noch nicht zufriedenstellend"

dpa/VWD, Nürnberg

Der Umsatz der Triumph Adler AG, Nürnberg, ist im ersten Halbjahr 1986 unter dem Vergleichswert des Vorjahres geblieben. Der Vorstandsvorsitzende der VW-Tochter, Wolfram Nadebusch, erklärte dies auf der Hauptversammlung in Nürnberg mit einer schwächeren Gesamtnachfrage und der Währungsentwicklung. Diese allein habe zu einem Verlust von 20 bis 30 Mill. DM geführt. Zudem stagniere der Büroschreibmaschinenmarkt in der Bundesrepublik, und in *den USA sei er rückläufig.* Dennoch rechnet Nadebusch für das zweite Halbjahr mit einer Geschäftsbelebung durch neue Produkte.

Obwohl der Umsatz 1985 um 17 Prozent auf 1,05 Mrd. DM stieg, und *der Verlust des seit 1979 defizitären* Unternehmens verringert wurde, sei die Entwicklung „noch nicht zufriedenstellend", sagte Nadebusch. Die Ergebnisrechnung schließt, begünstigt durch die Auflösung von 50 Mill. DM Rückstellungen und die Übernahme von 70 (Vorjahr 346) Mill. DM Verlusten durch die Muttergesellschaft Volkswagen AG mit einem Jahresfehlbetrag von 0,11 Mill. DM ab. Damit erhöhte sich der ausgewiesene Bilanzverlust der AG auf 285,16 Mill. DM. Nadebusch rechnet bei „enormen Anstrengungen" damit, aus eigener Kraft 1987 die *„Oberfläche zu durchstoßen".*

Aufsichtsratsvorsitzender Horst Münzner – er ist gleichzeitig stellvertretender VW-Vorstandsvorsitzender – verneinte die Möglichkeit einer Rückerstattung der bisher 818,1 Mill. DM Verlustübernahmen an die Mutter VW. Mit dem Zustandekommen des noch durch das Bundeskartellamt zu genehmigenden Verkaufs von 98,4 Prozent des Grundkapitals von 80,5 Mill. DM an die italienische Olivetti SpA, Ivrea, werde VW darauf „auf Ewigkeit" verzichten, sagte Münzner. Die Höhe des Kaufpreises stehe noch nicht fest, da Wirtschaftsprüfer noch mit der Unternehmensbewertung befaßt seien.

Conti rollt gut durch 1986

Auf der HV beunruhigte nur die Schwäche des Dollar

KLAUS WÄGE, Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, nach eigenen Angaben die Nummer zwei unter den europäischen Reifenherstellern, konnte auch 1986 bisher gute Resultate erzielen. Wie Vorstandsvorsitzender Helmut Werner nicht ohne Stolz auf der *Hauptversammlung* des *Unternehmens* vor rund 600 Aktionären in Hannover erklärte, hat sich die Ertragslage in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres gegenüber dem vergleichbaren *Vorjahreszeitraum* noch einmal deutlich verbessert.

Die Umsätze im Konzern als auch in der AG lägen aber nur leicht über Vorjahresniveau. Nach der Einschätzung von Werner dürfte in diesem Jahr insgesamt eine Umsatzsteigerung von etwa fünf Prozent zu realisieren sein, wobei sich *technische* Produkte und der Bereich Beteiligungen besonders bewähren würden. 1985 war der Weltumsatz mit der neuen österreichischen Tochter Semperit-Reifen AG um 41,6 Prozent auf 5 Mrd. DM gestiegen. Ohne Semperit war immer noch ein Plus von 11,7 Prozent auf 3,9 Mrd. DM erreicht worden. Der Jahresüberschuß im Konzern war auf 77,2 (1984: 41,2) Mill. DM geklettert.

Trotz *Optimismus* wies Werner auf Unsicherheiten hin, die durch die Dollarschwäche entstehen. Unklar sei beispielsweise, ob sinkende Exportaufträge in der Kautschukindustrie *durch* eine *steigende* Inlandsnachfrage ausgeglichen würden.

In der Diskussion lobten Aktionärssprecher den Vorstand. Bei einer sehr niedrigen Präsenz von 35,1 (44,2) *Prozent* verabschiedete die HV alle Tagesordnungspunkte mit großer Mehrheit. Beschlossen wurde eine auf 5 (3) DM je 50 DM-Aktie erhöhte Dividende. Geschaffen wurde auch ein Aktien-Optionsplan für rund einhundert Conti-Führungskräfte, die dadurch stärker an den Konzern ge*bunden* werden *sollen*. Die HV stimmte daher der Schaffung eines bedingten Kapitals von 10 Mill. DM zu, das durch die Begebung eines Wandeldarlehens von 2 Mill. DM erfolgen wird, und das das Recht zum Bezug von Conti-Aktien im Verhältnis 1:5 zum Kaufpreis von mindestens 200 DM pro Aktie gewährt.

Den Chemieverlust verdaut

Rheinbraun mit unveränderter Gewinnabführung

J. G. Düsseldorf

Auf Selbstfinanzierungsmaßnahmen habe man „weitgehend verzichten" müssen. So umschreibt die Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, auch in ihrem 1985er Geschäftsbericht die Tatsache, daß man zwar abermals nur 1,3 Mill. DM zur Rücklagenstärkung auf jetzt 427 Mill. DM einsetzte, die 784 (820) Mill. DM Sach*investitionen* jedoch mehr als bequem aus einer insgesamt um 42 Prozent über die Investitionssumme hinausragenden Innenfinanzierung – darin 787 (790) Mill. DM Abschreibungen – decken konnte.

Kommod gebettet in Finanzstruktur und Ertragskraft zeigt sich die *größte Tochter des RWE-Konzerns* (500 Mill. DM Aktienkapital) weiterhin: Bei 3,18 (3,19) Mrd. DM Umsatz mit 16 975 (16 918) Beschäftigten und nur noch 21 (41) Mill. DM Zinsaufwandsaldo wurde an die Organmutter immerhin noch ein Bruttogewinn von 175 (187) Mill. DM abgeführt, nach Steuern unverändert 80 Mill. DM. Zwei wesentliche Belastungen wurden dabei glatt verdaut.

Erstens hatte Rheinbraun von der Organtochter Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG (UK), Wesseling, einen nun fast die Höhe des Aktienkapitals (234 Mill. DM) erreichenden Verlust von 212 (142) Mill. DM aus 5,6 (5,4) Mrd. DM Umsatz zu übernehmen, weil UK mitten in der Restrukturierung ihres Raffinerie/Petrochemie-Geschäfts in den Strudel des Ölpreisverfalls geriet. Zweitens minderten die RWE-Kraftwerke 1985 ihren Braunkohlebezug um 7,3 Prozent auf 84,7 Mill. Tonnen, womit der gesamte Absatz um 4,9 Prozent auf 114,5 Mill. Tonnen zurückging.

Wichtigster Ausgleich für diese *Verschlechterungen von Beteili*gungs- und Betriebsergebnis: Durch Wegfall der 1984 hohen Vorruhestand-Vorsorge sank der Personalaufwand auf 1,17 (1,33) Mrd. DM oder nur noch 39,9 (34,5) Prozent des Rohertrages. – Einen Ausblick auf 1986 bietet der Vorstand nicht, betont aber, daß neben der Kernenergie die Braunkohle zur Deckung des Grundlaststrombedarfs „prädestiniert" bleibe.

Opel setzt auf umweltfreundliche Autos

Mit einem Gewinn wird erst ab 1987 gerechnet – Zulassungszahlen geben Anlaß zur Hoffnung

HARALD POSNY, Rüsselsheim

Auch im laufenden Jahr, dem dritten seit 1983, wird die Adam Opel AG, Rüsselsheim, nicht aus der Verlustzone herausfinden. Das Jahr 1986 hat zwar dank verbesserter Absatzlage und höherer Rentabilität bislang schwarze Zahlen gebracht, doch wird die zweite Jahreshälfte noch zu hohe Belastungen für Abschreibungen, Kosten für auslaufende Modelle und Aufwendungen für den Anlauf neuer Produkte und deren Markteinführung erfahren, so daß mit einem Gewinn erst ab 1987 zu rechnen ist. Hier *allerdings sind sich Vorstandsvorsitzender* Horst W. Herke und Finanzchef Ferdinand Schwenger ganz sicher: „1987 wird Opel von größerer Normalität und der Rückkehr zu schwarzen Zahlen geprägt sein."

Schon jetzt geben die Zulassungszahlen Anlaß zu der Erwartung, daß Opel vor dem Hintergrund eines Inlands-Zulassungsrekords von annähernd 2,7 Mill. Pkw daran teilhaben wird. In den ersten fünf Monaten stiegen die Inlandsverkäufe um zwölf Prozent auf rund 188 000 Stück. Das entspricht einem Marktanteil von 15,3 (15,9) Prozent, *der sich gegenüber* dem Vorjahr jedoch noch merklich absetzt. Die Exporte gingen wegen niedrigerer Englandverkäufe zurück.

> *Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Automobilgeschäft stellen sich wie selten günstig dar. In Bezug auf Geldwertstabilität, Entwicklung der Realeinkommen und Wirtschaftswachstum muß man von einer einmaligen Konstellation sprechen, die leider nur von anhaltend hohen Arbeitslosigkeit getrübt wird.*
>
> Dr. Horst W. Herke, Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG

Daß Opel im europäischen Ausland (*98 Prozent des Exports*) um einiges erfolgreicher ist als in der Bundesrepublik (in Ländern wie Holland, Belgien, Dänemark, Griechenland und in der Schweiz hält Opel Spitzenpositionen), mag der Vorstand nicht eingehend analysieren. Nur soviel scheint sicher: Die Einführung umweltschonender Fahrzeuge war dort wesentlich reibungsloser.

Unzufrieden sei man mit dem *Markterfolg* des neuen *Kadett in* Deutschland, obwohl er mit 60 Prozent wieder der meistgefertigte Opel-Typ ist. Über den USA-Export und dessen Wirtschaftlichkeit wird immer diskutiert, aber konkrete Pläne bestehen nach den Worten Herkes nicht. Sie werden wohl auch künftig kaum zu erwarten sein.

Auf der anderen Seite beginnt sich jetzt auch die *zunächst zögernd*, dann mit steigender Intensität ausgebaute Produktpalette an umweltfreundlichen Fahrzeugen auszuzahlen. Immerhin wurde mehr als 1 Mrd. DM in *die Schadstoffreduzierung* investiert. In jeder Klasse verfügt Opel jetzt über Fahrzeuge mit geregeltem beziehungsweise ungeregeltem Katalysator, Abgasrückführung sowie Beipacklösungen und Nachrüstmöglichkeiten.

Als erste deutsche Marke baut das Unternehmen den *schadstoffreduzierten* 1,3-Liter-Kadett Euronorm, nach den Werksferien im Herbst auch den 1,6-Liter-Ascona. *Damit* bringt Opel zwischen 80 und 85 Prozent seines Verkaufsvolumens serienmäßig schadstoffreduziert auf den Markt. Die Wagen unterschreiten schon heute die erst ab Ende 1990 in Europa geltenden Abgasgrenzwerte und die noch strengeren US-Normen von heute. Außerdem erfüllen alle Diesel-Versionen die EG-Abgas-Richtlinien, der 1,6-Liter-Diesel sogar die strengen US-Vorschriften von 1987.

Und auch dies hat sich Opel erhebliche Summen kosten lassen:

- mehr als 80 Prozent der Modelle erfüllen die erst ab 1988 in der EG geltenden Geräuschwerte von 77 dB (A),
- der durchschnittliche Flottenverbrauch wurde auf 7,3 Liter pro 100 km reduziert,
- die Scheibenbremsen sind asbestfrei, ab Ende 1986 auch die Trommelbremsen,
- Opel fährt cadmium- und in der Lackierung fast lösungsmittelfrei.

Mit diesem Pfund will Opel künftig wuchern. *Nach 1,5 Mrd. DM 1985* sind für dieses Jahr 1,25 Mrd. DM an Investitionen vorgesehen, von 1985 bis 1990 insgesamt 6,25 Mrd. DM. Darunter sind rund 750 Mill. DM für Umweltschutzmaßnahmen. Fast 52 Prozent der Summe sind modellgebundene Ausgaben, 41 Prozent Aufwendungen für Modernisierung, Ersatz und Rationalisierung.

Im Rahmen einer Milliarden-Inve*stition steht in Rüsselsheim „die wohl* modernste Automobil-Fertigungsstätte Europas" (Herke) vor der Vollendung, aus der in wenigen Wochen der Rekordnachfolger „Omega" vom *Band laufen wird. Die hohen Investi*tionen, die das Unternehmen auch im Produktivitätsfortschritt deutlich nach vorn bringen sollen, haben bereits 1985 dazu geführt, daß mit geringerer Belegschaft eine Mehrleistung erzielt wurde.

Das ist für Opel um so wichtiger, als „unter heutigen Wettbewerbsverhältnissen die Belastungen aus solchen Investitionsanstrengungen nicht so schnell zu verkraften sind wie das vielleicht früher einmal möglich war, sagt Herke. *Die Mitarbeiter*zahl wird sich wie schon 1985, im laufenden Jahr eher weiter verringern. In den ersten fünf Monaten waren mit 56 360 rund 900 Menschen weniger beschäftigt, übers Jahr 2000 weniger. Dies geschehe über die „hohe natürliche Fluktuation", sagt Personalvorstand Walter Schlotfeldt.

Die Ankündigung, auf diesem Weg, „automationsbedingt" auch die Belegschaft des Getriebe- und Achsenwerks Kaiserslautern um 500 auf 5800 zu verringern, sei vorerst nur eine Planzahl. Man werde den Betroffenen Arbeitsplätze in Rüsselsheim anbieten. Diese wird man vielleicht auch benötigen, wenn 1987, mit dem Anbruch „besserer Zeiten", die Produktion mit den *vorhandenen Kräften* nicht stärker hochgefahren werden kann.

Adam Opel AG	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	14 795	+ 14,9
Produktion [1] *(Stück)*	*938 071*	*+ 17,9*
Absatz [2]	986 004	+ 18,4
davon Export	603 527	+ 31,2
Exportquote (%)	*61,3*	*(55,2)*
Inlandszulass.	382 477	+ 2,6
Marktanteil (%)	15,5	(16,3)
Mitarbeiter [3]	*57 273*	*- 4,0*
Personalaufwand	3535	+ 7,5
Sachanl.-Invest.	1564	+ 68,3
in % v. Umsatz	5,7	(7,3)
Sachanl.-Abschreib.	936	+ 7,8
Brutto-Cash flow [4]	605	+ 47,9
in % v. Umsatz	4,1	(3,2)
Netto-Cash flow [4]	537	+ 39,8
in % d.Sachanl.Invest.	34,3	(40,8)
Jahresfehlbetrag	135	(695)

[1]einschl. 340 442 (307 284) in Antwerpen in Opel-Auftrag gefertigte Fahrzeuge; [2]einschl. 47 568 (40 512) in Spanien gefertigte Fahrzeuge; [3]Jahresende; [4]nach Angaben der Verwaltung.

Zubrot zum Zuckergeschäft

Pfeifer & Langen wächst mit einer Diversifikation

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Auf wohl dauerhaft stagnierendem bis leicht rückläufigen Markt für ihr Hauptprodukt Rübenzucker hat die 116 Jahre alte Kölner Familienfirma Pfeifer & Langen KG in den Fesseln von *EG-Quotensystem* und (reduziertem) Interventionspreis Federn lassen müssen. Der bei 299 000 (268 000) Tonnen Zuckerproduktion und 1410 (1440) Beschäftigten auf 805 (880) Mill. DM gesunkene *Gesamtumsatz* (ohne Beteiligungen) überzeichnet das zwar, weil 43 Mill. DM Vertriebsleistung für eine Beteiligung (Krüger) in deren Eigenregie überführt wur*den, so daß das echte Umsatzminus* bei einem Prozent lag.

Aber auch der Jahresüberschuß von 17,3 (15,6) Mill. DM gibt ein falsches Bild. Denn er wurde 1984 durch *3,2 Mill. DM versteuerte Pensions*rückstellungen für die Gesellschafter gedrückt und jetzt durch Reduzierung der in besseren Jahren gebildeten Preissteigerungsrücklage geschönt. Der (verschwiegene) Gewinn vor Steuern sei um sieben Prozent gesunken. Immerhin reichte es bequem zur „traditionellen" Gewinnausschüttung von 7,8 Mill. DM, wonach das Eigenkapital noch auf 215 (206) Mill. DM verstärkt wurde *und* nebst der Hälfte der Rücklagen-Sonderposten eine weiterhin respektable Bilanzquote von *39,0* (40,6) Prozent ausmacht. Die 31,4 (35,5) Mill. Sachinvestitionen wurden überreichlich aus 38,3 (33,7) Mill. DM Abschreibungen finanziert.

*Aus dem Erfolg ein halbes Jahr*zehnt hindurch mit Schwerpunkt der Energieeinsparung gewidmeten Investitionen und der vom zweiten Halbjahr (nach schwacher erster Jahreshälfte) erhofften Belebung des Zukkerabsatzes erwartet das Geschäftsführer-Quartett für 1986 die Rückkehr zu dem guten 1984er Ertragsniveau. Die künftigen Investitionen sollen ihren Schwerpunkt bei der Strukturverbesserung durch „schrittweise" Konzentration der Produktionsstandorte haben.

Das gilt auch für die Anfang 1986 für 45 Mill. DM (mit Bankkrediten) erworbene Lippe-Weser Zucker AG, Lage, (58 000 t Zuckerquote, 132 Mill. *DM Umsatz*). Mit dieser *jetzt fusionierten* Firma hat Pfeifer & Langen seine regionale Absatzposition zumal im östlichen Ruhrrevier und seine Stellung als zweitgrößter deutscher *Zuckerproduzent gestärkt*.

Trotz dieses Neuengagements bleibt Wachstum aus der Enge des Zuckermarktes heraus die wichtigste Strategie. Vor allem aus den beiden *50-Prozent-Beteiligungen Convent* Knabber-Gebäck (206 nach 194 Mill. DM Umsatz) und Krüger-Instant-Granulate (113 nach 104 Mill. DM) brachte das Beteiligungskonto bei 34,5 Mill. DM Buchwert 7,6 (8,8) Mill. DM Erträge. Die Tochter Messmer-Tee (63 nach 51 Mill. DM) will man ab 1987 aus den roten Zahlen haben.

Produktinnovationen forciert das Stammhaus auch in seinem aus früherer Zuckerfabrik zum Biotechnik-Zentrum umgewandelten Werk Dormagen. Mit einer inzwischen breit gewordenen Produktpalette auf Basis von Zucker und Weizenmehl wurde hier 1985 der Umsatz um 22 Prozent auf 27 Mill. DM gesteigert. Die Aussicht jedoch, daß biotechnische Pro*duktion großen Stils, etwa in der Et*hanol-Erzeugung aus Rübenzucker oder Weizen, die EG-Agrarpolitik hier aus Überschußproblemen erlösen könnte, verweist die Geschäftsführung nach dem Ölpreisverfall erst recht ins Land der Träume.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Car-Rent-Service Vermietung von Gebrauchtwagen GmbH; **Achim:** *Maria* Pfister, Sportstudio Achim; **Ahrensburg:** Ofen-Kunst Ges. handwerklicher Kachelofenbau mbH; **Augsburg:** Hans Trinkl Apparatebau GmbH; Albert Adelmann; **Bad Segeberg:** CK-Küchen Handels GmbH, Leezen OT *Krems 1*; **Balingen:** *Karl Hopt GmbH* Elektrotechnische Fabrik, Schömberg-Schörzingen; **Bayreuth:** Motorsporthandelsges. mbH; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Fritz Hartmann; **Celle:** Heinrich Dormeier, Hermannsburg; **Hamburg:** Wilhelm Thümecke (GmbH & Co.); **Gütersloh:** CZE Computer Zubehör- u. Ersatzteilvertriebs GmbH, Verl 2; *Pro Comic Verlagsges.* mbH; Fritz Witlake Möbelfabrik gmbH & Co.; Fritz Witlake Verwaltungs-GmbH; **Hameln:** KG i. Betonwerke Verständig GmbH & Co. i. L., Salzhemmendorf; **Ibbenbüren:** Hubert Remmers, Kaufmann; **Köln:** Willibald *Abels Fleischwaren GmbH*; **München:** Frhr. v. Schaezler Schloß- u. Grundstücksverwaltungs GmbH; Franz Gober KG; Lorenz Kottmayer, ehem. Gaststätte u. Metzgerei; **Nürnberg:** Nachl. d. Robert Meier, Inh. d. Autolackiererei Meier.

Aktien überwiegend stabil

Großanleger kaufen auf der jetzt erreichten Kursbasis

DW. – Weiterhin unbeeindruckt von der Schwäche der New Yorker Aktienbörse und dem stark schwankenden Dollar wurde der Handel an den deutschen Börsen abgewickelt. Das private Publikum tendiert jedoch weiterhin zu Verkäufen. Wenn sich die Kurse der meisten Standardwerte einigermaßen behaupteten, so lag dies an den Aktivitäten einiger institutioneller Anleger. Da in den nächsten Wochen nicht mit einer freundlicheren Tendenz gerechnet wird, sehen die Käufer keinen Grund, jetzt schon forciert in den Markt zu gehen.

Für Unsicherheit sorgte am Mittwoch der weiter sinkende Ölpreis, weil zur Zeit niemand zu sagen vermag, welche Auswirkungen er letztlich auf die Unternehmenserträge haben wird. Immerhin konnte sich der Kurs der „ölempfindlichen" BASF-Aktien ebenso wie die anderen Papiere der Großchemie behaupten. Bankaktien waren größtenteils erholt. Gut behauptet Siemens; obwohl der jetzt veröffentlichte Halbjahresbericht sehr unterschiedlich kommentiert wird. Niemand rechnet aber ernsthaft mit einer Dividendenkürzung. Bei Feldmühle Nobel immer noch Abgaben aus dem Kreis der Zeichner. Sie haben die Hoffnung aufgegeben schon in absehbarer Zeit ihre Papiere mit Gewinn oder wenigstens zum Einstand verkaufen zu können. Gleiches ist bei der Viag der Fall. Maschinenbauaktien uneinheitlich. Immer noch unter Druck MAN-Stämme. Dagegen scheinen KHD-Aktien nunmehr eine Widerstandslinie gefunden zu haben. Das gleiche dürfte bei Horten der Fall sein.

Frankfurt: Holzmann erholten sich um 15 DM; Massa zogen um 5 DM und Tucher um 13,20 DM an. Adler büßten 15 DM, Esslinger Maschinen und Rheinmetall jeweils 10 DM ein.

Düsseldorf: Audi verminderten sich um 30 DM, Bilfinger gaben um 8 DM und Heinrich um 10 DM nach. Kochs Adler zogen um 5 DM und Nino um 3 DM an. Gildemeister verbesserten sich um 7 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi erholten sich um 4,50 DM und Bremer Vulkan um 5 DM. Hapag Lloyd schwächten sich um 8 DM ab. Markt- und Kühlhallen gaben um 4 DM nach.

Berlin: Engelhardt zogen um 15 DM und Dt. Hypobank Berlin um 10 DM an. Berliner Elektro verbesserten sich um 4 DM. Detewe büßten 10 DM, Berthold 7,90 DM und Kempinski 6 DM ein.

München: Aigner gaben um 15 DM und Binding um 10 DM nach. Cassella verloren 15 DM. Agrob St. stiegen um 8 DM und Audi um 9 DM. Deckel befestigten sich um 5 DM.

Stuttgart: Mercedes wurden um 19 DM und Daimler um 8 DM heraufgesetzt. Aesculap konnten sich um 4 DM und IWKA um 11 DM verbessern. Traub stiegen um 4 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 256,60 (255,50)
WELT-Umsatzindex: 3390 (4854)
Advance-decline-Zahl: 111 (115)
50-Tage-Linie: 272,60 (273,15)
200-Tage-Linie: 269,25 (269,02)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		9.7.	8.7.
H	Aach M Betl. 12,5	1980	1990
H	Aach. M. Vers 7	1600	1590
D	Aach. Rück. 9	2500T	2600T
D	Asea *4	415T	410T
M	Ach-Gögg. 6	167bB	164
H	Adca 3	154	158
D	Adler 12+16	290bD	328
F	AEG 0	285,5	284,2
D	AEG KABEL 9	375	388
S	Aesculap 9	390	386
F	AGAB 5	154	154
D	Agrippina *0	5500	3600T
M	Agrob *0	182	174

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Toronto

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Junge Aktien

LANCIA. NOCH MEHR RASSE IN DER ▌TT



DER NEUE LANCIA PRISMA.

Wer in der europäischen Mittelklasse zur Spitzenklasse gehören will, braucht Ehrgeiz, Können und Erfahrung. Alles gute Lancia-Tugenden. Und deshalb stellen wir uns ständig der Herausforderung des Marktes. Jetzt in der Mittelklasse. Wir haben beim Lancia Prisma (der Limousine) und beim Lancia Delta (dem Kompakten) fast jedes Detail in Frage gestellt und neu beantwortet. Nur eines nicht: Das inzwischen klassische Lancia-Konstruktionsprinzip der quer eingebauten Frontmotoren und der Einzelrad-Aufhängung aller vier Räder. Fast alles andere ist neu.

Der Frontspoiler ist größer und hat Platz für integrierte Zusatzscheinwerfer. Die hinteren Stoßflächen greifen weiter um die Karosserie herum.

Die Sitze sind ergonomisch neu geformt. Die Instrumente wurden neu gezeichnet. Die Heizungs- und Lüftungsanlage hat noch mehr Luftdurchsatz. Die Schaltung arbeitet leichter. Bedienungshebel und Knöpfe wurden neu angeordnet. Die Lautsprecherpositionierung wurde akustisch verbessert. Straßenlage und Lenkung wurden weiter optimiert.

Einige Versionen erhielten Lenkungsdämpfer. Beim Prisma ist die Front jetzt leicht nach hinten geneigt (wie beim Lancia Thema), um den Luftwiderstand noch mehr zu verringern.

Am meisten hat sich bei den Motoren getan: Das Triebwerk des Prisma 1500 erhielt einen neuen Vergaser mit Schubabschaltung, eine elektrische Gemischvorwärmung im Ansaugrohr und eine hochmoderne Kennfeld-Zündung. Es leistet 55 kW/75 PS und macht diese Variante 160 km/h schnell. Der Verbrauch konnte noch weiter auf 5,8 l/100 km bei 90 km/h, 7,7 l bei 120 km/h und 9,5 l im Stadtverkehr gesenkt werden (bleifreies Normalbenzin).

Die 1,6-l-Maschine im Prisma 1600 i.e und im Delta 1600 i.e. GT wurde weit gehend neu konstruiert. Der Zylinder kopf wurde um 180° gedreht. Die Aus puff-Seite liegt jetzt vorn direkt im kühlenden Fahrtwind, die neue Einspritz anlage IAW von Weber Marelli ist gegen Winterkälte auf der Hinterseite des Motors geschützt. Die Grundform des Aggregats mit zwei obenliegenden Nockenwellen

هكذا من الأصل

هكذا من الأصل

DE ITTELKLASSE.

eb unverändert. Modifiziert wurden erster Linie der Zylinderkopf, die ockenwellen, die Kolben sowie das nsaug- und Auspuffsystem. Die IAW-nspritzung kombiniert Zündung (mit tischer Kontrolle) und Einspritzanlage; ide werden von einem elektronischen euerelement versorgt. Der Motor lei-et damit 80 kW/108 PS, das Dreh-oment wurde gegenüber der Vergaser-rsion nochmals gesteigert und die öchstgeschwindigkeit stieg auf 185 km/h. gebnis: Dieser neue 1,6-l-Einspritzmotor temperamentvoll und drehfreudig, durch-gstark und elastisch – und zudem leise d sparsam.

DER NEUE LANCIA DELTA.

Den Lancia Delta gibt es demnächst auch mit dem sportlichen 2-Liter-Turbo-Diesel-Motor aus dem Lancia Prisma mit 59 kW/ 80 PS und 170 km/h Spitze. Mehr war beim besten Willen nicht zu verbessern. Überprüfen Sie es selbst. Bei einer Probefahrt.

Lancia Delta 1300 Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1280 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 14,3 Sek., 163 km/h.

Lancia Delta 1500 Automatik Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 59 kW/80 PS, 3-Gang-Automatik, 0–100 km/h 14,3 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1500 Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,1 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1600 i.e. und Lancia Delta 1600 i.e. GT Vierzylinder-Reihenmotor mit 2 obenliegenden Nockenwellen, IAW-Einspritzung, 1574 ccm, 80 kW/108 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 10,0 Sek., 185 km/h.

Lancia Prisma und Lancia Delta turbo diesel Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1911 ccm, 59 kW/80 PS, KKK-Turbolader und Ladeluftkühlung, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,9 Sek., 170 km/h.

LANCIA



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Öffentliche Langläufer schwächer

Da sich in den USA die vielfach vorausgesagte weitere Zinssenkungsrunde zu verzögern scheint und in der Bundesrepublik mit einer autonomen Rücknahme der Zinsen vorerst nicht zu rechnen ist, blieb der Rentenmarkt ohne Anregungen. Öffentliche Langläufer wurden in der Masse bis zu 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Teilweise gingen die Einbußen aber auch bis zu einem halben Punkt. Der Druck wird auch mit der bevorstehenden neuen Bundesanleihe in Verbindung gebracht.

		9.7.	8.7.
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	3?5G	3?5G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	97,75	98,25G
F	6¼ dgl. 83 m. O	2?5T	2?5T
F	8¼ dgl. 85 o. O	94,75	95
F	3¾ dgl. 85 m. O	220	217T
F	3¾ dgl. 85 o. O	93,5	94
F	6¾ dgl. 86 m. O	150	1?9
F	6¼ dgl. 86 o. O	99,5	99,5
F	3¾ Didier 85 m. O.	151G	15?
F	3¾ Didier 85 o. O	79G	79G
F	4 Dresdn.Bk. 85 m. O	183G	18?
F	4 dgl. o. O.	94,5	95
F	8 dgl. 84 m. O	258G	2?0G
F	8 dgl. 84 o. O.	103,75	107,1
F	6¾ dgl. 86 m. O.	171	1?2
H	6¾ dgl. 86 o. O.	100,15	100,15
F	3¾ Fau 84 m. O	129	129G

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	9.7.	8.7.
8 Afr. Entwbk. 79/87	10?,25G	10?,?5
10 dgl. 82/89	109,5	109,5?
8 dgl. 84/91	10?,75G	10?
9 Air Canada 82/92	1?5,5G	1?5,5
7¾ dgl. 85/93	10?,25	10?,75G
9¼ Akzo 82/89	104,75T	104,75bG
7¾ Allied Chem 84/94	103,5	104G
8¼ AMCA Ltd. 85/9?	104,5T	104,?
8¼ A.N.A.S. 85/88	104	104,5
8¼ dgl. 84/91	107G	106,75

	9.7.	8.7.
8¼ E.D.F. 82/92	107,75	109,5G
8¼ dgl. 83/93	108,4	108,5
7 Electrobras 77/87	100,75T	100,5T
7 dgl. 77/87	100,05	100,05
5¼ Elf Aqu. 78/88	101,25	101,25T
6¾ Embart Corp 85/95	102,25	102,25
6¾ Enso-Gutzeit 7?/87	105,5?	106
6 Escom 72/87	97,5T	97,5T
7 dgl. 73/88	99,5	99,5T
6 dgl. 80/87	100,7	100,55
9¼ dgl. 82/90	100,75	101,5T
8 dgl. 83/90	100bB	97,95
8 dgl. 84/97	94,25bB	95,5T
8¼ dgl. 84/97	97T	97T
7¼ Euratom 75/88	102T	101,5T
8¼ Eurofima 77/87	100,6G	100,5?
7 dgl. 85/95	105	105,75T

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Deutlich schwächer gingen Kupfer und Kaffee aus dem Markt. Knapp behaupten konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	8.7.	7.7.
Juli	248,50	245,50
Sept.	244,25	242,25
Dez.	247,00	245,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	232,38	234,38
Am. Durum	230,16	232,16

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

8.7.	7.7.
25,50	25,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

17,50	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

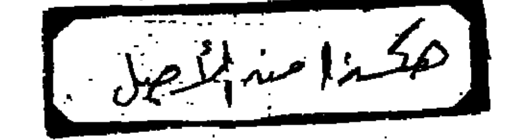
Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert



STANDPUNKT / *Bewährung mit 36 Jahren*

Die Personen: Morton Olsen (36), Däne, Libero. Tony Woodcock (30), Engländer, Stürmer. Ort des Geschehens: Köln. Was mehr eine Zustandsbeschreibung ist als ein Ortshinweis. Denn die Kölner Mentalität ist eine besondere, für Ausländer schwer nachzuempfinden.

Was an der Vergangenheit des 1. FC Köln namentlich nachzuvollziehen ist. Fast zwanzig Ausländer haben dort seit Anfang der siebziger Jahre ihr Glück gesucht. Nur wenige blieben länger als ein Jahr. Der belgische Stürmer Roger van Gool war eine der wenigen Ausnahmen. Zu denen die in Köln nie klar kamen, gehörten die Schweden Magnusson, Wendt, der Schweizer Botteron, die Dänen Rasmussen, Sörensen oder der Japaner Okudera.

Ungeachtet der langen Liste der Erfolglosen erhielt Trainer Keßler für mehr als eine Million Mark die von ihm geforderten Ausländer, beide über 30 Jahre alt. Dem Stürmer Woodcock prophezeite Keßler bereits eine schwierige Einarbeitungsphase. Auch Olsen wird es schwer haben. Weil er als Libero eine zentrale Position einnimmt, die sportliches Können und Qualitäten in der Führung eines Teams verlangt. Olsen bringt beides mit. Doch er trifft auf eine starre Mannschaftsstruktur, in der Torwart Schumacher den Ton angibt und damit eine Rolle einnimmt, die auch Olsen ausfüllen könnte. Olsen ist in der dänischen Nationalmannschaft eine ähnliche Situation gewohnt und hat dort gezeigt, daß er sich einreihen und trotzdem eine entscheidende Rolle spielen kann. Wenn sich in Köln überhaupt ein Ausländer auf einer zentralen Position bewähren kann, dann ist es Olsen am ehesten zuzutrauen.

hof

SEGELN

Kuhweide tritt zurück

dpa, Bremen

Noch bei der Kieler Woche rätselten Deutschlands Segler, ob Willy Kuhweide künftig eher im Starboot oder im Soling segeln würde. Sie richteten sich darauf ein, auch bei der Olympia-Qualifikation für 1988 gegen ihn antreten zu müssen. Gestern aber erklärte der 43 Jahre alte Kuhweide, der einer ganzen deutschen Segler-Generation Vorbild war, seinen Abschied vom Wettkampfsport. Der Beruf zwingt ihn dazu: Nach einem Vorstandsbeschluß der Deutschen Lufthansa wird Flugkapitän Kuhweide ab 1. April 1987 Leiter der Zweigstelle der Lufthansa-Verkehrsfliegerschule in Phoenix/Arizona.

Willy Kuhweide hat an fünf Olympischen Spielen teilgenommen, vor zwei Jahren war er in Los Angeles Fahnenträger der deutschen Mannschaft bei der Eröffnungsfeier. Seinen größten Erfolg feierte er 1964, als er vor Enoshima (Japan) die Goldmedaille im Finn Dinghy gewann. 1972 erkämpfte er in Kiel Bronze mit dem Starboot. In beiden Klassen war er auch Weltmeister und zehnmal Sieger bei der Kieler Woche.

Kuhweide sagt: „Als ich gefragt wurde, ob ich bereit wäre, die Aufgabe in Phoenix zu übernehmen, habe ich zwei Tage lang überlegt und dann zugesagt. Mir war sofort klar, daß das das Ende meiner Laufbahn als Leistungssegler sein würde. Aber einmal muß sowieso Schluß sein. Dann eben so. Der Beruf hat bei mir immer Vorrang gehabt."

SPORT-NACHRICHTEN

Bunge auf Rang 25

Düsseldorf (sid) – Durch ihre Viertelfinal-Teilnahme in Wimbledon hat sich die 23jährige Bettina Bunge (Aschaffenburg) in der Tennis-Weltrangliste auf Rang 25 verbessert. In der sogenannten Grand-Prix-Wertung liegt sie sogar auf Platz elf.

Volleyball-Niederlage

Moskau (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen verlor auch ihr zweites Spiel bei den Goodwill Games in Moskau. Die 2:3-Niederlage (15:13, 8:15, 4:15, 15:13, 11:15) gegen die „DDR" wertete Bundestrainer Andzrej Niemczyk allerdings als Erfolg seines ersatzgeschwächten Teams.

RAI bietet Rekordsumme

Mailand (sid) – Die staatliche italienische Fernsehgesellschaft RAI hat den drei italienischen Profiligen für die Übertragungsrechte in der kommenden Saison die Rekordsumme von rund 55 Millionen Mark geboten, 45 Millionen Mark für Meisterschaftsspiele und etwa 10 Millionen Mark für Pokal- und Europacup-Begegnungen. Zuletzt hatten die Klubs rund 37 Millionen Mark erhalten.

Lizenzentzug für Dettori

Köln (sid) – Dem 25 Jahre alten Jockey Jean-Claude Dettori ist vom Ordnungsausschuß des Direktoriums für Vollblutzucht und -rennen in Köln für 14 Monate die Lizenz entzogen worden. Dem Franzosen, der seit sechs Jahren als Jockey in der Bundesrepublik arbeitet, wird unter anderem vorgeworfen, bei einem Rennen im Juni in Mülheim auf Jitterburg seine Gewinnaussichten nicht wahrgenommen zu haben. Dettori erhielt bislang 63 Ordnungsstrafen.

Groß schwimmt bis 1988

Frankfurt (sid) – Schwimm-Olympiasieger Michael Groß wird seine Karriere mindestens noch bis zu den Olympischen Spielen 1988 in Seoul fortsetzen. Dies erklärte der Offenbacher gestern in Frankfurt, nachdem er sich noch vor einigen Wochen nicht sicher war, nach der WM im Sommer in Madrid weiterzumachen.

ZAHLEN

BASKETBALL

Weltmeisterschaft in Spanien, Gruppe A: Frankreich – Brasilien 93:85, Südkorea – Panama 103:111, Gruppe B: Kuba – Uruguay 87:76, Angola – Australien 74:69, Gruppe C: China – Puerto Rico 98:84, Elfenbeinküste – Italien 62:98, Gruppe D: Neuseeland – Kanada 74:110, Malaysia – Argentinien 73:93.

LEICHTATHLETIK

Goodwill Games in Moskau, Männer, 800 m: 1. Gray (USA) 1:46,53, 1500 m: Jokolew (UdSSR) 3:39,96, 3000 m Hindernis: 1. Melzer („DDR") 8:23,06, Kugel: 1. Smirnow (UdSSR) 21,79. – Frauen, 200 m: 1. Marshall (USA) 22,12, 100 m Hürden: 1. Donkova (Bulgarien) 12,40, 5000 m: 1. Bondarenko (UdSSR) 15:03,51.

TENNIS

Turnier in Gstaad, 1. Runde: Keretic – Westphal (beide Deutschland) 3:6, 6:2, 6:2, Maurer (Deutschland) – Forget (Frankreich) 7:6, 6:3, Hlasek (Schweiz) – Schwaier (Deutchland) 6:1, 7:6, Osterthun (Deutschland) – Hogstedt (Schweden) 6:2, 6:1.

LEICHTATHLETIK / 6,01 m – Weltrekord im Stabhochsprung in Moskau

Trainer kündigt schon 6,20 Meter an. Bubka: „Er hat sich noch nie geirrt"

DW. Moskau

Für ihn war es eigentlich nur die Einlösung eines Versprechens. Bei den Goodwill Games in Moskau, im eigenen Lande also, wolle er erstmals in dieser Saison in Höchstform sein, hatte er im Frühjahr gesagt. Und bei dieser Gelegenheit wolle er dann seinen Landsleuten zeigen, daß er auch in der Sowjetunion Weltrekorde springen könne. Sergej Bubka, der 22 Jahre alte Athlet aus Woroschilowgrad in der Ukraine, der Weltenbummler mit dem Stab, hat Wort gehalten. Im Moskauer Lenin-Stadion verbesserte er seine eigene Bestmarke um einen Zentimeter auf 6,01 Meter.

Eine Minute lang schien die Arena daraufhin zum Bersten gefüllt und nicht zu vier Fünftel leer. Die Menschen waren aufgesprungen, die neue phänomenale Leistung und ihren Helden zu feiern, in dessen Art zu leben sie ihre eigenen Sehnsüchte verwirklicht sehen, von dessen Großtaten sie bislang nur aus London, Rom oder Paris gehört hatten.

Denn seit seinem Titelgewinn als unbekannter 19jähriger 1983 bei der Weltmeisterschafts-Premiere in Helsinki hatte sich Bubka vornehmlich auf Sportfesten außerhalb der UdSSR darangemacht, Grenzen seiner Sportart für ungültig zu erklären. In Bratislava hatte er neun Monate nach seinem WM-Sieg mit 5,85 Meter seinen ersten von bislang sechs Weltrekorden aufgestellt. Und fast auf den Tag genau vor einem Jahr meisterte er als erster die magische Höhe von sechs Metern.

Eine Barriere, die zu überwinden sich beispielsweise der Franzose Thierry Vigneron, Bubkas großer Konkurrent 1984 beim legendären Weltrekord-Abend von Rom, als großen Traum vorstellte. Eine Barriere, auf die auch US-Meister Billy Olson psychologisch noch gar nicht vorbereitet war. Vom Amerikaner sind auch die Worte während des Wettkampfes von Paris überliefert: „Wenn Bubka sechs Meter schafft, lege ich den Stab weg und fange an, Golf zu spielen." Olson springt noch. Doch nach einigen Hallen-Meetings, die er im Winter gegen den „Wunderknaben Bubka" verlor, schlottern ihm „die Knie, wenn ich ihn nur sehe".

Denn kein anderer Stabhochspringer ist so schnell wie der Weltrekordler, der die 100 Meter in 10,3 Sekunden zurücklegen kann. Keiner kann die Anlaufgeschwindigkeit so gekonnt umsetzen. Keiner greift den Stab so hoch wie Bubka – wenn die Konkurrenz den Stab zwischen 4,60 und fünf Meter packt, liegen seine Hände bei 5,10 Meter. Und kein anderer verfügt über eine derart stabile Psyche.

Zwar dementierte Bubka das Gerücht, er beschäftige sich im Training bereits mit Höhen um die 6,40 Meter („das wäre mit meinen jetzigen Stäben gar nicht zu erreichen"). Aber



Zum ersten Mal Weltrekord in der Heimat: Sergej Bubka FOTO: AFP

schon im April verkündete sein Trainer Witalij Petrow, daß sein Schüler bereits in den nächsten Monaten 6,20 Meter meistern werde. Da gibt es keine Ängste vor bestimmten Höhen, keine Furcht vor den Mitbewerbern. „Wenn Bubka einmal im Wettkampf dazu gezwungen wird, dann springt er jede Höhe", vermutete ein Konkurrent schon vor mehr als einem Jahr.

Sergej Bubka gilt als unantastbare Nummer eins unter den Stabhochspringern der Welt. Dennoch sieht er sich gerade jetzt zu weiteren Steigerungen geradezu gedrängt; denn nachdem er, wie er sagt, seinen Gegnern die Angst vor einer magischen Grenze genommen und die Möglichkeiten im Stabhochsprung gezeigt habe, vermutet er in diesem Jahr die Konkurrenz schon dicht auf seinen Fersen. Vor allem die aus dem eigenen Lager um seinen Bruder Wassilij.

Doch zur Zeit scheint er selbst sein einziger Gegner zu sein. „Wenn ich an einer Höhe scheitere, kann ich schrecklich zornig und ungerecht werden", sagt er, „dann hat jeder Schuld an meinem Fehlversuch. Die Kampfrichter, die Rivalen, die mich bei meiner Vorbereitung gestört haben, mein Trainer Petrow. Aber zum Glück kennt er mich und weiß, daß ich irgendwann nur noch auf mich selbst wütend werde."

In Moskau hatte Sergej Bubka keinen Fehlversuch. Er leistete sich sogar die Extravaganz, mit 5,70 Meter eine Anfangshöhe zu wählen, die für andere Weltklasse-Springer oft genug schon die Schlußhöhe ist. „Manchmal glaube ich ernsthaft", hatte er vor kurzem gesagt, „daß ich geringe Höhen gar nicht mehr springen kann." Schon beim Sechs-Meter-Sprung in Paris hatte Bubka mit 5,70 Meter begonnen und recht behalten.

Im Lenin-Stadion brach er die Höhenjagd nach dem dritten auf Anhieb gelungenen Versuch, dem Sprung über die Bestmarke, ab. „Ich kann noch höher", bestätigte er wieder nach dem 6,01-Satz, „aber das war heute nicht nötig." Aber er sei sicher, daß der Rekord 1986 noch einmal verbessert werde. Auf die vom Trainer Petrow prophezeiten 6,20 Meter? „Es muß ja nicht gleich in diesem Jahr sein", sagte Bubka. Also auch nicht in Stuttgart bei den Europameisterschaften. Denn da komme es nur auf den Sieg an. „Aber", so sagte Bubka, „ich kann mich nicht erinnern, daß eine Vorhersage meines Trainers einmal nicht eingetroffen ist."

Neben Sergej Bubkas Weltrekord verblaßte nahezu die Weltjahresbestzeit der Bulgarin Jordanka Donkova. Über 100 Meter Hürden verfehlte sie in 12,40 Sekunden den sechs Jahre alten Weltrekord der Polin Grazyna Rabsztyn (12,36) nur äußerst knapp. Die beste Leistung am ersten Tag des in die Goodwill Games eingebetteten Grand-Prix-Sportfestes waren die 22,12 Sekunden, in denen die Amerikanerin Pam Marshall den 200-Meter-Lauf gewann.

MOTORSPORT

Walter Röhrl will wieder fahren, für eine neue Firma?

sid. München

„Das ewige Warten, das ewige Nichtstun, das macht einen verrückt", sagt Walter Röhrl. „Da fahren die anderen die Neuseeland-Rallye, die schönste Rallye der Welt, und ich sitze daheim und drehe Däumchen – ein saublödes Gefühl." Der ehemalige Weltmeister Röhrl wird langsam ungeduldig. Seit vier Monaten, seit der Rallye Portugal, seit jenen drei Toten, die Audi aus der Weltmeisterschaft aussteigen ließen, hängt Röhrl in der Luft.

Walter Röhrl, einer der schärfsten Kritiker der Sicherheitsmaßnahmen bei den Rallyes schlägt seinem Ingolstädter Arbeitgeber einen Kompromiß vor: „Wir machen weiter mit dem Audi 90 Quattro und verzichten auf den Start bei gefährlichen Rallyes wie in Portugal oder San Remo."

Ob Audi nun mitzieht oder nicht – das Comeback des viermaligen Siegers von Monte Carlo steht unabhängig davon fest. „Falls der Weltverband unsere Forderung nicht erfüllt, einen Fahrer vor jeder Wertungsprüfung als Sicherheits-Kontrolleur vorauszuschicken, falls Audi sich deshalb endgültig aus dem Rallye-Sport zurückzieht, wechsle ich spätestens bis Ende dieses Jahres das Werk."

Wer die Droge Rallye wie er einmal genossen hat, der kommt von ihr nicht mehr los. „Je weiter ich mit meinem Auto in die Grenzbereiche der Physik vorstoße, je schwieriger die perfekte Beherrschung wird, desto mehr Befriedigung empfinde ich", hat Röhrl seine Gefühle am Steuer jener 500-PS-Geschosse geschildert. „Um so verrückter, um so toller."

Jetzt hat die Sucht die Bedenken verdrängt, wer unter Entzug leidet, der greift notfalls auch zu schwächeren Drogen. „Im ersten Moment", sagt Röhrl, „werde ich mich zwar fühlen wie in einem Kinderwagen, aber letztendlich wird sich auch mit den Gruppe-A-Fahrzeugen nur der beste Fahrer durchsetzen."

So viel steht fest: In der neuen Saison hat der Rallye-Sport eine seiner schillerndsten Figuren wieder. „Angebote von anderen Firmen", sagt Röhrl, „liegen mir genügend vor." Bis dahin greift Röhrl weiter zur Ersatz-Droge Rennrad. „Da reagiere ich meinen Frust am besten ab."

BEKANNTMACHUNGEN

1981 Nr. 1028 SP Ct 5

THE HIGH COURT

In der Sache.

VOLKSBANK GNARRENBURG E.G.

Klägerin

und

ANNELIESE BROCKMANN

Beklagte

Gemäß Verfügung des High Court, Dublin, Irland, in obiger Sache sind alle Personen, die Hypothekengläubiger am Anspruch der Beklagten auf Kilfinnan Castle, Teil der Ländereien von Kilfinnan in der Gemeinde Kilfaughnabeg, Baronie Carbery East ...

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Theater als Spiel-Ball: Münchner Bühnen-Bilanz

Ein Kaspar macht Kasse

Die Würde einer langen und glänzenden künstlerischen Geschichte, die sich dort abgespielt, bleibt der Stätte trotzdem erhalten", beruhigte Thomas Mann 1951 den Intendanten Alois Johannes Lippel anläßlich der Eröffnung des wiedererstandenen Münchner Residenztheaters, in dem nicht nur der rachitische Löwen-Fries an der Brüstung und die unter den Leuchtröhren leichenblassen Gesichter das Publikum verstörten ... „Des Geistes hellen Sieg über die Qual der Zeit" wünschte der Dichter damals aufs „neue Resi" herab, als es den von Paul Verhoeven 1946 im Behelfstheater am Brunnenhof der Residenz begonnenen Spielbetrieb übernahm.

Wie es um diesen Sieg heute steht, nach insgesamt 40 Nachkriegsjahren des Bayerischen Staatsschauspiels?



An die gebildete Hochprosa aus dem *vorigen Jahrhundert wird der Theater*-geneigte Leser in dem 272seitigen Band weiß Gott nicht mehr erinnert, den jetzt der „Verein der Freunde des Bayerischen Staatsschauspiels" unter dem Titel „... dann spielten sie wieder" im Bruckmann-Verlag herausgebracht hat.

Da geht's unter sechs Intendanten, weiß Thalia, längst ums subventionierte Überleben eines „rückständigen Mediums", wie es allenthalben hieß. (Kurt Meisel, elf Jahre Intendant: „Für jeden Sitz zahlt der Staat 35 Mark – da muß dann auch einer drauf sitzen!") Insofern ist die von Monica Faber (Text) und Loni Weizert (40-Jahres-Liste mit 17 796 Aufführungen) erarbeitete Dokumentation exemplarisch für eine Theatergeschichte, wie sie von Kritikern nicht zu erwarten ist: Weder die wechselnden Thesen und Temperamente der Schausteller noch die x-beliebigen Aesthetica gewohnheitsmäßiger Praeceptoren stehen hier zur Debatte, sondern das Theater als Betrieb und öffentlicher Spiel-Ball.

„Theater ist eine ewige Schule mit Noten", grollt der Intendant Kurt Horwitz 1954 in seinem Taschenkalender, und er fragt: „Bin ich nur dazu da, Hysterien, Größenwahn, Egoismus etc. zusammenzuhalten?" Als er vier Jahre später das Handtuch wirft, eröffnet der scheinbar melancholische Helmut Henrichs seine 14jährige Intendantenzeit mit einer Art Enzyklika: wider die Originalitätssucht als Ersatz für die fehlende zeitgenössische Dramatik. Womit er dann den Zorn der 68er herausfordert, postum übrigens sehr fair in Schutz genommen von seinem doch recht theaterkritischen Sohn Benjamin. Dafür gilt die geballte Ladung überregionaler Kritik dem Nachfolger Kurt Meisel und dessen als „dumm-euphorisch" abqualifiziertem Motto: „Es soll Spaß machen, hier zu arbeiten."

Aufgeschlüsselt nach den vier Tatorten (Brunnenhof, Residenz- und Cuvilliés-Theater, Marstall) kommt das Staatsschauspiel seit 1946 auf respektable 34 Shakespeare-Inszenierungen; *es folgen Ludwig Thoma* (21) und Molière (18). Kein Junger ist unter den 25 meistgespielten Autoren. Doch die weitaus meisten Aufführungen (468) hat bis heute Kurt Wilhelms Volksstück „Der Brandner Kaspar" von 1975, an zweiter Stelle mit 146 Aufführungen die Henrichs-Inszenierung von Lessings „Nathan".

Am Brandner Kaspar kommt nach Meisel auch Frank Baumbauer nicht vorbei, obwohl das nackte Mädchen auf seinem ersten Spielplanheft von 1983 programmatisch die weißblauen Rautenstrümpfe abstreift, und der Schauspieler Sepp Bierbichler alles tut, das Bayerische endgültig salonunfähig zu machen.

Doch von all den Querelles bavaroises kein Wort im Buch der Freunde. Wenn, entgegen Thomas Mann, zur Qual unserer Zeit gehört, daß man eine kritisch-analysierende Verbiesterung schon fast bei Säuglingen vor der Mutterbrust erwartet, ist es eine *Sensation: Über 30 Schauspieler*, acht Regisseure und die ältesten Bühnenarbeiter wird auch einmal freundschaftlich, informativ und höflich berichtet. Selbstverständlich sehen andere darin bereits Hofberichterstattung – so sehr hat man sich daran gewöhnt, daß Theaterleute unnachsichtiger beschimpft werden als irgendein real existierender Verbrecher.

ARMIN EICHHOLZ

„... dann spielten sie wieder", hrsg. v. Monica Faber, Bruckmann, München, 272 S., 48 Mark.



Vorbild für eine architektonische Mode: Die Tempel von Paestum, radiert von Giovanbattista Piranesi, aus der Ausstellung in Padula FOTO: JÜRGEN VORDEMANN

Auf Goethes Spuren: Eine Ausstellung dokumentiert das Schicksal Paestums

Das Reiseziel gebildeter Menschen

Ich befand mich in einer völlig fremden Welt ... Nun sind unsere Augen und durch sie unser ganzes inneres Wesen an schlankere Baukunst hinangetrieben und entschieden bestimmt, so daß uns diese stumpfen, kegelförmigen, enggedrängten Säulenmassen lästig, ja furchtbar erscheinen." Knapp und eindringlich schildert Johann Wolf*gang von Goethe so seinen ersten* Eindruck von den dorischen Tempeln in Paestum nahe Salerno.

Der deutsche Dichter, auf seiner ersten italienischen Reise unterwegs, räumt dann in seinem Passus, datiert „Neapel, Freitag, den 23. März 1787" ein: „In weniger als einer Stunde fühlte ich mich befreundet, ja ich pries den Genius, daß er mich diese so wohl erhaltenen Reste mit Augen sehen ließ, da sich von ihnen durch Abbildung kein Begriff geben läßt."

Doch wurden diese großartigen Tempel der Magna Graecia, entstanden in der als Poseidonia gegründeten Stadt im 6. Jahrh. v. Chr., sehr wohl immer wieder dargestellt. Bald wurden diese Tempelbauten Vorbild für eine architektonische Welle, die Europa von Neapel bis England überflutete.

Zeugnis diees Einflusses legt eine große Ausstellung in der Kartause von San Lorenzo in Padula bei Salerno ab. „Das Geschick Paestums und die dorische Erinnerung in der Moderne" wurde sie betitelt. Ihr Thema ist die Bedeutung jener Reisen, die beflissene Gebildete, Dichter und Künstler *zwischen 1750 und 1830 von* Neapel aus (einer europäischen Hauptstadt von Pariser Zuschnitt) in die gerade wieder entdeckte antike Ruinenstadt machten, von der im Laufe der Jahrzehnte außer den großartigen Tempeln die Stadtmauer, das Forum und ganze Stadtviertel freigelegt wurden.

200 Arbeiten europäischer und nordamerikanischer Künstler, die sich mit Paestum befaßten und ihre Ausbeute in ihren Heimatländern als Anregung für Architekten und Stadtplaner hinterließen, sind in der jüngst restaurierten Kartause, die zu einem Kulturzentrum des italienischen Südens wurde, zu sehen. Unter ihnen sind Piranesi, Hackert, Flaxman, Cozens, Soane, Ledoux, Boullée, Gilly, Coudray, Bovet, Valadier und Wilkins mit Stichen, Zeichnungen, Gemälden, Aquarellen und Entwürfen – nicht nur mit Wiedergaben der dori*schen Bauwerke, im ersten klassi*schen Stil, der den ionischen und korinthischen Perioden voranging und noch neben ihnen weiterbestand, sondern auch mit Veduten von Palästen, Gebäuden und Plätzen, die dorisch inspiriert in Städten wie London, Cambridge, Oxford und Washington entstanden.

Diese kaum untersuchte und wenig ins Bewußtsein gedrungene „dorische Renaissance" ging auf die Neuentdeckung der alten griechisch-samnitisch-römischen Stadt Poseidonia/Paistos/Paestum zurück. (Bis 31. Juli; Katalog, 2 Bd. 25 000 Lire)

JÜRGEN VORDEMANN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Kontinent"

Weil sie sonst keiner liebt

Ein Mädchen in Polen soll einen Hausaufsatz zum Thema „Warum ich die Sowjetunion liebe" schreiben. Da ihr dazu nichts einfällt, fragt sie verschiedene *Leute. Die Mutter ant*wortet: „Was? Das sind doch Verbrecher, niemand liebt sie, alle hassen sie." Der *Vater: „Welchen Blödsinn* redest du da. Das sind doch die Besatzer, die uns unterdrücken, die ganze Welt *haßt sie." Überall bekommt sie* solche Antworten zu hören. Also schreibt sie schließlich: „Ich liebe die *Sowjetunion, weil sie sonst niemand* liebt."

Leszek Kolakowski erzählt diese Anekdote im jüngsten Heft von „Kontinent" (Postfach 10 02 12, 306 Seelze 6). Er untersucht in seinem Beitrag den „Kommunismus als Kulturformation". Die Anekdote dient ihm als Gleichnis für die Legende von der schöpferischen Kraft dieser Ideologie. Er verkennt nicht, daß viele Intellektuelle vom Kommunismus fasziniert waren, *jedoch nicht*, weil sie der Marxismus als „einzige wissenschaftliche Weltanschauung" überzeugte oder die praktische Politik der Kommunisten Forderung der Massen erfüllte, die alle anderen Regierungsformen nicht befriedigen konnten. Es waren vielmehr die „Faszination der Utopie" und die „Faszination der Barbarei".

Intellektuelle sind, führt Kolakowski aus, anfällig für Visionen eines Idealstaates, der von den Wissenden – zu denen sie sich rechnen – beherrscht wird. Und sie träumen von einem radikalen, rigorosen Bruch mit der Vergangenheit und mit allen Traditionen, der ihnen sozusagen einen Start am Punkt Null ermöglicht. Den Polen erschien der Kommunismus zusätzlich noch als eine Form der Aufklärung gegen die chauvinistische *und klerikale Tradition*. Das war die Theorie, die für Intellektuelle meist mächtiger ist als die Praxis. Deshalb sind künstlerisch bedeutende kommunistische Werke eigentlich nur außerhalb der kommunistischen *Staaten entstanden.*

Der gleiche Gedanke klingt auch in German Andrejews Aufsatz „Die Tore nach Europa – *Rußlands Kultur im* zwanzigsten Jahrhundert" an. Er schildert die vielfältigen Einflüsse Westeuropas, die von den russischen Künstlern unmittelbar aufgenommen wurden, auf die russische Kultur, aber auch, wie sich dieses „Fenster nach Westen" unter der Sowjetherrschaft schloß. Nur wenn es sich kurzzeitig zu öffnen schien – wie im „Tauwetter" – gewann auch das kulturelle Klima. Für die Gegenwart stellt Andrejew fest: „Das Neue *besteht darin*, daß die russische Literatur und die russische Kunst heute sowohl im Lande *selbst als auch in der Emigra*tion Werke von gleichem Rang schaffen." Er fügt allerdings den Hinweis hinzu, daß dabei die wesentlichen Impulse von der „Zweiten Kultur" ausgehen, der Kultur des Samisdat.

Das zweite Hauptthema von „Kontinent" greift Aische Seitmuratowa mit einer Analyse über „Die Verfolgung der Krimtataren in der UdSSR" seit der Deportation auf Stalins Befehl 1944 von der Krim nach Usbekistan. Dieser Willkürakt wurde zwar vom Obersten Sowjet 1956 aufgehoben, doch den Tataren wird bis heute die Rückkehr in ihre alte Heimat verweigert. Davon spricht der Brief von 25 Krimtataren über „Das Schicksal, als Nation zu verschwinden."

Es ist die Fülle solcher scheinbar peripheren Informationen über die kommunistischen Staaten Osteuro*pas, die „Kontinent" zu einer notwen*digen Lektüre für alle macht, vor allem für die, die von der Infektion „Realpolitik" bedroht sind.

PETER JOVISHOFF

KULTURNOTIZEN

Der Kultur in der „DDR" nimmt sich das elfte Duisburger Kulturfestival „Akzente" 1987 an.

Danzig im Spiegel alter Graphik ist bis zum 25. Juli im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart zu sehen.

Der Weltkongreß für wissenschaftliche Photographie findet vom 10. bis 17. September in Köln statt.

80 Werke über Land und Leute von Kronenburg, die Rolf Dettmann gemalt hat, zeigt die Bildungsstätte in Kronenburg vom 19. Juli bis 10. August.

Um 78 Aufführungen auf 216 wird die Bonner Oper ihr Angebot in der Spielzeit 1986 / 87 erhöhen.

Günter de Bruyn ist zum Mitglied der Akademie der Künste in Berlin (West) gewählt worden.

Nach einer „Leihschwangerschaft" ab ins Heim mit dem Säugling?

Der Vater spielt nur eine Nebenrolle

Kim Cotton löste Anfang 1985 eine Lawine aus. Zum ersten Mal befaßten sich Mediziner und Juristen intensiv mit einem Vorgang, der schon aus der Bibel bekannt war. Dort, im ersten Buch Mose, erlaubt die kinderlose Sara, daß ihr Mann Abraham die Magd Hagar schwängert. Und im gleichen Buch bekommt Jakob mit Einverständnis seiner Frau Rahel von der Magd Bilha einen Sohn und später weitere Kinder. Doch bei Kim Cotton war von „Prostitution" die Rede; die junge Engländerin war künstlich mit dem Sperma eines ihr unbekannten Amerikaners befruchtet worden, vermittelt über eine Agentur, und erhielt dafür umgerech*net 24 000 Mark.*

Inzwischen gibt es viele Fälle, in denen „der Bauch dem gehört, der *dafür zahlt". Das ZDF hat einen der* beiden Fälle, die vor deutschen Gerichten verhandelt wurden, herausgegriffen und den Zuschauern, 42 Volkshochschülern aus Osnabrück, zur Entscheidung gestellt. Gerd Jauch hält das Thema wegen der öffentlichen Diskussion und „weil sich auch der Gesetzgeber inzwischen damit befaßt hat" für eine Fernseh-Gerichtsverhandlung gut geeignet. Der Bundesrat hat sich zuletzt im Mai auf Anregung des Landes Baden-Württemberg einmütig für ein Verbot der Leihmütterschaft „in jeder Form" ausgesprochen.

Den harten Kurs fährt er, so Jauch, nicht wegen mangelnder Bibelfestigkeit oder fehlender Geschichtskenntisse, sondern weil es „mit Hilfe der Gentechnik und der In-vitro-Fertilisation verwirrend viele Möglichkeiten gibt, zu Kinderglück zu kommen". Doch was ein Verbot bedeutet, liegt auch im Justizminsterium noch

Wie würden Sie entscheiden? – ZDF, 21 Uhr

im Paragraphen-Nebel. Kinder, die da sind, lassen sich nicht mehr ver*bieten. Bringt man sie in ein Heim*, wird weder die Wunsch-Mutter noch die Ersatzmutter, sondern und vor allem das Kind gestraft. Daß Verträge über Leihmütterschaft sittenwidrig sind, ist auch ohne neue Gesetzesvorschriften gesichertes Wissen. Was aber ist mit der „Anzahlung"? Kann sie zurückgefordert werden, wo doch die Beteiligten im vollen Bewußtsein der Sittenwidrigkeit zahlten? Auch damit werden sich die „Richter aus Osnabrück" befassen.

Die zentrale Frage bleibt *jedoch*, wer bekommt das Kind, wenn die Ersatz- aber doch leibliche Mutter aufgrund der Schwangerschaft Bindungen zum Kind aufgebaut hat und es nicht herausgeben will? Sie hat naturgemäß eine starke Position. Dann ist da ihr Mann, der die Ehelichkeit des Kindes anfechten müßte, um den Weg zur Adoption freizumachen. Die Wunschmutter hat die Sehnsucht nach einem Kind auf ihrer Seite, nicht gerade viel vor Gericht. Und selbst ihr Mann, der das Kind immerhin zeugte und leiblicher Vater ist, bekommt in dieser Tragödie eher eine Nebenrolle zugewiesen.

Das „Kindeswohl" soll entscheiden. Wer kann das beurteilen? Das *Jugendamt, dem in dem konkreten* Fall auch nur einfiel, das Neugeborene in ein Heim einzuweisen?

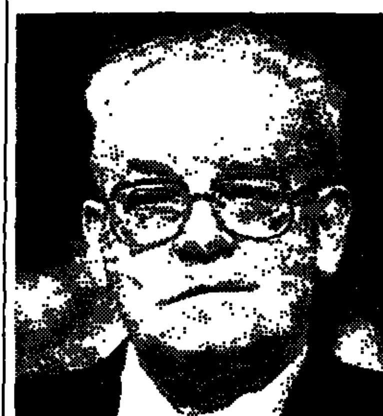
Die Sendung beginnt *mit diesem* vielschichtigen Fall. Seine Problematik wird auch eines der Themen des Juristentages im September in Berlin sein. Für die Zuhörer wird der frühere Verfassungsrichter Hans Brox versuchen, einige Fragen zu beantworten.

H.-H. HOLZAMER

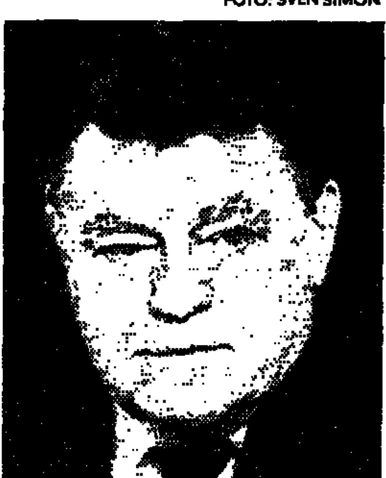
Politik-Abend auf beiden Kanälen




Rita Süssmuth – Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit – stellt sich den bewußt unterkühlten Fragen Claus Heinrich Casdorffs in der Sendung **Schlag auf Schlag** (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: HÖFT

Herbert Wehner, der große alte Mann der SPD, feiert seinen 80. Geburtstag. Christian Herrendörfer dokumentiert sein Leben unter dem Titel **Taktiker, Zuchtmeister, Kärrner** (ARD, 23.00 Uhr) FOTO: SVEN SIMON



Franz Josef Strauß, Bayerns Ministerpräsident und Chef der CSU, wird in Reinhard Appels Sendung **Journalisten fragen – Politiker antworten** (ZDF, 22.10 Uhr) von drei Chefredakteuren interviewt. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

KRITIK

Der Protest des ZDF

Wer sich als Fernsehmann an eine Reportage macht, bleibt zum Thema *nicht auf Distanz*, kann es nicht bleiben, er wird Teil des Geschehens, ob er will oder nicht. Ein *Beispiel*, das diese Erkenntnis wieder einmal belegte, war die ZDF-Reportage **Wenn die Donnervögel kommen** über den Tiefluglärm.

Bedenklich wird ein derartiger Bericht zu einem Thema, das ohne Zweifel viele Menschen bewegt, dann, wenn der Reporter seine und seiner Kamera Anwesenheit einsetzt, um die Menschen, über die er berichtet, zum Handeln zu bringen. Hans-Jürgen Haugs Film war von dieser Sorte. In fast jeder Sequenz *mußte* sich der Zuschauer das Geschehen aus der Position des auf der Seite der Protestler angesiedelten Fernsehmannes anschauen. Haug schürte den Protest, arrangierte ihn.

Gewiß, man hört schon den Einwand, die Luftwaffe habe im Film genug Gelegenheit erhalten zu erklären, warum sie so tief fliegen müsse. Dieser Einwand sticht aber nicht, denn für den Zuschauer, der Laie ist, wurde lediglich in einem Nebensatz von einem Offizier erläutert, nur im Tiefflug entgingen die Kampfflugzeuge dem Radar. Warten wir also nun auf eine zweite Reportage vom ZDF, in der nicht durch die Brille der Lärmgeplagten die Luftwaffe betrachtet wird, sondern in der deren Auftrag objektiv gesehen wird.

RÜDIGER MONIAC

Kaffeeplausch mit Conny

Ein Badehosen-Syndrom? Ganz bestimmt leide sie nicht daran, im Gegenteil: „Wenn die Leute sich ganz verlegen bei mir entschuldigen, weil sie mich schon ‚damals' kannten – was soll ich darauf anderes sagen, als: Das gehört zu meinem Leben?" Gudrun Friedrichs stellte Kaffeeplausch-Fragen, die Conny, pardon: eine 42 Jahre alte Cornelia Froboess professionell und vorhersehbar beantwortete. Spannender gerieten die Bilder. Wenn die Kamera in **Frauengeschichten** (ARD) das ungeschminkte Gesicht, die langen Haare der Jungmädchen-Frisur zeigte.

Die Autorin *hatte die Archive* durchforstet: „Ich spiele Ihnen jetzt ein Funkinterview vor, da waren Sie 16." Die Froboess erinnert sich nicht, wartet gespannt. Als es losgeht, kommen ihr die Tränen, denn die Stimme ihres Vaters ist zu hören. Ein paar Sekunden später gurrt sie über die altklugen Antworten, die sie 1959 hauchte. Und als die Zuspielung leiser gedreht wird, wieder ein Umschwung, die Frage, ängstlich, etwas zu verpassen: „Sagt Vater noch was?"

Aber da geht die Lebensrevue schon weiter. Ein paar Takte aus dem Berliner Primuspalast und Schwarz-Weiß-Fotos dazu, die zeigen, daß Klein-Conny ihre Liedchen mit großer Tüllschleife in den Locken schmetterte. Wenig später freute sie sich mit den Berliner Sängerknaben über „Hei, hei, hei, so eine Schneeballschlacht." Über Revue- und Unterhaltungsfilmchen schließlich der Weg auf die Bühne: „Mir sind immer die richtigen Menschen zur richtigen Zeit begegnet."

„Conny"-Fans, die gibt's noch heute. „Ich bin nie von ihr losgekommen", sagt einer lächelnd in die Kamera. Allerdings wirke sie als Eliza Doolittle so frech, wie sie früher nie hätte sein dürfen. Und er schwärmt von der „frisurmäßigen Veränderung *von 15 auf 16, als sie die Haare plötz*lich hinter die Ohren kämmte".

SABINE KOBES

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Die Sendung mit der Maus
9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Laufen, leiden, länger leben
11.50 Umschau
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

13.30 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
14.00 WM der Springreiter
Mannschafts-Finale
Reporter: Hans-Heinrich Isenbart
Live aus Aachen
30 Jahre nach seinem Olympiasieg in Stockholm nimmt Hans Günter Winkler Abschied vom Springreiten. Für seine Verdienste rund um den Sport wird er geehrt.
Dazw.: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Zu Gast bei Claus Hinrich Casdorff: Professor Rita Süssmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Mensch Meier
Alfred Biolek lädt zu sommerlichen Spielen in die Kölner Meier-Halle ein
Gäste: Mario Adorf, Profi-Boxerin Birgit Nuako, Melanie Holliday, *BAP, das Erste Improvisierende* Streichorchester, Mercedes Sosa
Regie: Peter Ristau
23.00 Taktiker, Zuchtmeister, Kärrner
Zum 80. Geburtstag von Herbert Wehner
Dokumentation von Christian Herrendörfer
23.30 Sport extra
Basketball-WM in Malaga
Deutschland – China
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

15.00 heute
15.03 Kleine Abenteuer
Catherine schlägt zurück
15.30 Ferienkalender
16.05 Der Stein des Marco Polo
16.30 Ein Fall für TKKG
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
Die neue Magd
19.00 heute
19.30 Lach mal wieder
Mit Günter Pfitzmann
20.00 Die große Show der Lady Liberty
Geburtstag der Freiheitsstatue
Mit Frank Sinatra, Elizabeth Taylor, Tina Turner und Ronald Reagan
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Die Leihmutter
Leitung: Gerd Jauch
21.45 heute-journal
22.10 Journalisten fragen – Politiker antworten
Mit Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß
Und Erich Böhme („Der Spiegel"), *Manfred Schell (Die WELT) und* Dieter Schröder („Süddeutsche Zeitung")
Leitung: Reinhard Appel
23.25 Der Schützling
Von Ephraim Kishon
Mit Curt Bois, Gustav Knuth, Udo Vioff, Harry Wüstenhagen
0.35 heute

III.

WEST
12.00 Zweimal Brokdorf
Wie ZDF-Magazin und Panorama die Demonstration behandelten
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Fluch des Blutes
Amerikanischer Spielfilm (1950)
21.35 Filmtip
„Trouble in mind"
21.45 Ich geh mit Max
Film über eine Schäferin
22.15 Lyrics
23.30 Dichter und Bäuerin
0.15 Nachrichten

NORD
Nur in NS und Bremen:
10.15 Debatte über Regierungserklärung
Live aus dem Landtag
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
Themen: Kinderchöre der evangelischen Kirche in der „DDR". Ikonen. Betreuung deutscher Gemeinden in der Sowjetunion.
19.15 Ursprünge des Lebens
20.00 Tagesschau
20.15 Norma Rae
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Nur Radio Bremen:
22.05 Ganz unten
Film von Günter Wallraff
NDR, SFB und HR:
22.05 Bücherjournal
„Hoppla, jetzt komme ich" von Hans Albers
22.55 Recht und Gerechtigkeit
Parteienfinanzierung
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
16.00 Die Zeitmaschine
Amerikanischer Spielfilm (1959)
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Das Karussell
18.32 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Rendezvous in Wien
Österreichischer Spielfilm (1936)
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Igel (2)
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Madrid, Madrid, Madrid
23.10 Ein Abend im Blauen Salon
0.00 Nachrichten

BAYERN
19.00 Ein Fest für Henriette
Französischer Spielfilm (1952)
20.45 Liturgie
21.30 Rundschau
21.45 Einsteins Wunderkinder
Von Hochbegabten
22.45 Im Gespräch
Diskussion über Hochbegabte
23.15 Z. E. N.
23.20 Rundschau
23.25 Das Abenteuer
Italienischer Spielfilm (1960)

SAT 1

15.00 Marco
15.30 Lassie
Anschl.: Secret Squirrel
16.00 Die deutsche Musicbox
17.00 Kobra, übernehmen Sie
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Boomer, der Streuner
Anschl.: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Zu Gast bei Cindy & Bert
19.45 Das Brandmal
Amerikanischer Western (1950)
Mit Alan Ladd, Charles Bickford
21.30 APF-blick
22.15 Lektüre ist angesagt
Hans-Peter Hallwachs liest aus Werken von Anton Tschechow
22.45 FBI
Eine Stadt schweigt
Anschl.: APF-blick

1 PLUS

19.00 ARD-Ratgeber Essen und Trinken
19.45 Europa – deine Weine
20.00 Tagesschau
20.15 Weltmeisterschaft im Springreiten
Mannschafts-Finale
Aufzeichnung aus Aachen
21.05 Ich bin da: Julia Migenes
Personality-Show
22.05 Der Tod kennt keine Wiederkehr
Amerikanischer *Spielfilm (1973)*
Nach Raymond Chandler
Privatdetektiv Philip Marlowe schmuggelt seinen Freund Terry Lennox über die mexikanische Grenze. Terry wird wegen Mordes an seiner Frau angeklagt, Philip soll seinen Aufenthaltsort verraten.
23.55 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Am Abgrund
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Der Krieg ist vorbei
Französischer Spielfilm (1966)
Mit Yves Montand
Regie: Alain Resnais
23.45 Kennwort: Kino
23.55 Nachrichten



18.15 Starmix
18.15 Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die drei Dorfheiligen
Deutscher Spielfilm (1949)
Mit Beppo Brehm, Willy Reichert
Regie: Ferdinand Dörfler
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.25 Neu im Kino
22.55 Geheimauftrag für John Drake
Gefährliche Strahlen
23.15 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Professor = Professor?

P.Jo. – Professoren rangieren unter den Personen, die in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen, immer noch sehr weit oben. Professor ist da gleich Professor, und es kommt nicht darauf an, was für ein Professor einer ist. Diese These hat sich auch die Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, zu eigen gemacht. Ein verdienter Wissenschaftler, der eine weithin angesehene Forschungsstelle für Kinder- und Jugendliteratur aufgebaut hat, zählt für sie nicht anders als ein Sprachdidaktiker.

Diese eigenartige Logik hat etwas mit dem Sparen zu tun, zu dem das Rau-Land besonders genötigt ist. Daher gibt es einen Erlaß, wonach freiwerdende Lehrstühle nicht nach Maßgaben der Universität neu besetzt werden dürfen, sondern nur in Übereinstimmung mit dem Land. Ein solcher Fall mit recht fatalen Folgen liegt in Köln an.

Mitte März wurde Prof. Theodor Brüggemann emeritiert. Er hat die „Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendliteraturforschung an der Universität Köln" aufgebaut, neben dem „Institut für Jugendbuchforschung" in Frankfurt die zweite Forschungsstelle auf diesem wichtigen Gebiet. In den mehr als zehn Jahren ihres Bestehens hat sie Beachtliches geleistet. Vieles ist jedoch erst auf den Weg gebracht worden, aber noch längst nicht abgeschlossen. Dazu gehört das „Handbuch der Kinder- und Jugendliteratur", von dem ein Band erschienen, einer im Druck und einer als Manuskript fertig ist. Diese Arbeit ist nun gefährdet.

Für den Brüggemann-Lehrstuhl stehen zwar Bewerber(innen), die sich auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendliteratur habilitiert haben, zur Verfügung. Doch das Land möchte gern einen Hochschullehrer aus Aachen einsetzen, der an der Pädagogischen Hochschule Aachen überflüssig geworden ist, weil die Zahl der Lehramtsstudenten stark vermindert wurde. Dieser Mann hat sich allerdings bisher mit der Didaktik des Deutschunterrichts beschäftigt. Aber Professor ist gleich Professor, meint das Wissenschaftsministerium und schiebt die Entscheidung auf die lange Bank – und die Protestbriefe angesehener Wissenschaftler, die sich gegen ein Aushungern der „Arbeitsstelle" wenden, auch.

Abgewägt und gut dosiert: Plädoyer eines Verlegers fürs pflegliche Büchermachen

Sich beim Denken bücken

Darf einer, der mit Büchern handelt, über den Handel mit Büchern schreiben – und das auch noch kritisch? Oder soll er sich, als Betroffener und Mittäter, heraushalten? Kulturkritik genießt nur dann die Zuneigung des Buchhandels, wenn sie, hoch rabattiert, Bestseller-Aussichten verspricht. Denn Geschäft ist Geschäft – und fürs Geschäft läßt man sich auch mal in die Suppe spucken, zumal man sie hinterher doppelt so profitabel verkaufen kann.

„Warum mischen Sie sich ein?" werde ich immer häufiger gefragt. „Sie – ein Betroffener und Mitmacher, Mitmischer, Mitverdiener ... Warum spielen Sie den Buch-Praeceptor und sprechen aus, was Branchen-Solidarität auszusprechen ver-...", nein: natürlich nicht verbietet, aber doch als unschicklich sich verbietet? Sind Sie hochmütig oder geschäftsmüde?" Hier der Versuch einer Antwort:

Der Verleger, der noch etwas hält von der ursprünglichen Verständigungskraft der Worte und von der Gedanken-Mitteilung und -Vermittlung, setzt sich in seiner Doppelrolle als Bücherfreund einerseits und Kaufmann andererseits einer ständigen Schizophrenie aus. Links das scheppernde Kassengeläut, rechts das Pathos der kulturellen Sonntagsglocken. Was soll er tun? Die Augen zudrücken und kassieren? Motto: Nach mir die Kulturkritik ... Nun, er kann natürlich auch, um mit sich ins Reine zu kommen, das tun, was die Psychiater gelegentlich ihren in die seelische Klemme geratenen Patienten raten: Schreiben Sie auf, was Sie quält.

Unter diesem Gesichtspunkt der „Entlastung" sollten auch die Büchermacher gelegentlich mit sich selber ins Gericht gehen, um sich der geistigen Umweltverschmutzung, der sie sich permanent schuldig machen, zu vergewissern. Sie unterscheiden sich nämlich von den Machern in der pharmazeutischen Industrie kaum: Auch diese verschmutzt, indem sie zu helfen vorgibt – und auch de facto hilft. Nur: Der Preis ist hoch.

Meine Kritik am Buchmarkt ist, aus dieser kulturpharmazeutischen Perspektive betrachtet, stets Teil einer umfassenderen Kulturkritik. Ich diagnostiziere sozusagen in einem Teil des Kultur-Gewerbes, den ich aus der täglichen Praxis genau kenne, die Krankheit der Epoche, nämlich den aus dem europäischen Nihilismus hervorgebrochenen hektischen Fortschrittsglauben (als Droge gegen die Verzweiflung) und die damit eng verknüpfte materialistisch-positivistische Gesinnung, die via Amerika (als Kapitalismus) und via Rußland (als Sozialismus) wie ein schrecklicher Virus in das geistige Gewebe des alten Europa eindrang und nun darin wütet. Der Zustand des Patienten hat sich in den fünfundzwanzig Jahren, in denen ich das „Kulturgeschäft" des Büchermachens betreibe, wesentlich verschlechtert. Umsatzzuwächse und Beschwörungen der Lese- und anderer Kulturen ändern an dieser Diagnose nichts.

Qualität sei, was nützlich ist, sagte neulich einer, im Hinblick auf den von ihm wahllos beschickten Buchmarkt. Ihm gab zweifellos kein Gott zu sagen, woran er litt. Aber er gab ihm mit entwaffnender Offenheit zu sagen, was er meinte, nämlich: daß „Werte" vornehmlich unter dem Blickwinkel ihrer nützlichen Verwertbarkeit wert-voll seien. Wenn sich der Ungeist als Philosoph verkleidet, wird er dadurch zum Philosophen? Doch wohl kaum.

Viele Zeitgenossen, buchhändlerische und nichtbuchhändlerische, verstehen nicht, daß man die Realität, in der und mit der man lebt (und an der man sogar aktiv mitwirkt), zugleich kritisch und selbstkritisch beobachten, beurteilen und auch kritisieren kann. Was besagt: daß man für die Kompromisse, die man freiwillig oder erzwungen macht, mit Gewissen zu zahlen bereit ist.

Die cleveren Kulturvermarkter halten geistiges Gewissen sogar für „Kulturdünkel", der ihre Kreise stört. Nun: Archimedische Kreise sind's nicht, in die man hineintappt, wenn man die Kultur-Zuhälterei nicht für der Menschheit letzten geistigen Schluß zu halten bereit ist. Aber immerhin: Kreise sollen dadurch, daß die Bücherwelt ernst genommen wird, in der Tat gestört werden, vor allem die Kreise derer, die sich beim Denken bücken müssen, um ihrem Niveau gerecht zu werden.

Der Deutsche will das, was ihn bewegt und was er bewegt, meistens total – und dies auch noch möglichst nach ideologischem Bedarf: den Krieg, die Moral, die Politik, das Geschäft, die Ideen, den Sex, die Heuchelei – sogar den Fortschritt oder den Rückschritt will er total. Mit dem eigenen Widerspruch zu leben und sich durch ihn vielleicht auch noch produktiv herausfordern zu lassen, das hingegen befremdet ihn. Aber das Leben ist nun einmal Mischung – und bei Mischungen muß man sehr genau auf die Dosierungen achten, sonst kippen sie und werden zu Gift.

Das Abwägen und das Einschätzen von Risiken, Wagnis und Vorsicht machen die Lebenskunst ebenso aus wie die Kunst des Büchermachens – und der Spaß an der Sache. Denn ohne Spaß ist das Leben kein Leben, sondern eine Mühsal – und ein Dauerstreß. Und auch das Büchermachen wird zur Plage, wenn es sich nur noch an den Bestsellerlisten orientiert.

Deshalb können Verleger, die ihr Mütchen allein am Umsatz kühlen, kaum den Spaß ermessen, den ihre Kollegen möglicherweise gerade an den Büchern haben, die nicht zu Buche schlagen. Wer im Kopf vornehmlich den Umsatz registriert, im Herzen den Profit bewegt und am Revers den maschinenlesbaren Code als Fortschrittsabzeichen trägt, dem muß diese Bücherwelt wohl auf ewig verschlossen bleiben.

Der Bücher ungemischte Leserfreude wird auch dem gutwilligsten Verleger allerdings selten zuteil. Jahrzehntelange Verlagspraxis ernüchtert auch den hartnäckigsten Romantiker. Aber muß ein zum Praktiker ernüchterter Romantiker eo ipso zum Materialisten mutieren? Es gibt zwei Ebenen, von denen aus die Welt und ihr Treiben betrachtet werden kann: die triviale und die ideale. Wer sich allein an der Welt orientiert, wie sie sich alltäglich, ausbeutungsfähig und erwerbsnützlich darbietet, gibt zu erkennen, daß er von der Welt, in der er lebt, weder etwas verstanden hat noch pfleglich mit ihr umgeht. Dieser Orientierungsweg führt notgedrungen nach unten. Die Analyse dessen, was ist, hat nur dann einen Sinn, wenn sie ihren Maßstab aus der Vorstellung dessen gewinnt, was sein soll.

Wer nach dem Ausschau hält, was sein soll (und vielleicht sogar sein kann), gibt in seinem Denken und Handeln der menschlichen Gesellschaft eine Chance, ihre Trivialitäten zu überwinden oder doch zumindest auf Zeit zu moderieren. Deshalb sind Kulturkritiker, entgegen anderslautenden Meldungen, in der Regel auch Optimisten – auch in puncto Buchhandel und Verlegerei. Denn gottlob brauchen Bücher nicht nur Käufer, sprich: Konsumenten, sondern vor allem Leser, die wissen, was sie wollen – und was sie von dem zu halten haben, was die Verleger wollen.

HEINZ FRIEDRICH

Heinz Friedrich ist Chef des Deutschen Taschenbuch-Verlages, München.



Kurioses aus dem Kabinett: Ludwig XIV. als Apollo, von Henri de Gissey, aus der Ausstellung im Buckingham Palast FOTO: QUEEN'S GALLERY

Meisterzeichnungen in der „Queen's Gallery"

Leonardo für die Söhne

Im Buckingham Palace wie selbstverständlich ein- und auszugehen ist häufig Gelegenheit – wenn auch nur durch eine Seitenpforte. In der „Queen's Gallery", einem Teil der ehemaligen königlichen Kapelle, werden regelmäßig und langfristig Schätze aus dem Fundus der königlichen Sammlungen gezeigt.

Und der ist unerschöpflich. Da hat man Themenausstellungen arrangiert wie „königliche Kinder" oder ausschließlich Tierbilder. Canalettos Veduten waren hier ebenso glänzend repräsentiert wie Porzellan von Sèvres oder – hier zuletzt zu sehen – Virtuosenstücke des Goldschmieds Fabergé. Jetzt kann man erstmals den königlichen Besitz an Zeichnungen in einem Querschnitt kennenlernen. Die 149 Blätter, ausgewählt aus insgesamt 30 000, wollen allerdings keinen ausgewogenen Überblick über Schulen und Jahrhunderte bieten. Als Privatsammlung spiegelt sie die Vorlieben der jeweiligen Herrscher und oft noch nachdrücklicher die ihrer Berater und Einkäufer. So gibt es etwa 600 Zeichnungen von Leonardo, aber keine von Rembrandt. Da werden an ihrem Stammplatz, der königlichen Bibliothek von Windsor Castle, 80 Porträtzeichnungen von Holbein gehortet, aber keine Beispiele von Tiepolo, Turner oder Constable.

Ein Großteil der bedeutenden Altmeisterblätter ist Ende des 17. Jahrhunderts, unter dem Stuartkönig Karl II., in königlichen Besitz gekommen. Wie ungezwungen man damals mit solch fragilen Kostbarkeiten umging, dokumentiert die Tagebuchnotiz einer Miniaturmalerin. Sie konnte sechs Zeichnungen von Leonardo und Michelangelo nach Hause nehmen, damit ihre kleinen Söhne anhand solcher Exemplare „praktizieren" konnten.

Die Italiener liefern zweifellos das Rückgrat der Kollektion. Ende des 18. Jahrhunderts kauften die Agenten des Hannoveraner Königs Georg III. in Rom und Venedig en bloc ein. Mit der berühmten Zeichnungssammlung des Kardinals Albani zum Beispiel erwarb man gleich die Summe mehrerer Sammlungen: der Kern stammt von dem Maler und Zeichner Maratta, der kundig eine der besten Sammlungen des 17. Jahrhunderts erworben hatte. Er kaufte vor allem bei einem Schüler des Malers Domenichino ein, der wiederum viele wertvolle Blätter seines Meisters und auch der berühmten Brüder Carracci gehortet hatte.

Dieser Erwerbsdrang hörte allerdings Ende des 18. Jahrhunderts auf. Man überließ ihn nun den öffentlichen Museen und Galerien. Von jetzt galt es, die erworbenen Schätze zu sortieren und zu dokumentieren. Königin Viktoria, die selbst recht hübsch zeichnete, und ihr kunstsinniger Prinzgemahl Albert verbrachten „viele glückliche Abende" in Windsor Castle damit, eigenhändig Raffael-Zeichnungen zu arrangieren und überhaupt ein Katalogsystem einzuführen, das im Prinzip heute noch gilt. Sie und die späteren Herrscher sparten die zeitgenössischen internationalen Kunststile aus. Britische Zeichner gewannen ihr Interesse vor allem dann, wenn sie Ereignisse und Personen dokumentierten.

Den Auftakt zur jetzigen Schau liefert eine grandiose Wand: da sind die großartigen Köpfe von Ghirlandaio, Bellini, Leonardo und Michelangelo. Wer Raffael nur in seinen leicht anämischen Madonnen kennt, kann hier seine überaus vitale zeichnerische Handschrift schätzen lernen.

Während die Italiener mit zürnenden Heiligen und verführerischen Grazien oft halbwegs im Olymp schweben, zeigt ein Nordländer wie Hans Holbein seine Hofdamen stets voll Würde, doch mit scharfäugigem Realismus. Dürer ist mit einem mageren Windspiel vertreten, das er in einer seiner bekanntesten Radierungen dem heiligen Eustachius beigesellt. Man defiliert vorbei an holländischen und französischen Landschaften, an Kuriosem wie dem jungen Ludwig XIV., der als Apollo kokett in einem Ballett-Tutu posiert, und schwelgt im italienischen 18. Jahrhundert vor den durchsonnten Venedig-Ansichten Canalettos und den kraftvollen Charakteren Piazettas, aus deren Blick man sich nur schwer lösen kann.

Ausgespart wurden jetzt Aquarelle, eine besondere Spezialität britischer Künstler. Mit denen will man eine künftige Ausstellung bestücken. (Bis Ende Februar 1987)

HEIDI BÜRKLIN

Ein Idol wird besichtigt: „Elvis" von J. Krüger und H. Sänger im Dortmunder Kinder- und Jugendtheater

Als die Mädchen dieser Welt hysterisch wurden

Klingende Namen aus der Welt des „Showbiz" werden gern in ebensolche Münze umgesetzt. Das Erinnerungsvermögen der Zuschauer, ihr Hang zur Nostalgie ist als feste Größe quasi in das Stück mit eingearbeitet, gleichgültig, ob das nun aus dem Leben Marilyn Monroes berichtet, John Lennon zu neuem Leben erweckt oder, wie jetzt in Dortmund geschehen, einen „amerikanischen Traum" namens „Elvis" präsentiert.

Elvis Aaron Presley, 1935 in Tupelo geboren und 42 Jahre später in Memphis gestorben, gehört zu den wichtigsten Musikern des Rock'n'Roll. Er war Sensation und Ärgernis, Idol und Muttersöhnchen, er trieb die Mädchen in die Hysterie und die Moralhüter auf die Barrikaden. Vor allen Dingen aber war er ein hochtalentierter Musiker. Er stand am Anfang einer musikalischen Revolution, die im Sturmschritt eine ganze Teenagergeneration erfaßte, und wer weiß, wie die amerikanische und europäische Musikszene heute aussähe, hätte es ihn nicht gegeben. Er war darüber hinaus ein zwischen Erfolg und Selbstzweifeln, zwischen Begabung und Drogenabhängigkeit Zerrissener. Und er hat sein Leben jenem ominösen Colonel Tom Parker verschrieben, der Elvis, den Star, „gemacht" hat.

Figuren wie Elvis sind für Autoren nicht leicht zu packen, wenn sie aus ihrer Begeisterung für und Erinnerungen an den Star mit zusammengeklaubten biographischen Fetzen einen Lebenslauf zurechtstricken wollen. Ihre Faszination läßt sie dabei allzuleicht den Blick für dramaturgische Notwendigkeiten verlieren. Genau das geschieht in Dortmund mit dem Stück „Elvis" von Jost Krüger und Hannes Sänger. Sie begnügen sich damit, Puzzleteile aus seiner Biographie herauszupicken und zu einem effektheischenden Bilderbogen zusammenzusetzen. Aber mit dieser Collage werden sie dem Sänger nicht gerecht, kommen sie der Person um keinen Schritt näher. Wollten sie das überhaupt? Oder wollten sie sich den eigenen Traum von der Seele schreiben?

Von Anfang an läuft Elvis, den Hannes Sänger selbst spielt und dessen große Hits er mit nur mäßigem Talent singt, im weißen Glitzeranzug umher, dem Markenzeichen seiner letzten Auftritte. Eine Entwicklung der Person, so suggeriert diese Aufmachung, ist mithin von den Autoren gar nicht angestrebt, also brauchen sie sich auch um die psychologische Glaubwürdigkeit ihrer Figur keine Gedanken zu machen. So werden die Szenen aus dem Leben eines Idols stakkatoartig aneinandergereiht, folgen auf seinen Auftritt in der Ed-Sullivan-Show ein Abstecher nach Vietnam und ins Filmstudio sowie nach Las Vegas. Jede Szene ist auf vordergründigen Effekt aus, und atemlos hetzt das Stück durch den Abend.

Unvermittelt taucht Elvis II auf (Christian Tasche), ebenfalls in weißen Flitter gewandet. Sicherlich haben sich die Autoren mit diesem Kunstgriff etwas gedacht – nur was? Für das Stück ist diese Zweitversion kein Gewinn, wenn man denn eine unergiebige Abrechnung zwischen dem Jung- und Altstar nicht als solche ansehen will. Elvis II. läuft wie ein Tier durch seine zum Mausoleum gewordene Villa, schlägt mit einem Handtuch Fliegen tot, triezt seine „Wächter", wird von Frau und Kind verlassen und legt sich schließlich zum Sterben in den gewässerten Sarg, in dem bis dahin seine Mutter lag, die, grün und gruselig, von den Toten auferstanden ist. Ende.

Die Faszination, die der echte Presley ausstrahlte, die Bedeutung und der Einfluß, die dieser Sänger hatte, bleiben dabei auf der Strecke. Es reicht eben nicht, wenn sich ein junges Liebespaar wegen Elvis auseinanderstreitet oder wenn ein Polizist die Straße absperrt, um die Fans zurückzuhalten (die man nur aus dem „off" undeutlich hört). Mit viel Musik haben die Autoren die dürftige Handlung des Stückes ausgepolstert, und wenn die Dramaturgie ins Wanken gerät, müssen die Songs als wacklige Brücke zur nächsten Szene überleiten. Da lege man sich besser gleich eine Elvis-Platte zu Hause auf.

Mag sein, daß Elvis immer noch ein amerikanischer Traum ist. „Elvis" in Dortmund ist leider nur ein Ärgernis.

RAINER NOLDEN

Weitere Vorstellungen: 12., 18., 19. und 20. Juli; Kartenvorbestellungen: 0231 / 54 22 24 47

Neue Platten: Werke von Carl Maria von Weber

Unschuld der Virtuosität

Das bevorstehende Weber-Jubiläum hat auch die Schallplattenindustrie geschäftig werden lassen. Sogar ein wenig Entdeckerfreude darf man dabei der EMI attestieren, die ältere und neuere Produktionen zu einer kleinen Edition bündelte.

17 Jahre unveröffentlicht im EMI-Archiv lag die jetzt mit Johann Nepomuk Hummels Es-Dur Messe gekoppelte Aufnahme der sogenannten „Jubel-Messe", ein Werk aus frühen Dresdner Wirkensjahren (29 0693 1). Unter Gerhard Wilhelm sind hier die Stuttgarter Hymmus-Chorknaben und das Instrumentalensemble Werner Keltsch zu hören. Zwar ist das Klangbild nicht ganz so präsent und transparent, wie man es bei heutigen Aufnahmen in der Regel gewohnt ist. Doch vor allem dank Elisabeth Speisers makellos geführtem „Agathe-Sopran" gelang eine insgesamt überzeugende Aufnahme der in ihrer Diktion auffallend schlichten Messe. „Freischütz"-Wendungen sind Weber hier übrigens kaum weniger in die Feder geflossen als in der stilistisch etwas buntscheckigen, Anfang 1818 komponierten „Freischütz-Messe", für die sich Horst Stein mit den Bamberger Symphonikern und einem von Krisztina Laki angeführten Solistenquartett stark machte (27 0365 1).

Eine wahre Trouvaille für Sammler von Raritäten ist die mit folkloristischen Liedbearbeitungen Beethovens gekoppelte Aufnahme von Webers Bearbeitung schottischer Volkslieder (27 0323 1). Exzellente amerikanische Kammermusiker wie der Pianist Samuel Sanders, der Geiger Mark Peskanov, der Cellist Nathaniel Rosen und der Flötist Ransom Wilson taten sich hier mit dem vielseitigen Tenor Robert White zusammen.

Glanzstücke frühromantischer Orchestermusik schließlich sind zwei Produktionen aus der Weber-Stadt Dresden mit der dortigen Staatskapelle unter Herbert Blomstedt. Peter Rösel, der inzwischen auch hierzulande hinlänglich bekannte „Gewandhaus-Pianist", hat genau jene flinken Finger, die für die funkelnde „Brillanz aus dem Unschuldszeitalter der Virtuosität" (Alfred Einstein) gefordert sind, für die beiden frühen Konzerte und das am Tag der „Freischütz"-Premiere vollendete f-Moll-Konzertstück (27 0358 1).

Das eigentliche Juwel unter den neuen Aufnahmen sind die konzertanten Klarinettenwerke (27 0539 1). Ob sich Sabine Meyer hier im langsamen Satz des f-Moll-Konzerts vom ruhig fließenden Strom der Melodie gleichsam tragen läßt, ob sie einzelne Passagen dunkel-geheimnisvoll umschattet oder virtuose Eskapaden des Soloinstruments mit dem rechten Spielwitz meistert – hochgespannte Erwartungen werden geradezu hundertprozentig erfüllt.

HANS CHRISTOPH WORBS

Eskapaden, mit Spielwitz gemeistert: Sabine Meyer FOTO: SVEN SIMON

Mannheim: Die Urfassung von Schostakowitschs „Lady Macbeth von Mzensk"

Leidenschaft, die über Leichen geht

Kleinere Attacken gegen Dimitri Schostakowitschs Oper über die „Lady Macbeth von Mzensk" gab es schon gleich nach der Uraufführung im Jahre 1932. Aber es dauerte immerhin vier Jahre, ehe die „Prawda" zum Generalangriff blies und das Werk des 26jährigen als „musikalisches Chaos, als formalistisch und dekadent-bürgerlich" denunzierte. Schostakowitsch sah sich genötigt, die Oper zurückzuziehen. Erst 1960 legte er eine inhaltlich zahmere und musikalisch weniger schockierende Neubearbeitung vor, die drei Jahre später in Moskau als „Katharina Ismailowa" herauskam. Unverständlicherweise wird diese zweite Version, in der UdSSR ohnehin obligatorisch, auch im Westen von den meisten Bühnen bevorzugt. Mannheim wagte nun wieder die Urfassung mit jener hemmungslos eklektischen Musik der vulgären Exzesse, derben Tonmalereien, des lyrischen Zaubers und der handfesten Effekte. Im Vergleich zu diesem Koloß ist die „Katharina Ismailowa" halt doch mit merklich dünnerer Tinte geschrieben.

Das ebenso ehrgeizige wie aufwendige Inszenierungsunternehmen hat sich ausgezahlt. Orchester und Chor schmetterten die schroffen, verqueren und wilden Realismen mit Vehemenz heraus. Zu ungezügelten Klangorgien leidet, feiert, säuft und hurt das Volk. Und an den Ruhepunkten des hektischen Geschehens brechen immer wieder slawische Gefühlstöne und – besonders bei Katharina – die gefährliche russische Langeweile durch. Ronald Runnicles hatte fabelhafte Vorarbeit geleistet und die vielschichtige Partitur, ihre Polyrhythmik und die fast schon minimalistischen Strukturen vital, manchmal bei dröhnendem Gefühlsüberdruck, ausmusiziert.

In der Regie von Friedrich Meyer-Oertel nimmt die erotische Selbstverwirklichungstour der Katharina Ismailowa, die über Leichen geht, um zu ihrem Ziel zu gelangen, Shakespearesche Ausmaße an. Brutalität, Fatalismus und triebhafter Rigorismus fordern ihre Opfer: zuerst den alten Boris, dann Katharinas Mann Sinowi und schließlich die Zwangsarbeiterin Sonjetka und Katharina selbst. Im rasanten Ablauf der Szenen werden die Kontraste des Stückes mit psychologisch gesteuerter Zwangsläufigkeit ausgespielt. Hanna Jordans rotierende Bühnenräume ermöglichen pausenlos wechselnde Bildschnitte von ätzender Genauigkeit. Nur beim etwas simplen Schlußtableau, einer Station des langen Marsches nach Sibirien, wundert man sich über die Verkleinerung der Dimension: Wenn Katharina, nur noch ein erotisches Wrack und von Sergej verlassen, und ihrer Rivalin in einem dreckigen Tümpel und nicht (wie es der Text vorschreibt) im reißenden Strom zu Tode kommen.

Auf der Bühne dominierte Franz Mazura. Sein Boris Ismailow ist in Stimme und Darstellung fast furchterregend präsent. Deborah Polaski erreichte vor allem im Deportationsbild tragische Größe und gesangliche Souveränität, enttäuschte aber in der bisweilen spröden und resonanzarmen Höhe. Eine hochdramatische Offenbarung ist sie einstweilen noch nicht. Mit Dieter Bundschuh war die Partie des skrupellosen und ungetreuen Liebhabers Sergej um einige Nuancen zu lyrisch besetzt.

HEINZ LUDWIG

Weitere Aufführungen: 8. und 10. Juli; Kartenvorbestellung: 0621 / 16 800

JOURNAL

Berliner Bachtage mit Raritäten eröffnet

dpa, Berlin

Mit einem Konzert geistlicher Musik in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sind die Berliner Bachtage unter dem Motto „Friedrich der Große und Johann Sebastian Bach" eröffnet worden. Im Mittelpunkt des Programms standen die beiden „Lutherischen Messen" Bachs. Die bis zum 13. Juli dauernden Bachtage widmen sich im Friedrich-Gedenkjahr Komponisten, die Friedrich der Große an seinen Hof geholt hatte, so Johann Joachim Quantz, Franz Bender, Carl Heinrich Graun und Carl Philipp Emanuel Bach.

Erinnerung an Johann Michael Bossard

DW. Oldenburg

An den Schweizer Maler Johann Michael Bossard, der von 1907 bis 1943 an der Hamburger Kunstgewerbeschule lehrte, erinnert das Landesmuseum Oldenburg. Bossard hatte sich nach 1911 vor allem der künstlerischen Gestaltung seines Atelierhauses und dem Entwurf und der Ausgestaltung seines Kunsttempels auf einem Grundstück in der Lüneburger Heide bei Jesteburg-Lüllau gewidmet. Seine vom späten Jugendstil geprägten Arbeiten sind bis zum 14. September zu sehen. Der Katalog kostet 18 Mark.

Mainfränkisches Museum mit alter Abteilung

DW. Würzburg

Die neu gestaltete vor- und frühgeschichtliche Abteilung des Mainfränkischen Museums Würzburg ist jetzt wieder eröffnet worden. Ausgestellt sind vor allem Keramik, Waffen, Schmuck und Geräte der Altsteinzeit bis zum 16. Jahrhundert, durchweg Bodenfunde des unterfränkischen Raums. Die Sammlung war 1983 zugunsten der Sonderausstellung „Schätze aus Bayerns Erde" abgebaut worden.

Frankfurter Feste: „Romantische Welten"

Reg. Frankfurt

Mit der Romantik und ihrer Auswirkung auf die Gegenwart beschäftigen sich die Frankfurter Feste vom 16. August bis Mitte September in der Alten Oper. Dabei stehen Werke von Carl Maria von Weber und Hans Werner Henze im Zentrum musikalischer Aufführungen. „Die Nacht der blauen Blume" heißt schließlich eine Veranstaltung am 30. August, die sich als Reise durch die Zeit und Welt der Romantik versteht, als ein Fest mit Musik, Tanz und Literatur.

Stummfilm-Musik beim Pianistentreffen

AFP, Aix-en-Provence

Michael Levinas und George Benjamin sitzen bei der Vorführung des Pabst-Stummfilms „Die Büchse der Pandora" am Klavier, wenn sich vom 1. bis 23. August zum sechsten Mal Pianisten aus aller Welt in La Rocque d'Antheron (bei Aix-en-Provence) zu einem internationalen Festival treffen. Erstmals dabei sind der sowjetische Musiker Andrej Gawrilow und der Finne Olli Mustonem.

Wiener Kunst im Museum of Modern Art

dpa, New York

Die Wiener Kunst der Jahrhundertwende kommt jetzt auch in den USA zu neuen Ehren. Das Museum of Modern Art in New York zeigt bis zum 21. Oktober unter dem Titel „Vienna 1900: Art, Architecture and Design" eine rund 700 Stücke zählende Ausstellung über den künstlerischen Umbruch in der Donaumetropole Ende des 19. Jahrhunderts. In der Schau – sie umfaßt den Zeitraum von 1898 bis 1918 – sind Werke von Gustav Klimt, Egon Schiele und Oskar Kokoschka enthalten, die bereits in den Wien-Ausstellungen in der österreichischen Hauptstadt selbst und in Paris gezeigt wurden.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Die deutschen Dichter haben das Talent, nicht den Mund halten zu können", liest man bei Karl Kraus – einem deutschen Dichter. Wortreich, wortgewaltig und sarkastisch pflegte er einen eitlen Pessimismus, der die Klage über die Mittelmäßigkeit der Menschheit geschickt – zwischen den Zeilen – mit einem „Schöner ist doch unsereiner ..." zu verbinden verstand. Deshalb fällt es leicht, jedes Mißvergnügen mit einem Kraus-Aphorismus zu garnieren. Davon gibt es immerhin 2159, wie dem Register des Bandes „Aphorismen" zu entnehmen ist, der „Sprüche und Widersprüche", „Pro domo et mundo" und „Nachts" in einer Dünndruckausgabe, dem Anfang der Werke in zwölf Taschenbuchbänden, vereint.

P. D.

Karl Kraus, „Aphorismen", Suhrkamp, 534 S., 18 Mark

Er war der Vater der nuklearen US-Kriegsmarine

FRITZ WIRTH, Washington

Sie nannten ihn arrogant und sie nannten ihn liebenswert. Sie verurteilten ihn als rücksichtslos und sie priesen ihn als eine lebende Legende. So umstritten der Mann war – in einem Punkt stimmen Freund und Feind überein: Er war einer der großen Männer der amerikanischen Kriegsmarine. Am Dienstag erlag er in Washington im Alter von 86 Jahren einem Herzschlag. Sein Name: Admiral Hyman G. Rickover.

Er gilt als der Vater der amerikanischen nuklearen Kriegsmarine. 63 Jahre lang diente er in ihr, feuerte in dieser Zeit keinen Schuß gegen einen Feind und erhielt dennoch den höchsten Verdienstorden. „In diesen 63 Jahren setzte er die Idee der Nuklearenergie in die Wirklichkeit einer Nuklearflotte von 150 Schiffen um. Er setzte den Standard für eine friedliche und sichere Nutzung der Nuklearenergie", schrieb der amerikanische Marineminister John Lehman in seinem Nachruf auf Rickover, den „Schöpfer der amerikanischen nuklearen U-Boot-Flotte".

Rickover war mit 79 Jahren der älteste dienende Offizier der amerikanischen Marine, als er sich im Jahre 1979 in den Ruhestand zurückzog. „Admiral Rickover war ein wirklich amerikanischer Patriot", sagte Senator John Glenn über den Mann, der am 27. Januar 1900 in Rußland geboren wurde und mit seinen jüdischen Eltern kurze Zeit später nach Chicago auswanderte, wo sein Vater bis zu seinem 93. Lebensjahr ein Schneidergeschäft betrieb. Sein Sohn Hyman Rickover besuchte mit 20 Jahren die Marine-Akademie in Annapolis, absolvierte später ein naturwissenschaftliches Studium und wurde



Admiral Hyman Rickover †

FOTO: AP

dank seiner technischen Fachkenntnisse ein Pionier beim Aufbau der amerikanischen Kriegsmarine. Die Roosevelt-Administration entschied deshalb im Zweiten Weltkrieg, daß er wegen dieser Fähigkeiten am Schreibtisch in Washington wichtiger war als im Fronteinsatz.

Seine letzten Jahre im Ruhestand waren überschattet von dem Vorwurf, daß er während seiner engen Zusammenarbeit mit der Firma „General Dynamics" Geschenke und Vergünstigungen in Höhe von 67 628 Dollar angenommen haben soll.

John Warner, Marineminister unter Richard Nixon, der eng mit Rickover zusammenarbeitete, plädierte dafür, nachsichtig ein Tuch des Vergessens über diese Vorgänge zu decken und die bleibenden Verdienste dieses Mannes in Erinnerung zu behalten: „Hyman Rickover machte vor nichts halt, um Amerika zur führenden maritimen Nuklearmacht in der Welt zu machen. Ohne ihn wären andere Nationen uns heute auf diesem Gebiet überlegen."

Linum usitatissimum, wie der Flachs mit botanischem Namen heißt, blüht hellblau bis weiß. Zur Fasergewinnung werden langstielige Sorten verwendet.

Flachs hat wieder eine blühende Zukunft

Leinen knittert edel, heißt es. Die Modeschöpfer von Mailand bis Paris, von Rom bis Düsseldorf haben sich für einige ihrer schönsten Kreationen des Flachses, auch Lein genannt, besonnen. Steht eine der ältesten Kulturpflanzen der Menschheit vor einer Renaissance? Hat der Flachsanbau auch in Deutschland wieder Zukunft?

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts breiteten sich in der Bielefelder Gegend, um Füssen in Oberbayern und in Schlesien riesige Felder der blaublühenden Pflanze aus. Doch im folgenden ließen die stark ansteigenden Baumwollimporte aus den Vereinigten Staaten und Ägypten die Leinenproduktion drastisch schrumpfen. Im Jahre 1875 waren es im Kaiserreich noch 200 000 Hektar, 1933 betrug die Anbaufläche bereits weniger als ein Viertel. Die Autarkiebestrebungen des Dritten Reiches ließen den Flachsanbau zwar noch einmal auf über 100 000 Hektar anschnellen ... Nach dem Zweiten Weltkrieg verdrängten dann Chemiefasern den Flachsanbau in Deutschland völlig. Wer wollte nicht das kratzige Bettleinen gegen geschmeidige Produkte der modernen Textilindustrie tauschen?

Nur mehr 150 Hektar Ackerfläche werden in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland mit Flachs bebaut – und lediglich zu Versuchszwecken. Doch angesichts der Überschußproduktion in den meisten Bereichen der europäischen Landwirtschaft sucht man nach Alternativen. So besann man sich des Flachses. Weltweit beträgt die Flachs-Anbaufläche etwa 1,7 Millionen Hektar. Den Löwenanteil von nahezu 90 Prozent hält die Sowjetunion, deren Flachs aber wie jener aus China und Ägypten schlechtere Qualität aufweist als der in Westeuropa angebaute. Hier steht Frankreich mit etwa 60 000 Hektar an der Spitze.

Die Bundesrepublik Deutschland bietet eine Reihe günstiger Standorte für den Flachsanbau. Auf milden Lehmböden mit 120 bis 150 Millimeter Niederschlag in den wichtigsten Monaten ihres vegetativen Wachstums nach der Aussaat im März/April bringt die Pflanze gute Erträge – bei mittlerem Fasergehalt 1,5 Tonnen Rohfaser je Hektar. Bei langstengeligen Pflanzen mit höherem Fasergehalt kann dieser Ertrag auf 2,2 Tonnen je Hektar gesteigert werden.

Pflege und Ernte der Flachskultur verlangen hohen Arbeitsaufwand. Bei der Ernte im Juli/August werden die 120 bis 180 Zentimeter hohen Halme mit speziellen Maschinen büschelweise aus dem Boden gezogen, „gerauft". Die getrockneten Stengel werden durch „Riffeln" von den Fruchtkapseln befreit – Flachs kann man nicht dreschen –, in warmem Wasser „geröstet" (verrottet); schließlich können durch „Brechen" und „Schwingen" die Fasern herausgelöst werden. Das Ergebnis sind „Handvolle", Flachszöpfe von 60 bis 90 Zentimeter Länge. Vor dem Spinnen muß Flachs noch „gehechelt", das heißt ausgekämmt werden.

Um hochwertigen Flachs in Deutschland wirtschaftlich anbauen zu können, müssen diese Kostenfaktoren reduziert werden. Professor Dambroth (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig) fordert daher, einen Flachs zu züchten, der mit dem Mähdrescher eingebracht werden kann. Dieser Flachs muß bei möglichst langem Halm auch noch befriedigenden Samenertrag liefern.

Darüber hinaus wird zur Zeit an einem biochemischen Aufschlußverfahren gearbeitet, das das langwierige und aufwendige „Schwingen", also das Lösen der Flachsfaser von den Strohbestandteilen des Stengels, vereinfachen soll. Aber auch die Industrie, die ja den deutschen Flachs verarbeiten soll, stellt Forderungen. Können die deutschen Bauern gleiche Qualitäten wie westeuropäische Importware zu konkurrenzfähigen Preisen liefern – nach so vielen Jahren der Abstinenz?

Doch die deutschen Bauern sind zuversichtlich. In Schleswig-Holstein und in Bayern wurden Interessengemeinschaften von etwa 100 Landwirten gegründet, die ein Pilotprojekt starten wollen. Im Kreis Simmern (Rheinland-Pfalz) unternehmen sechs Landwirte bereits in diesem Jahr einen großangelegten Anbauversuch.

HANS OTZEN

Es gehört zu den edelsten Naturprodukten: Leinen aus hochwertigem Flachs. Es ist so kostbar, daß es häufig nachgeahmt wird, in minderer Qualität, die auf den ersten Blick nicht sichtbar wird. Deshalb hat die Europäische Gemeinschaft jetzt eine Verordnung über ein Gütesiegel erlassen. Nur Produkte, die in Zukunft dieses Siegel – ein stilisiertes „L" – tragen, sind garantiert aus bestem westeuropäischen Flachs hergestellt. Die Qualität ist Reinleinen oder weist zumindest einen Leinenanteil von mehr als 50 Prozent auf.

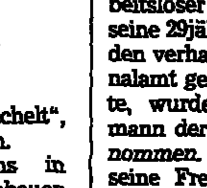
Zum „Brechen" und „Schwingen" des Flachses werden heute moderne Maschinen eingesetzt (im Hintergrund). Das Drehen der Flachszöpfe, „Handvolle" genannt, geschieht aber immer noch manuell

FOTOS: LEINEN-KONTAKTBÜRO DÜSSELDORF

Lieber Männer mit Macken und Schönheitsfehlern

SAD, Los Angeles

Zu viele Frauen machen sich unglücklich, weil sie auf einen Supermann warten. Diese Warnung sprach jetzt Joyce Brothers, eine der bekanntesten Psychologinnen aus. Da der „Märchenprinz" so gut wie nie erscheint, sind die Frauen frustriert. Besonders anfällig für die Illusion sind nach ihrer Ansicht drei Typen von Frauen: solche, die sich krampfhaft bemühen, stets „perfekt" zu erscheinen, obwohl sie sich in Wirklichkeit höchst unsicher fühlen; Frauen, die jeder Bindung aus dem Weg gehen, weil sie ihre Erwartungen an den Mann zu hoch geschraubt haben und schließlich solche, die einen Mann suchen, der ihren heißgeliebten Vater ersetzen soll. Der praktische Rat der Psychologin: „Die Frauen sollten einsehen, daß auch Männer mit Macken und Schönheitsfehlern interessant und attraktiv sind."



Rauschgift per Post

AP, Ditzingen/Wiesbaden

Die Polizei hat ein Drogenlabor in einer Waschküche im schwäbischen Hildrizhausen ausgehoben. Ein arbeitsloser Hobbychemiker (24) und seine 29jährige Lebensgefährtin wurden verhaftet. Wie das Bundeskriminalamt gestern in Wiesbaden mitteilte, wurde auch der Verbindungsmann der beiden in England festgenommen. Der Hobbychemiker und seine Freundin hätten seit einiger Zeit das Rauschgift Dimethoxybromamphetamin, kurz „Dob" genannt, hergestellt und per Post nach England geschickt. Die Ermittlungen wurden durch einen Hinweis von Interpol in London ausgelöst.

Vater opferte Sohn

AFP, Neu-Delhi

Ein 35jähriger Inder hat in Neu-Delhi seinen achtjährigen Sohn enthauptet, um auf diese Weise „Gott zu beruhigen" und mit dieser Opfergabe zu Reichtum zu gelangen. Er habe geglaubt, Gott werde seinem Kind das Leben wiedergeben und es mit reichen Gaben auf die Erde zurückschicken. Dem Mann droht jetzt die Todesstrafe.

Tragödie im Altenheim

dpa, München

Ein 76jähriger Rentner hat in der Nacht zum Mittwoch in einem Münchner Altenheim seine 73jährige Frau erdrosselt und sich anschließend auf dem Balkon erhängt. Er telefonierte nach dem Tod seiner Ehefrau mit Angehörigen und sprach davon, sich selbst umbringen zu wollen. Das Motiv der Tat ist vermutlich eine schwere Krankheit der Frau.

10 000 evakuiert

AP, Miamisburg/Ohio

Nach einem Zugunglück sind am Dienstag mehr als 10 000 Menschen in der Umgebung von Miamisburg (US-Bundesstaat Ohio) evakuiert worden. Nahe einer vielbefahrenen Schnellstraße entgleisten die Waggons eines Güterzuges, darunter auch ein mit weißem Phosphor beladener Tankwaggon, der in Flammen aufging. Dadurch wurde eine Giftgaswolke freigesetzt. Etwa 140 Personen klagten über Atembeschwerden und brennende Augen. Weißer Phosphor ist hochgiftig. Die Chemikalie wird unter anderem bei der Herstellung von Rattengift verwendet.

LEUTE HEUTE

Sportlicher Rekord

Einen kräftezehrenden Weltrekord stellte jetzt ein 17jähriger Bulgare auf: In einer Stunde machte er 1360 Liegestütze, das sind 22,6 pro Minute. **Borislav Dinev** ist damit die Eintragung in das Guinness Buch der Rekorde gewiß. Er schlug den bisherigen Rekord von 1203 Liegestützen, der von einem 22jährigen Amerikaner gehalten wurde. Der junge Mann ist Student an einer technischen Schule in Stanke Dimitrov im Südwesten Bulgariens. Sein Anfang April aufgestellter Weltrekord wurde vom bulgarischen Fernsehen aufgezeichnet. Zwei weitere Landsmänner Dinevs verzeichnet inzwischen das Guinness Buch als Rekordhalter: **Dobri Dinev** schwamm in 24 Stunden 56 Kilometer und **Georgui Yordanow** hielt einen Ballon achteinhalb Stunden in der Luft.

Tänzerisches Ereignis

Zum erstenmal seit zehn Jahren sind die beiden Startänzer **Rudolf Nurejew** und **Michail Baryschnikow** am Dienstag abend in New York wieder gemeinsam aufgetreten. Anlaß war ein Gala-Abend unter Vorsitz von **Nancy Reagan** anläßlich der Feiern zum Geburtstag der Freiheitsstatue. Der 48 Jahre alte Nurejew, Ballett-Direktor der Pariser Oper und der zehn Jahre jüngere Baryschnikow, der das „American Ballet Theater" leitet, tanzten zuerst gemeinsam mit **Leslie Caron** nach Musical-Klängen und anschließend zu Haydn-Musik.

Capris Feldzug nach Art des Cato

KLAUS RÜHLE, Rom

Capri, immer schon von Prominenten und wohlhabenden Urlaubern aus aller Welt geschätzt und seit etwa einem Jahrzehnt auch beliebtes Ziel von Wochenendtouristen, hat seit vier Monaten einen Bürgermeister, der die Trauminsel mit allen legalen Mitteln gegen Verschandelung und Vermarktung „von außen" schützen will. Christdemokrat Costantino Federico (39) hat in dieser kurzen Zeitspanne eine – umstrittenen – Kampagne gestartet, die zwar die volle Unterstützung der Umweltschützer und vieler Inselbewohner genießt, zugleich aber auch auf erheblichen Widerstand bei Hoteliers, Gaststättenbesitzern und Geschäftsleuten stößt.

Federico läßt sich jedoch nicht beirren. Er will den Grundsatz „Capri den Capresen" verwirklichen und hat deshalb auch die Verwaltung des kleinen Jachthafens einer örtlichen Gesellschaft anvertraut. Dieser Vertrag soll sicherstellen, daß nicht gar so viele fremde Schiffe im malerischen Hafen von Capri dauerhaft vor Anker gehen, wie das anderswo häufig der Fall ist. So erregte denn auch kürzlich die Weigerung des Bürgermeisters, die Jacht des Fiat-Präsidenten Gianni Agnelli in den Touristenhafen einlaufen zu lassen, großes Aufsehen. Agnellis Freunde in der Liberalen Partei nahmen das Verbot des Bürgermeisters zum Anlaß einer parlamentarischen Anfrage.

Der „Cato von Capri" verteidigt seine Insel aber auch gegen Namensmißbrauch. So erklärte er der multinationalen „Tobacco Company" in den Vereinigten Staaten den Krieg, weil sie eine neue Zigarettenmarke „Capri" taufen wollte. Jetzt sorgt ein neugegründetes Konsortium dafür, daß der Name der Insel nicht vermarktet werden kann.

Der streitbare Bürgermeister ist zudem Besitzer eines kleinen Fernsehnetzes namens „Retecapri", das mit acht Telestationen in süditalienischen Städten zusammenarbeitet. Einem Kooperations-Angebot des Fernsehkönigs Silvio Berlusconi, der im italienischen Privatfernsehen beinahe eine Monopolstellung einnimmt, widerstand Federico. „Ich bin nicht käuflich", erklärte er und bewies auch hier seine Grundsatztreue.

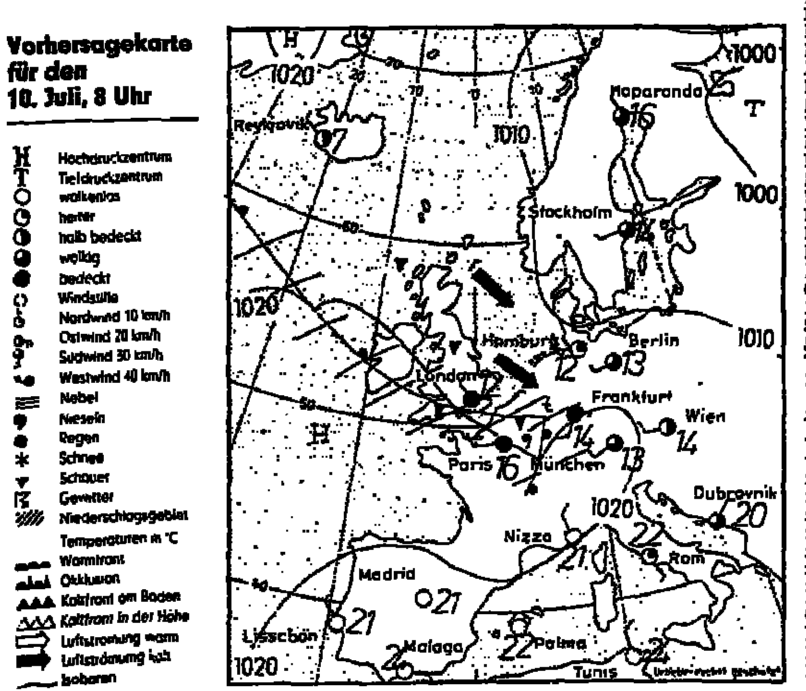
WETTER: Wechselhaft und kühl

Lage: Zwischen einem umfangreichen Tief über Skandinavien und einem Hoch über dem Ostatlantik verbleibt Mitteleuropa in einer nordwestlichen Strömung. Dabei werden Tiefausläufer mitgeführt und gestalten das Wetter in Deutschland unbeständig.

Vorhersage für Donnerstag: In der Mitte und im Süden bedeckt und Durchzug eines Regengebietes. Danach – wie bereits im Norden – Übergang zu wechselnder Bewölkung und vereinzelt noch Schauer. Temperaturen 16 bis 21 Grad, nachts um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, zeitweise böiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Unbeständig, leichter Temperaturanstieg.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.18 Uhr*, Untergang: 21.36 Uhr; **Mondaufgang:** 9.36 Uhr, Untergang: 23.56 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	17	he
Bielefeld	17	bw
Braunlage	11	bw
Bremen	15	bw
Dortmund	17	bw
Dresden	17	bw
Düsseldorf	17	bw
Erfurt	13	bw
Essen	16	bw
Feldberg/S.	7	bw
Flensburg	15	he
Frankfurt/M.	17	Rs
Freiburg	19	bw
Garmisch	15	bw
Greifswald	16	bw
Hamburg	13	he
Hannover	16	bw
Kahler Asten	10	bw
Kassel	13	R
Kempten	14	bw
Kiel	12	bw
Koblenz	16	bw
Köln-Bonn	17	bw
Konstanz	18	bw
Leipzig	13	bw
List/Sylt	15	he
Lübeck	16	bw
Mannheim	19	bw
München	16	bw
Münster	17	bw
Norderney	13	bw
Nürnberg	18	bw
Oberstdorf	16	bw
Passau	17	he
Saarbrücken	17	bw
Stuttgart	14	he
Trier	18	bw
Zugspitze	-3	Ne

Ausland:		
Algier	30	wl
Amsterdam	17	bw
Athen	29	he
Barcelona	23	bw
Belgrad	21	he
Bordeaux	21	he
Bozen	24	bw
Brüssel	18	he
Budapest	22	he
Bukarest	21	bw
Casablanca	27	he
Dublin	15	R
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	14	bw
Faro	23	he
Florenz	27	he
Genf	17	bw
Helsinki	20	he
Hongkong	32	he
Innsbruck	16	bw
Istanbul	24	he
Kairo	36	wl
Klagenfurt	19	he
Konstanza	21	he
Kopenhagen	17	he
Korfu	28	he
Las Palmas	22	bw
Leningrad	15	Rs
Lissabon	21	wl
Locarno	23	bw
London	18	he
Los Angeles	17	bd
Luxemburg	15	bw
Madrid	31	wl
Mailand	24	he
Malaga	23	he
Mallorca	30	he
Moskau	24	bw
Neapel	27	he
New York	26	Sp
Nizza	25	he
Oslo	17	he
Ostende	17	he
Palermo	27	he
Paris	16	bw
Peking	25	bd
Prag	18	he
Rhodos	26	wl
Rom	26	bw
Salzburg	18	he
Singapur	31	bw
Split	23	bd
Stockholm	19	bw
Straßburg	18	he
Tel Aviv	30	wl
Tokio	28	bw
Tunis	32	wl
Valencia	28	he
Varna	21	bw
Venedig	23	he
Warschau	19	he
Wien	19	bw
Zürich	18	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt, Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken, Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Urteil zu Witwenrente von Geschiedenen

dpa, Karlsruhe

Der Fortfall der Geschiedenen-Witwenrente für Frauen, die nach dem 30. Juni 1977 geschieden wurden, ist auch in den Fällen mit dem Grundgesetz vereinbar, in denen kein Versorgungsausgleich stattfand. Dies entschied der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in einem gestern bekanntgegebenen Urteil. Danach wird nur solchen Frauen Geschiedenen-Witwenrente gewährt, deren Ehe mit dem Versicherten vor dem 1. Juli 1977 endete. Nach dem Urteil wurden weder der Allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 GG) noch Eigentum, Erbrecht und Enteignung (Art. 14 GG) verletzt.

Klägerin war eine Frau, deren versicherter Mann 1980 verstarb. Ihre Ehe war bereits im Februar 1979 geschieden worden. Ein Versorgungsausgleich hatte bei der Scheidung nicht stattgefunden, weil der Versicherte zum Zeitpunkt seiner Eheschließung bereits Altersruhegeld bezog, so daß während der Ehezeit keine Anwartschaften oder Aussichten auf eine Versorgung entstanden waren. Nach seinem Tode hatte die Frau eine Witwenrente der Seekasse und Witwenbezüge aus der Kriegsopferversorgung bis zur Wiederverheiratung bezogen. Der Antrag der Frau auf Gewährung einer Hinterbliebenenrente war abgelehnt worden. (Az.: 1 BvL 55/83)

Seiner Majestät wird der gehörige Respekt verwehrt

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Da steht er nun seit Menschengedenken. Überlebensgroß, hoch zu Pferd, die Pickelhaube auf dem Charakterkopf, mit durchgedrücktem Kreuz, die rechte Hand in die Hüfte und die Stiefel in den Steigbügel gestemmt. Aber die Standfestigkeit des ersten deutschen Kaisers trügt. Wilhelm I. muß neuerdings um seinen angestammten Platz im Zentrum von Stuttgart bangen. Schuld daran sind die Grünen im Gemeinderat der Landeshauptstadt. „Der Kartätschenprinz", so verlangten sie in einem Antrag an die Verwaltung, „soll im doppelten Sinn des Wortes erniedrigt werden."

Seine Majestät kollidieren nicht nur mit der republikanischen Gesinnung der Antragsteller. Das Reiterstandbild, ein knappes Jahrhundert alt, steht auch einer alternativen Nutzung seiner Umgebung, des Karlsplatzes, im Weg. Zirkus Roncalli, der Zauberer Marvelli oder das Traumtheater Salome, sie alle hätten schon gern ihre Zelte im Schatten des Alten Schlosses aufgeschlagen. Allein der sperrige Preuße ließ das nicht zu.

Durch die respektlose Initiative der Grünen ist das Raumproblem zum Politikum geworden. Selbst Oberbürgermeister Manfred Rommel, ein Demokrat von hohem Rang, der den stillen Karlsplatz nicht ungern zum Festplatz umfunktionieren würde, will nun „auf keinen Fall an einer Degradierung des Kaisers mitwirken". Es sei denn, der Monarch würde im Bereich der Stuttgarter Kulturmeile, zum Beispiel als stummer Torwächter des neuen Landtags, einen „würdigen Platz" (Rommel) finden.

Nach der auf einer Mitgliederversammlung der Grünen gefundenen Idee sollen Kaiser, Pferd und Sockel, „schnellstmöglich" demontiert und „in den ehemaligen Wirkungskreis der dargestellten Person" zurückverfrachtet werden – als Schenkung des Landes an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Die leidenschaftlichste Widerrede kam unterdessen vom Vorsitzenden des Stuttgarter Verkehrsvereins. „Wir sollten uns nicht von einigen wurzellosen Mitbürgern beeinflussen lassen", wetterte Peer-Uli Faerber, „die die Stadtbelebung nur nach Aktivitäten einiger Gaukler auf dem Karlsplatz messen können."

Der Meinung ist inzwischen auch die Liegenschaftsverwaltung des Landes. Und die ist Eigentümer des Karlsplatzes. „Wir haben die Sache im Haus besprochen", bestätigt Albert Horn, Ministerialdirigent im Stuttgarter Finanzministerium. Ergebnis: „Der Kaiser wird nicht versetzt." Zumindest nicht, solange es kein klares Votum des Gemeinderats gibt. Und dort hat sich bisher selbst SPD-Fraktionschef Dieter Blessing „nicht getraut, zu fordern, den Kaiser zu entfernen".

ZU GUTER LETZT

„Biochips sind keine biologischen Kartoffelchips", klärt „Agrar aktuell", das Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, seine Leser auf.